ISSN 0005-7045 | www.gemeindezeitung.de
Geretsried, 21. April 2016 | 67. Jahrgang | Nummer 8

BAYERISCHE
GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

Schulterschluss mit Kommunen

MdB Gerda Hasselfeldt zu Gast beim KPV-Landesvorstand und Hauptausschuss in München

Die Welt ist aus den Fugen geraten. Inwieweit sich dies auch auf die innenpolitische Situation auswirkt, machte die Vorsitzende der CSU-Landesgruppe und Erste Stellvertretende CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende im Deutschen Bundestag, MdB Gerda Hasselfeldt im Gespräch mit dem KPV-Landesvorstand und Hauptausschuss in München deutlich.

Unter Leitung des KPV-Landesvorsitzenden Landrat Stefan Rößle ging Hasselfeldt auf aktuelle Probleme ein, bei denen ein enger Schulterschluss zwischen Bund, Ländern und Kommunen besteht. Mit Blick auf die Flüchtlingsfrage verwies die Abgeordnete darauf, dass diese „nicht nur eindimensional zu lösen ist“. Je weniger auf europäischer Ebene Signale gesetzt würden, umso größer sei der Druck im nationalen Bereich – siehe Grenzsicherung - tätig zu werden.

Drittes Asylpaket

Wie Hasselfeldt betonte, schnüre die Bundesregierung derzeit ein drittes Asylpaket, das die Ausarbeitung eines sog. Integrationsgesetzes beinhaltet (siehe nebenstehenden Artikel). Momentan sei in Deutschland „eine Entspannung bei den Flüchtlingszahlen“ festzustellen, was Bundesinnenminister Thomas de Maizière zu der Ankündigung veranlasst habe, über den 12. Mai hinaus keine Verlängerung der Kontrollen an der deutsch-österreichischen Grenze durchzuführen. Nach Hasselfeldts Ansicht ist diese Äußerung weder glücklich noch zwingend notwendig gewesen. Zudem habe sie zu einigen Irritationen geführt, gerade auch im Hinblick auf sicherheitspolitische Gesichtspunkte.

Als das stärkste Investitionsprogramm für Infrastruktur, das es je gab, bezeichnete Hasselfeldt in ihren weiteren Ausführungen den kürzlich vorgelegten Bundesverkehrswegeplan 2030. Gute Straßen, Wasserstraßen und Schienenwege seien für Deutschland als hochentwickeltes und exportorientiertes Industrieland von existenzieller Bedeutung. Der Bundesverkehrswegeplan 2030 schaffe die Grundlage dafür, dass Deutschland weiterhin eines der besten Verkehrsnetze der Welt hat.

Investitionssteigerung

Der Entwurf sieht vor, dass bis 2030 mehr als 260 Milliarden Euro in mehr als 1.000 Projekte in Straßen, Wasserstraßen und Schienenwege investiert werden sollen. Davon entfallen 49,4 % auf die Straße, 41,3 % auf die Schiene und 9,3 % auf Wasserstraßen. Für Bayern sind Investitionen in Höhe von 11,4 Milliarden Euro vorgesehen - eine Steigerung der Investitionen im Vergleich zum BVWP 2003 um fast 70 Prozent.

Im Unterschied zu früheren Plänen sind im BVWP 2030 alle Projekte des vordringlichen Bedarfs finanziell unterlegt. Der BVWP ist damit eine realistische und finanzierbare Gesamtstrategie für die Infrastruktur in Deutschland.

Der Bundesverkehrswegeplan 2030 setzt auf fünf wesentliche Innovationen:

1. Klare Finanzierungsperspektive: Investitionsmittel und Projekte sind synchronisiert, so dass alle Projekte des vordringlichen Bedarfs im Zeitrahmen des BVWP 2030 umgesetzt werden können.

2. Erhalt vor Aus- und Neubau: 69 % der Gesamtmittel fließen 2016-2030 in den Erhalt der Infrastruktur (BVWP 2003: 56 %).

3. Klare Prioritäten: Stärkung der Hauptachsen und Knoten und damit der Leistungsfähigkeit des Gesamtnetzes: 75 Prozent der Mittel für Straßenprojekte gehen in großräumig bedeutsame Vorhaben, 25 Prozent in die regionale Erschließung.

4. Engpassbeseitigung: Fokussierung der Investitionen auf die Beseitigung von Engpässen auf den Hauptachsen, um den Verkehrsfluss im Gesamtnetz zu optimieren. Rund 1.700 km Engpässe auf Autobahnen und rund 700 km Engpässe auf Schienenstrecken werden beseitigt.

5. Breite Öffentlichkeitsbeteiligung: Erstmals konnten sich Bür-

(Fortsetzung auf Seite 4)

V. l.: Dr. Tholen Eekhof, Gerda Hasselfeldt, Stefan Rößle und Jörg Kunstmann. Bild: DK

Deutsches Integrationsgesetz:

Bayern setzt Marksteine

Beim Koalitionsgipfel von CDU, CSU und SPD hat Ministerpräsident und CSU-Vorsitzender Horst Seehofer wesentliche Punkte der CSU für die Integration von Flüchtlingen durchgesetzt. Die Bundesregierung wird ein Integrationsgesetz mit dem Grundsatz des Forderns und Förderns auf den Weg bringen.

Demnach sollen Leistungsberechtigte ermuntert werden, die vielfältigen Angebote anzunehmen. Wer sich Integrationsangeboten verweigert, muss mit Sanktionen und Leistungseinschränkungen rechnen. Verpflichtende Eigenanstrengung ist notwendig, damit Integration gelingt.

Die Eckpunkte für ein deutsches Integrationsgesetz nannte Seehofer ein „sehr umfangreiches Angebot, das die Chance eröffnet, dass wir von einem Land der gelingenden Integration werden reden können.“ Dies sei wichtig, damit ein gesellschaftliches Miteinander zustande komme, so der CSU-Vorsitzende.

Wohnsitzauflage

Im Integrationsgesetz soll unter anderem eine Wohnsitzauflage für Asylbewerber verankert werden. Städte und Gemeinden begrüßten die Entscheidung. Wie Bernd Buckenhofer, Geschäftsführer des Bayerischen Städtetags, hervorhob, könnten mit der Wohnsitzauflage die Soziallasten im Freistaat gerechter verteilt werden. Vor dem Hintergrund, dass in wirtschaftlich boomenden Regionen meist die Wohnungen knapp seien, in Regionen mit Wohnungsleerstand hingegen Jobs fehlten, muss Buckenhofer zufolge eine Wohnsitzauflage so justiert werden, „dass die Menschen möglichst rasch dorthin kommen und eine Wohnung finden, wo es Arbeit gibt“. Dazu müssten auch stärkere Maßnahmen zur Schaffung von Arbeitsplätzen in den strukturschwachen Regionen ergriffen werden.

„Im Ansatz ist es richtig, dass der Grundsatz des Förderns und des Forderns in einem Bundesintegrationsgesetz aufgenommen wird“, unterstrich Dr. Franz Dirnberger, Geschäftsführer des Bayerischen Gemeindetags. „Wir halten es für richtig, dass Menschen, die dauerhaft in Deutschland bleiben wollen, sich integrieren, indem Sie die deutsche Sprache erlernen und vor allem unsere deutsche Rechts- und Wertekultur anerkennen. Wer sich dem entzieht, sollte in Deutschland kein dauerhaftes Bleiberecht bekommen und muss auch mit Leistungskürzungen rechnen.“ Es bleibe abzuwarten, welche konkreten Verpflichtungen und Sanktionen Eingang in das Bundesintegrationsgesetz finden.

Strukturförderung

„Die Wohnraumzuweisung kann nur im Gesamtkontext einer Arbeitsmarkt- und Strukturförderung seitens des Bundes und der Länder funktionieren,“ formulierte Dirnberger. Für das Kriterium der „Wohnraumzuweisung“ sprechen aus Sicht des Bayerischen Gemeindetags zwei Punkte: 1. Eine flächendeckende Verteilung von anerkannten Flüchtlingen bietet diesen Menschen die Chance, dass sie vor Ort mehr Möglichkeiten zu einer gelingenden Inte-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Publikation des Deutschen Städtetags:

Urbane Agenda für die Europäische Union

Der Deutsche Städtetag hat eine urbane Agenda für die Europäische Union veröffentlicht. Darin werden Perspektiven und Erwartungen der deutschen Städte zur europäischen Politik formuliert. Erste Ansatzpunkte für eine europäische urbane Agenda sollen im Pakt von Amsterdam von Vertretern der EU-Mitgliedstaaten Ende Mai verabschiedet werden.

Fast 75 Prozent der Menschen in der EU leben in Städten. Dort werden rund 80 Prozent des europäischen Sozialprodukts generiert. Etwa 70 Prozent der Regelungen, die die Kommunen umsetzen, haben europäischen Ursprung. Laut der Präsidentin des Deutschen Städtetags Evas Lohse „braucht es die Zusammenarbeit aller politischen Ebenen, um die großen europäischen Herausforderungen zu bewältigen“. Damit die Städte handlungsfähig bleiben, müssten auch die kommunalen Realitäten und Möglichkeiten sowie die kommunale Selbstverwaltung von der Europäischen Union und insbesondere in der europäischen Gesetzgebung besser berücksichtigt werden. Die urbane Agenda des Deutschen Städtetages für die europäische Union zeige auf, wie dies aus der Sicht der deutschen Städte zu erreichen ist.

Daseinsvorsorge

Beispiel Daseinsvorsorge: Es gilt, die kommunale Daseinsvorsorge als ein wichtiges Element einer EU mit wettbewerbsfähiger Marktwirtschaft, die den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt fördert, nicht nur in der EU zu sichern, sondern vor dem Hintergrund der Globalisierung auch in den diversen Freihandelsabkommen der EU Geltung zu verschaffen.

TTIP, TiSA und CETA

Vor dem Hintergrund der fortschreitenden Verhandlungen zu TTIP und der weiteren, derzeit verhandelten Freihandelsabkommen TiSA und CETA, haben die kommunalen Spitzenverbände und der VKU im Oktober 2014 ein gemeinsames Positionspapier vorgelegt. Darin sprechen sich die Verbände nachdrücklich für einen umfassenden Schutz der Daseinsvorsorge (z. B. Wasserversorgung und Abwasserentsorgung, Öffentlicher Personennahverkehr, Krankenhäuser) aus und lehnen auch Markzugangsverpflichtungen ab. Die derzeit garantierte umfassende Organisationsfreiheit der Kommunen darf nicht durch rein am Wettbewerbsgedanken ausgerichtete Verfahren ersetzt werden.

Die EU muss insbesondere auch die traditionell seitens der Länder und vor allem der Kommunen geleistete Kulturförderung in Form der Unterhaltung von eigenen Einrichtungen (Theater, Museen, Bibliotheken etc.), von Förderungen des zivilgesellschaftlichen und ehrenamtlichen Engagements und der Durchführung von eigenen Veranstaltungen usw. aus Handelsabkommen ausnehmen. Auch die Besonderheiten der in Deutschland erbrachten Sozial- und Gesundheitsleistungen, beispielsweise durch die freie Wohlfahrtspflege, müssen von Vereinbarungen in Freihandelsabkommen geschützt werden.

Transparenz nötig

Darüber hinaus muss es eine weitgehende Transparenz bei den Verhandlungen und eine kommunale Beteiligung bei den Verhandlungen auf der EU-Ebene geben, ähnlich der kommunalen Beteiligung über den TTIP-Beirat des Bundeswirtschaftsministeriums auf nationaler Ebene. Abgelehnt werden auch bisher übliche Investitionsschutzklauseln sowie privat-wirtschaftlich geregelte Schiedsgerichte.

Energie: Der Ausbau erneuerbarer Energien und die Steigerung der Energieeffizienz sollten laut Deutschem Städtetag im Einklang mit den weiteren Zielen der

(Fortsetzung auf Seite 4)

Neues von Sabrina

Anreize und Verbote - zwei Seiten einer Medaille. Der Rathauschef überlegt oft, wie man die Mitbürger sanft zum gesellschaftlich erwünschten Verhalten bringen kann, ohne bevormundende Verbote aussprechen zu müssen. Sein Zaubermittel sind kluge Anreize, die - richtig gesetzt - Verbote oft sogar überflüssig machen können. **Seite 15**

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Postvertriebsstück - Gebühr bezahlt - **B 1578**
Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH, Postfach 825, 82533 Geretsried

Sie lesen in dieser Ausgabe

Seite
Flüchtlingsmanagement: Beispiele aus der kommunalen Praxis 2
Zukunftsstrategie für den bayerischen Alpenraum 2
vbw-Wirtschaftsgespräch: Regulierungsflut aus Berlin 2

GZ-Kolumne Stefan Rößle: Großes Protestpotenzial 3

Asylzahlen: Anpassung im engen Dialog mit den Kommunen ... 3
Digitales Funknetz landesweit in Betrieb 3

GZ-Fachthema: Kommunale Energiethemen 5-12

Aus den bayerischen Kommunen 13-16

vbw-Wirtschaftsgespräch mit Horst Seehofer:

Regulierungsflut aus Berlin

Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer war Gast des 37. Bayerischen Wirtschaftsgesprächs der vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. Ministerpräsident Seehofer sagte: „Gespräche mit der bayerischen Wirtschaft liefern wertvolle Impulse für die Themenoffensive der Bayerischen Staatsregierung, die wir in den nächsten Monaten durchführen."

„Wirtschaft und Wachstum werden in unserer Agenda eine zentrale Rolle spielen. Mir ist wichtig, dass die Unternehmen Luft zum Atmen haben und nicht mit immer noch mehr Aufwand und Bürokratie überzogen werden. Dafür werde ich in Berlin weiter kämpfen", so Seehofer weiter.

„Scheinkonjunktur"

vbw-Präsident Alfred Gaffal erklärte in seiner Begrüßung, dass die wirtschaftliche Lage derzeit von einer konsumgetriebenen Scheinkonjunktur geprägt ist. „Diese wird ausschließlich durch den niedrigen Ölpreis, die niedrigen Zinsen und den schwachen Euro gestützt und ist nicht nachhaltig. Trotz dieser volatilen konjunkturellen Lage geht von der Bundesregierung eine Flut an Regulierungen auf die Wirtschaft nieder. Das muss aufhören." Als Beispiele nannte er die geplanten oder schon erfolgten Regelungen zur Zeitarbeit, zu den Werkverträgen, zum Mindestlohn und zum Entgeltgleichheitsgesetz. „Diese vergrößern die Bürokratie und hemmen Wachstum und Beschäftigung. Wir brauchen künftig wieder mehr Wirtschafts- und weniger Sozialpolitik", sagte Gaffal.

Klarer Kompass

Der vbw-Präsident lobte in diesem Zusammenhang den klaren wirtschaftspolitischen Kompass der Bayerischen Staatsregierung, die sich bei den Themen Werkverträge, Zeitarbeit und Erbschaftsteuer für Verbesserungen eingesetzt hat.

Digitalisierung

Wichtige Zukunftsaufgaben sieht die vbw in der Digitalisierung, der Globalisierung, einer sicheren und bezahlbaren Energieversorgung, Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur und im Breitbandausbau. Die Flüchtlingskrise bezeichnete Gaffal als große Herausforderung für Deutschland. Er verwies darauf, dass die vbw bei dieser gesamtgesellschaftlichen Aufgabe Verantwortung übernimmt und zusammen mit den Metall- und Elektroarbeitgeberverbänden bayme vbm 6,7 Millionen Euro in ein umfassendes Maßnahmenpaket für die Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt investiert.

Der vbw Präsident warnte aber: „Bei all unserem Engagement in der Flüchtlingskrise dürfen wir alle anderen Zukunftsplanungen unseres Landes nicht aus den Augen verlieren. Deshalb muss parallel zur Lösung dieser Krise auch dringend die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Bayern und Deutschland verbessert werden, wie wir das in der Agenda 2020 der vbw beschrieben haben." ❐

KGSt zum Thema Flüchtlingsmanagement:

Gute Beispiele aus der kommunalen Praxis

Das überwiegend hohe ehrenamtliche Engagement ist für die Betreuung von Flüchtlingen ein wichtiger Faktor. Mittel- und langfristig ergeben sich vor allem bei der Integration der Flüchtlinge mit dauerhaftem Aufenthaltsstatus Herausforderungen. Dies erfordert Anstrengungen in vielen kommunalen Aufgabenbereichen, von der schulischen Versorgung bis zur Grundsicherung von erwerbsunfähigen Personen.

Die Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement KGSt hat eine Vielzahl kommunaler Beispiele zum Flüchtlingsmanagement gesammelt. Deren Unterschiedlichkeit zeigt die Problemlösungskompetenz der kommunalen Ebene, aber auch weiterer öffentlicher Aufgabenträger. Da zum Teil Handlungsanweisungen übergeordneter staatlicher Behörden fehlen, haben Kommunen mitunter eigene, praxisnahe, vor Ort bewährte Herangehensweisen entwickelt.

Denkanstöße

Laut KGSt zeigt die Vielzahl bewährter Praxisbeispiele, dass es in der gegenwärtigen Situation kein „richtig" oder „falsch" gibt. Gleichwohl lassen sich Denkanstöße für mögliche Handlungsansätze und neue Ideen zur Bewältigung der Flüchtlingssituation ableiten.

Beispiel München - Rückkehrhilfe „Coming Home": Hauptziel von „Coming Home" ist es, Flüchtlinge, Asylsuchende und ausreisepflichtige Drittstaatsangehörige bei der freiwilligen Rückkehr und dauerhaften Reintegration in ihre Heimat zu unterstützen. Das Angebot umfasst ausführliche Beratung und Information, Hilfe bei der Rückkehrvorbereitung, finanzielle Hilfe, Qualifizierungsmaßnahmen, Existenzgründungsförderung und bei Bedarf eine Weiterbetreuung nach der Ausreise.

„Coming Home"-Modell

„Coming Home" gilt bundesweit als vorbildliches Modell, als sogenanntes Best Practice Beispiel für das Arbeitsfeld „Rückkehrberatung und Reintegrationshilfen" und trägt mit der Durchführung von Fachtagungen und Seminaren zur Qualifizierung von Beraterinnen und Beratern und zum Ausbau der Beratungsangebote bei. Es zählt zu den erfolgreichsten Münchner EU-Projekten.

Ein weiteres Praxisbeispiel ist die Münchner Organisation REGSAM. In 16 Regionen Münchens engagieren sich über 2.500 Professionelle und Ehrenamtliche in Facharbeitskreisen und Projektgruppen. REGSAM sorgt für mehr Bürgernähe sozialer Angebote und koordiniert professionelles sowie ehrenamtliches Engagement. Dadurch wird eine bessere Nutzung der Ressourcen erreicht und es entstehen passgenaue Angebote in den Sozialräumen. Finanziert wird die Initiative von der Landeshauptstadt.

Ankunfts- und Rückführungseinrichtung - so heißt das Lager für Flüchtlinge vom Balkan in Bamberg. Durch diese auf dem früheren US-Gelände entstandene Einrichtung sollen Flüchtlinge mit geringer Bleibeperspektive schneller zurückgeführt werden können. Durch die Bündelung aller notwendigen Verwaltungseinrichtungen sowie des Verwaltungsgerichts vor Ort wird das rechtsstaatliche Verwaltungsverfahren beschleunigt.

In Zusammenarbeit mit der Stadt Augsburg und dem Verein Tür an Tür e.V. hat der Lehrstuhl für Wirtschaftsinformatik der TU München die Informationsplattform Integreat entwickelt. Sie bietet eine einfache, mehrsprachige und offline nutzbare App für Flüchtlinge, die Informationen zum Asylprozess, medizinischer Versorgung oder Sprachkursen beinhaltet. Dahinter steht ein flexibles Content-Management-System, das mit wenig Aufwand in verschiedenen Kommunen eingesetzt werden kann und unkompliziert zu pflegen ist.

Koordinationsstelle

Langfristig gesehen führen die Strapazen der Flucht sowie die Entfremdung vom eigenen Land bei vielen Geflüchteten insbesondere zu psychischen Problemen. Deshalb hat die Stadt Nürnberg im Rahmen des vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge geförderten Projektes „Koordinationsstelle Migration und Gesundheit" Flyer in mehreren Sprachen herausgegeben.

Ein letztes Beispiel aus dem Landkreis Lindau: Die Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement begleitet den Landkreis dabei, einen entsprechend neu aufgestellten Fachbereich agil auszurichten, um in der komplexen, kaum planbaren und sich ständig wandelnden Situation möglichst effektiv agieren zu können. **DK**

Zukunftsstrategie für den bayerischen Alpenraum

Den Startschuss für ihre Zukunftsstrategie für den bayerischen Alpenraum hat die CSU-Landtagsfraktion gegeben. „Die CSU-Fraktion beschloss einmütig, in den nächsten Wochen und Monaten ein Konzept zu erarbeiten, um den bayerischen Alpenraum nicht nur als Urlaubsregion, sondern auch als attraktiven Wirtschafts-, Arbeits- und Lebensstandort weiterzuentwickeln und zukunftsfähig zu machen", erklärte Erwin Huber, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie des Bayerischen Landtags.

Die bayerische Alpenregion sei in ihrer Natürlichkeit, Vielfalt und grandiosen Schönheit nicht nur ein in Deutschland einmaliger Naturraum, sondern hier wohnen und arbeiten auch annähernd 1,5 Millionen Menschen.

Moderne Infrastruktur

„Mit unserer Strategie wollen wir interessante Arbeitsplätze, leistungsfähige Verkehrswege und vor allem eine moderne digitale Infrastruktur schaffen. In vielen Bereichen kann der Freistaat Bayern unterstützend eingreifen", stellte Huber heraus. Daher macht die CSU-Fraktion unter anderem in den Bereichen Umwelt- und Naturschutz, Wirtschaft und Arbeitsmarkt, Mittelstand und Handwerk, Land- und Forstwirtschaft, Verkehrsinfrastruktur und Mobilität, Forschung und Digitalisierung, Kunst und Kultur sowie Gesundheit konkrete Entwicklungsvorschläge. Huber: „Außerdem wollen wir den Kommunen mehr Flexibilität bei ihren Planungen einräumen, damit sie verantwortungsvoll mit ihrer Heimat umgehen können."

Tourismus neu ausrichten

Da in der Alpenregion ein Großteil der Bevölkerung direkt oder indirekt vom Tourismus abhängt, sieht Klaus Stöttner, tourismuspolitischer Sprecher der CSU-Fraktion, in diesem Bereich vielfältige Entwicklungsmöglichkeiten: „Die Alpen sind vor allem aufgrund ihrer einzigartigen Natur eine der bedeutendsten Tourismusregionen in Europa. Der Klimawandel und seine Auswirkungen vor Ort erfordern es aber, den Tourismus im Alpenraum neu auszurichten. Dies bedeutet, die Betriebe zu modernisieren, die Qualität der Gastronomie- und Übernachtungsangebote zu verbessern und eine intensivere Vernetzung aller Akteure beziehungsweise die Kooperation der Tourismusverbände voranzutreiben."

Große Sensibilität

„Nur gemeinsam mit der Bevölkerung vor Ort, Kommunen und Wirtschaft, Verbänden und Organisationen kann es gelingen, eine nachhaltige und integrierte Zukunftsstrategie für den bayerischen Alpenraum zu entwerfen und umzusetzen", machten Huber und Stöttner deutlich. Die CSU-Fraktion lädt daher dazu ein, gemeinsam die Zukunft dieses Raumes zu diskutieren und mit großer Sensibilität weiterzuentwickeln. Möglichkeit dazu besteht unter anderem beim Kongress „Bayerisches Alpenland – Wirtschafts-, Arbeits- und Lebensraum mit Zukunft!" am 30. Mai im Bayerischen Landtag. ❐

Wir gratulieren

ZUM 60. GEBURTSTAG
Bürgermeister Andreas Amend
97901 Altenbuch
am 27.4.

ZUM 55. GEBURTSTAG
Landrätin
Andrea Jochner-Weiß
82362 Weilheim
am 24.4.

Bürgermeister Rüdiger Gerst
96164 Kemmern
am 26.4.

ZUM 50. GEBURTSTAG
Bürgermeister Ludwig Nätscher
97490 Poppenhausen
am 3.5.

Bürgermeister Johann Anderl
94359 Loitzendorf
am 21.4.

ZUM 35. GEBURTSTAG
Bürgermeister Paul Roßberger
93462 Lam
am 22.4.

Hinweis in eigener Sache
Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage. ❐

Integration:

Damit der Funk überspringt

Der Integrationsbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung, Martin Neumeyer, hat ein Integrationsradio für Bürgerinnen und Bürger ins Leben gerufen.

Auf dem ersten Kanal dieser Art mit dem Namen funkbunt! sollen künftig Beiträge zum Thema Integration sowie zur Flüchtlingsarbeit und Asylpolitik zu hören sein.

Engagierte Menschen

Der Name ist Programm und steht dafür, dass neben der themenspezifischen Information auch über engagierte Menschen, Einrichtungen, Vereinigungen und Veranstaltungen in diesem Bereich berichtet wird. Die Beiträge des neuen Senders sind ab sofort im Podcast-Format auf der Radioplattform der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien abrufbar.

Podcast alle zwei Wochen

München. „Das Thema Integration ist derzeit in aller Munde" stellt der Integrationsbeauftragte Martin Neumeyer fest und möchte diesem durch „die Station für Integration" noch mehr Gehör verschaffen. In regelmäßigen Abständen von zunächst zwei Wochen stellt funkbunt! ab sofort auf der Radioplattform der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien (BLM) unter www.radio.blm.de/radiobeitrag/funkbunt-die-station-fuer-integration.html mehrminütige Podcasts zu Themen mit Bezug zu Integration, Flüchtlingsarbeit und Asylpolitik bereit.

Der Anfang ist mit einem ersten Beitrag gemacht, in Kürze werden weitere folgen. Themen für die nächsten Sendungen sind u.a. der Bayerische Integrationsrat, Integration durch Sport, spannende Integrationsprojekte und interessante Veranstaltungen. Durch die Beteiligung verschiedener Akteure soll bewusst dem Vielfaltsgedanken im Sinne eines Bürgerradios Rechnung getragen werden. ❐

Intensiver Austausch zu kommunalpolitischen Themen

Gemeinsame Tagung des Vorstandes des Schleswig-Holsteinischen Landkreistages mit dem Präsidium des Bayerischen Landkreistages

Bereits seit vielen Jahren pflegen Vorstand und Präsidium des Schleswig-Holsteinischen und des Bayerischen Landkreistages eine enge freundschaftliche Beziehung und einen regelmäßigen Austausch zu wichtigen kommunalpolitischen Themen. Aus diesem Anlass trafen sich die Vertreter der beiden kommunalen Spitzenverbände der Kreise jüngst und bereisten diesmal gemeinsam die Westküstenkreise Nordfriesland und Dithmarschen, um sich über aktuelle Probleme bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise, der Abfallbeseitigung und zu Fragen des Tourismus auszutauschen.

Auf Einladung des Schleswig-Holsteinischen Landkreistages mit ihrem Vorsitzenden Landrat Reinhard Sager besuchte die Bayerische Delegation mit ihrem Präsidenten Landrat Christian Bernreiter u.a. die Eiderabdämmung im Wesselburener Koog, den Leuchtturm Westerhever und die Tourismusgemeinde St. Peter Ording, wo Bürgermeister Balsmeier einen Vortrag zu den touristischen Zukunftsinvestitionen des Bades St. Peter Ording hielt.

Ein wichtiger thematischer Schwerpunkt der Tagung, die im Herrenhaus Hoyerswort auf Eiderstedt stattfand, war die Bewältigung der Flüchtlingskrise, die im Sommer des vergangenen Jahres ihren vorläufigen Höhepunkt erlangte und die Kreise in beiden Ländern vor enorme Herausforderungen bei der Versorgung, Betreuung und menschenwürdigen Unterbringung der ankommenden Menschen aus Kriegs- und Krisengebieten stellte.

Viele Inobhutnahmen unbegleiteter Jugendlicher

Insbesondere die bayerischen Landkreise entlang der Landesgrenze arbeiteten im Herbst 2015 täglich im Krisenmodus, um kurzfristig Zehntausende aufzunehmen. Bis zur Einführung einer bundesweiten Verteilung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen übernahmen die Jugendämter so viele Inobhutnahmen und Zuständigkeiten, dass auch noch jetzt Bayern seine Quote übererfüllt. Nun aber blicken die Vertreter beider Landkreistage nach vorne und stellen sich bereits der nächsten Herausforderung für die kommenden Jahre: der Koordinierung der Integration.

Leitentscheidungen

Außerdem gab es für die Delegation einen gemeinsamen Rundgang mit dem Heider Bürgermeister Stecher über den Wochenmarkt. Dabei informierte man sich über die Geschichte des größten Marktplatzes Europas und die touristischen Leitentscheidungen der Dithmarscher Kreisstadt.

Umweltschutz

Anschließend besuchten die Vertreter der Kreise das Verwertungszentrum KBA Kompost,-Bauschutt-und Altstoff T&T GmbH und Co. KG in Bargenstedt, das im Bereich der Verwertung von Reststoffen, Produktion u. Vertrieb von Recyclingprodukten und dem allgemeinen Umweltschutz überaus erfolgreich arbeitet. Aus Biomasse, Holz, Gewerbeabfällen und Dachpappe werden dort u.a. Regelbrennstoffe hergestellt.

Rege Diskussion

Im Rahmen der dort stattfindenden Tagung erfolgte ein intensiver Austausch über den aktuellen Stand der Arbeiten zur Novellierung des Wertstoffgesetzes durch das Bundesumweltministerium. ❐

Anpassung im engen Dialog mit den Kommunen

Ministerrat beriet über Konsequenzen aus Rückgang der Asylbewerberzugänge

Die Staatsregierung hat jüngst über Konsequenzen aus dem Rückgang der Asylbewerberzugänge beraten. In den vergangenen Wochen ist die Zahl der Grenzübertritte sowie der Direktzugänge von Asylsuchenden in den bayerischen Aufnahmeeinrichtungen deutlich zurückgegangen.

Kamen im Januar noch fast 75.000 Asylbewerber nach Bayern, waren es im Februar 41.600 und im März noch rund 6.600. Aufgrund dieser Entwicklung hat der Ministerrat daher eine Anpassung der bayerischen Asylbewerberunterbringung diskutiert.

Verfahren beschleunigen

Sozialministerin Emilia Müller erklärte: „Wir werden Asylbewerber künftig länger in den Erstaufnahmeeinrichtungen unterbringen. Das beschleunigt die Verfahren, da die Asylbewerber dort für das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) besser greifbar sind. Es spart aber auch Geld. Denn wir setzen beim Ausbau und Betrieb von Erstaufnahmeeinrichtungen verstärkt auf kostenlos zur Verfügung stehende Bundesliegenschaften.“ Derzeit verfügt der Freistaat über 25.000 reguläre Erstaufnahmeplätze, von denen rund 10.300 belegt sind. Weitere 14.000 Plätze können in mietzinsfreien Bundesliegenschaften, beispielsweise in ehemaligen Kasernen, geschaffen werden. Diese sollen unter Berücksichtigung örtlicher Belastungen und Belange vollständig genutzt werden.

Darüber hinaus stehen auch bestehende Unterkünfte auf dem Prüfstand. Ministerin Müller: „Wir werden beispielsweise Notunterkünfte schließen und bestehende Objekte durch Plätze in Kasernen ersetzen.“

Anschlussunterbringung

Asylbewerber müssen in der Regel maximal sechs Monate in den Erstaufnahmeeinrichtungen bleiben. Danach werden sie ebenso wie abgelehnte Asylbewerber in der sogenannten Anschlussunterbringung versorgt. Die Ministerin will dabei in Zukunft wieder verstärkt auf Gemeinschaftsunterkünfte statt auf dezentrale Unterbringung setzen. Gemeinschaftsunterkünfte werden von den Bezirksregierungen betrieben, während sich um dezentrale Unterkünfte die Landratsämter oder kreisfreien Städte kümmern. In beiden Fällen trägt der Freistaat die Kosten. Die Anpassung des Unterbringungskonzepts soll im engen Dialog mit allen betroffenen Ebenen, insbesondere den Kommunen, erfolgen.

„Wohnungsbau fit machen“

Innenminister Joachim Herrmann verwies darauf, dass die Anstrengungen des Freistaates beim Ausbau des sozialen Wohnungsbaus fortgesetzt werden müssen, weil die Zahlen anerkannter Asylberechtigter jetzt weiter ansteigen werden. Herrmann: „Wir müssen uns im Wohnungsbau fit machen für die kommenden Jahre. Wir benötigen rasch noch mehr bedarfsgerechten, kostengünstigen Wohnraum. Dabei müssen wir unbedingt soziale Brennpunkte und Ghetto-Bildungen vermeiden. Vom Bund erwarten wir, dass er uns hier kräftig unter die Arme greift und die Kosten der Unterkunft für anerkannte Asylbewerber vollständig übernimmt. Darüber hinaus fordern wir den Bund auf, die Kompensationsmittel für die Wohnraumförderung der Länder von einer Milliarde Euro auf drei Milliarden Euro zu erhöhen und diese Mittel nach dem Königsteiner Schlüssel bundesweit zu verteilen. Diese politische Leitentscheidung für bezahlbares Wohnen ist absolut notwendig.“ ❐

Bayern startet Initiative im Bundesrat zu EEG:

Vielfalt von Erzeugern erneuerbarer Energien sichern

Regionale Wertschöpfung - Akzeptanz vor Ort

Das Kabinett hat jüngst eine Bundesratsinitiative beschlossen, mit der Bürgerenergieanlagen gestärkt werden sollen. Wirtschafts- und Energieministerin Ilse Aigner: „Wir brauchen im neuen EEG Regelungen, die Bürgerenergieprojekten in Ausschreibungen faire Wettbewerbschancen bieten. Kleine und regional verwurzelte Betreiber von Erneuerbaren-Energien-Anlagen benötigen unseren Schutz. Deshalb fordern wir einen Vorrang für Bürgerenergieanlagen.“

Im Entwurf für das neue EEG ist vorgesehen, die Förderung für erneuerbare Energien durch Ausschreibungen zu ermitteln. Haupthemmnis für Bürgerenergieanlagen ist das Risiko, bei der Ausschreibung leer auszugehen und auf den im Vorfeld aufgewendeten Kosten sitzen zu bleiben.

Bayern fordert in seinem Bundesratsantrag daher, dass Bürgerenergieprojekte eine Zuschlagsgarantie erhalten. Sie sollen kein Angebot über die Höhe der Vergütung abgeben müssen, sondern nach dem höchsten Gebot gefördert werden, das noch einen Zuschlag erhalten hat. Dieses Modell soll für alle erneuerbaren Energien gelten.

Vorrang für Bürgerenergie

Aigner: „Bürgerenergieprojekte spielen technologieübergreifend eine große Rolle. Sie tragen zur lokalen Wertschöpfung bei, sorgen für Akzeptanz vor Ort und sind entscheidend für das Gelingen der Energiewende. Sie brauchen einen echten Vorrang, damit das breite Engagement einer Vielzahl unterschiedlicher Akteure bei der Erzeugung erneuerbarer Energien erhalten bleibt.“ ❐

Innenstaatssekretär Gerhard Eck:

Digitales Funknetz landesweit in Betrieb

Alle bayerischen Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben von Anfang an mit dabei

Wie Innenstaatssekretär Gerhard Eck jüngst dem Kabinett berichtet hat, ist mit dem Erstaufbau und der Einbindung der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) das bayerische Digitalfunknetz landesweit in Betrieb. Nur noch an zwei Standorten im hochalpinen Gelände müssen bis Mitte 2016 weitere Sendeanlagen installiert werden, die witterungsbedingt 2015 nicht aufgebaut werden konnten.

Mit dann 879 Basisstationen hat Bayern rund ein Fünftel der bundesweit etwa 4.500 benötigten Sendeanlagen. „Selbst in topographisch anspruchsvollen Gegenden wie den Alpen haben wir im Freistaat ein äußerst leistungsfähiges Digitalfunknetz aufgebaut, das unseren Einsatzkräften eine flächendeckende Funkversorgung bietet“, erläuterte Eck. „Unser hochfunktionales Digitalfunknetz ist ein Riesenfortschritt bei der Kommunikation unserer Einsatzkräfte.“ Die rund eine Milliarde Euro für Planung und Aufbau des Digitalfunknetzes sowie für den Betrieb bis 2021 seien gut investiert. Das habe sich unter anderem letztes Jahr beim G7-Gipfel in Elmau eindrucksvoll bestätigt.

Die Einführung des bundesweit einheitlichen Digitalfunks ist nach den Worten Ecks eines der größten technischen Modernisierungsvorhaben in Deutschland. „Mit rund 500.000 Nutzerinnen und Nutzern, die parallel kommunizieren können, ist es das weltweit größte Netz seiner Art“, so der Staatssekretär. „Die herausragenden Vorteile gegenüber der veralteten Analogfunktechnik sind insbesondere die Abhörsicherheit und Sprachqualität sowie die Möglichkeit der Alarmierung und Datenübertragung.“ Der Digitalfunk garantiere im Notfall nicht nur den Bürgerinnen und Bürgern, sondern auch den Einsatzkräften selbst schnellstmögliche Hilfe und Unterstützung.

Neben der Bayerischen Polizei sind alle bayerischen BOS von Anfang an beim Digitalfunk mit dabei. „Das ist deutschlandweit einmalig“, betonte der Staatssekretär. In vielen Bundesländern beschränke sich die flächendeckende Teilnahme am Digitalfunk zurzeit noch auf die Polizei. Dagegen habe das bayerische Innenministerium alle bayerischen Zweckverbände für Rettungsdienst und Feuerwehralarmierung sowie alle Landkreise und kreisfreien Städte für die Teilnahme am Digitalfunk gewonnen. Tatkräftig unterstützt hat das Innenministerium beispielsweise auch die Digitalfunkausbildung. ❐

GZ Kolumne Stefan Rößle

Liebe Leserinnen und Leser,

selten hatte die Republik so gespannt auf Landtagswahlen geblickt, wie am Sonntag, den 13. März 2016 nach Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt! Gleich ein Bündel an Fragen sollten die Ergebnisse beantworten: Können die Regierungskoalitionen ihre Mehrheiten behalten oder kommt es zum Machtwechsel? Wer regiert zukünftig mit wem? Wer kommt rein und wer fliegt raus? Dass die AfD „neu reinkommt“ und das gleich in alle drei Volksvertretungen, war anhand der Umfragen bereits vorher zu erwarten. Die hohen Prozentwerte, die diese Partei letztendlich erhielt, haben uns dann doch alle mehr oder weniger überrascht. Immerhin lagen die Ergebnisse bei allen drei Landtagswahlen zweistellig und drei bis sechs Prozent über den letzten Aussagen der Demoskopen.

Dadurch hat sich unser Parteiensystem - jedenfalls für den Moment - signifikant verändert und im politischen Spektrum hat sich rechts neben der Union eine neue politische Kraft gebildet.

Großes Protestpotenzial

Interessant ist nun die Frage, wer die Rechtspopulisten gewählt hat? Nur Rassisten und Radikale? Für denjenigen, der die AfD mit Nachdruck ablehnt, ist das klar. Doch ganz so einfach ist es nicht. Beinahe jeder vierte Wähler in Sachsen-Anhalt hat seine Stimme der AfD gegeben - es müssen also komplexere Motive dahinterstecken. Die Befragungen am Wahltag haben ein ziemlich genaues Bild vom AfD-Wähler geliefert.

In allen drei Ländern kam der überwiegende Teil der Wähler aus dem sozial schwächeren Gesellschaftsbereich und größter Stimmenlieferant war die CDU. Aber auch aus dem Lager der SPD konnte die AfD beispielsweise in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz erheblich Stimmen dazugewinnen. In Sachsen-Anhalt kommt noch die Linkspartei hinzu. Ganz einfach deshalb, weil dort auch sehr viel zu holen war.

Zudem gibt es noch eine dritte Gruppe, bei der die AfD besonders erfolgreich war: Die Nichtwähler - ja genau diejenigen, die seit Jahren erfolglos von den etablierten Parteien umworben werden, gehen zur Wahl und wählen AfD. Das hat beinahe tragische Züge, ist aber Realität. Zuletzt hat die AfD noch eine weitere Spalte in den Wahlergebnissen leergefegt: Die der anderen Parteien. Die AfD hat es als Protestpartei verstanden, das bisherige Segment rechter und linker Splitterparteien nahezu komplett aufzusaugen.

Stichwort „Protestpartei“: Die Wahlforscher haben nachgefragt, ob die Wähler ihr Kreuz aus Überzeugung für die jeweilige Partei gemacht haben oder aus Enttäuschung den anderen Parteien gegenüber. Eindeutiges Ergebnis bei den etablierten Parteien: Mehrheitlich stand die Überzeugung im Vordergrund. Das Bild bei den AfD-Wählern ist ein anderes: Eine Mehrheit gibt an, aus Enttäuschung über die Politik der anderen die Stimme der AfD gegeben zu haben.

Jetzt zu den Themen, die dem Protest zugrunde liegen: Die AfD-Wählenden haben angegeben, vor allem wegen der Asylpolitik, aus Fragen der sozialen Gerechtigkeit und der inneren Sicherheit die rechtspopulistische Partei gewählt zu haben. Im Grunde hängen aber alle drei genannten Bereiche direkt mit der an Komplexität kaum zu überbietenden Flüchtlingsfrage zusammen.

Damit verbunden hat sich in der Bevölkerung sukzessive ein durchaus auch nachvollziehbarer Zustand der Unsicherheit aufgebaut. Es wird eine kontroverse Debatte geführt, inwieweit die Aufnahme der Flüchtlinge mit einer Bedrohung durch den islamistisch-extremistisch motivierten Terrorismus einhergeht. Auch ihren Wohlstand sehen die Menschen in Gefahr, weil sie nicht abschätzen können, welche Kompromisse womöglich im Zuge der Integration von Flüchtlingen künftig eingegangen werden müssen. Leider befeuern Übergriffe wie in Köln und Terroranschläge wie in Paris und Brüssel diese Diskussionen immer noch weiter.

Die Beschäftigung mit diesen Fragen und die letztendlich noch weitgehend offenen Antworten darauf, erzeugen bei den Menschen Ungewissheiten und Ängste. Daraus bildet sich ein idealer Nährboden für eine populistische Protestpartei wie die Alternative für Deutschland, die davon extrem profitiert hat und das Parteisystem somit aktuell kräftig durcheinanderwirbelt.

Ob dies ein Dauerzustand bleibt, wird sicherlich davon abhängen, wann die Menschen wieder mehr Vertrauen in die Politik der derzeit regierenden Parteien setzen. Die CSU in Bayern hat hierbei noch das geringste Problem. Sie kann nach wie vor in den Umfragen auf eine absolute Mehrheit bauen. Vielleicht auch, weil ihr Kurs in der Flüchtlingspolitik im Dreiklang von Humanität, Integration und Begrenzung klarer und nachvollziehbarer erscheint. Doch nächstes Jahr sind keine bayerischen Landtagswahlen, sondern Bundestagswahlen und es gilt für die etablierten Parteien den Aufstieg der AfD auf Bundesebene zu verhindern.

Eines ist dabei unerlässlich: Solange die Flüchtlingsfrage noch nicht auf europäischer Ebene vollständig gelöst ist, braucht es sicht- und spürbare nationale Maßnahmen - zum einen für eine Begrenzung der Flüchtlingszahlen in Deutschland und zum anderen für die Aufrechterhaltung der Sicherheit. Als Kommunalpolitische Vereinigung haben wir dies unter anderem immer wieder eindringlich gefordert und auch erfolgreich in die bundespolitischen Positionen der CSU integrieren können.

Wichtig wird auch sein, von Seiten der Bundesebene in den nächsten Monaten die Entscheidungen und die Fortschritte in Sachen Flüchtlingspolitik einfach besser zu kommunizieren. Die Bürgerinnen und Bürger müssen letztendlich wieder das Gefühl bekommen, dass gehandelt wird und dass die Verantwortlichen durch erfolgreich getroffene Maßnahmen die politische Lage wieder dauerhaft im Griff haben. Gelingt dies zeitnah, dann wird es die AfD bei den Bundestagswahlen im Herbst 2017 wesentlich schwerer haben, ähnliche Ergebnisse wie bei den Landtagswahlen zu erzielen.

Stefan Rößle
KPV-Landesvorsitzender

Tag der Regionen 2016:

„Unsere Region in der Einen Welt - miteinander, nachhaltig, krisenfest“

Zum 18. Mal wird in diesem Jahr bundesweit der Tag der Regionen gefeiert und mit ihm alles, was zu einem ökologischen, sozialen und nachhaltigen Lebensstil gehört. Unter dem Motto „Unsere Region in der Einen Welt – miteinander, nachhaltig, krisenfest“ hebt der diesjährige Aktionstag Bedeutung und Potenzial von Regionen innerhalb unserer globalisierten und vernetzten Welt hervor. Veranstaltungen können für den Aktionszeitraum vom 23. September bis 9. Oktober 2016, mit dem Erntedanktag am 2. Oktober als Höhepunkt, angemeldet werden.

Kleiner denken, um gemeinsam Größeres zu erreichen, diese Botschaft soll vom diesjährigen Tag der Regionen ausgehen. Dabei werden Fragen aufgeworfen wie: Welche Möglichkeiten haben wir, um ökologische, soziale und wirtschaftliche Perspektiven und Arbeitsmärkte zu entwickeln und zu stabilisieren? Wie können wir stabile Strukturen und Entwicklungsprozesse initiieren und gleichzeitig die Potenziale der Regionen fördern? Welche Impulse brauchen wir, um den Bewusstseinswandel für einen nachhaltigen Konsum voranzubringen? Vom 23. September bis 9. Oktober 2016 stellt der Tag der Regionen deutschlandweit an vielen Orten Antworten auf diese Fragen vor.

Mitmachen erwünscht

Das Aktionsbündnis „Tag der Regionen“ ruft zum Mitmachen auf. Aktionen und Veranstaltungen, welche die Stärken der Regionen präsentieren und die Chancen einer lebendigen Region zeigen und bei denen regionale Produkte, Dienstleistungen und Handwerk oder regionales Engagement im Mittelpunkt stehen, können ab sofort wieder über www.tag-der-regionen.de oder direkt in den Koordinationsbüros angemeldet werden. ❐

Schulterschluss mit..

(Fortsetzung von Seite1)
gerinnen und Bürger am BVWP beteiligen – von der Grundkonzeption über Projektvorschläge bis zum Entwurf, der seit 21. März für sechs Wochen öffentlich ausliegt. Auch der Umweltbericht zum BVWP 2030 wird veröffentlicht. Nach Abschluss der Öffentlichkeitsbeteiligung wird der BVWP 2030 überarbeitet und vom Kabinett beschlossen.

Eingliederungshilfe zu modernem Teilhaberecht weiterentwickeln

Stichwort Bundesteilhabegesetz: Hasselfeldt zufolge haben sich die Koalitionsparteien CDU, CSU und SPD im Koalitionsvertrag darauf verständigt, die Leistungen an Menschen, die aufgrund einer wesentlichen Behinderung nur eingeschränkte Möglichkeiten haben, aus dem bisherigen „Fürsorgesystem“ herauszuführen und die Eingliederungshilfe zu einem modernen Teilhaberecht weiterzuentwickeln. Die Leistungen sollen sich am persönlichen Bedarf orientieren und entsprechend eines bundeseinheitlichen Verfahrens personenbezogen ermittelt werden.

Personenzentrierung

Leistungen sollen nicht länger institutionszentriert, sondern personenzentriert bereitgestellt werden. Dabei soll die Einführung eines Bundesteilhabegeldes geprüft werden. Zudem wird die Neuorganisation der Ausgestaltung der Teilhabe zugunsten der Menschen mit Behinderungen so geregelt, dass keine neue Ausgabendynamik entsteht.

Entlastung der Kommunen

Wie die CSU-Politikerin erläuterte, liegt noch kein Referentenentwurf vor; gleichwohl soll das Bundesteilhabegesetz mit einer deutlichen Entlastung der Kommunen noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet werden.

Mit Blick auf das geplante Wertstoffgesetz wies Gerda Hasselfeldt darauf hin, dass beim mittlerweile zweiten Arbeitsentwurf die kommunalpolitischen Belange noch nicht entsprechend berücksichtigt seien und überdies keine Not bestehe, das Gesetz noch in dieser Legislaturperiode zu verabschieden.

Wertstoffgesetz

Das Wertstoffgesetz soll künftig die Verpackungsverordnung ablösen und Regelungen für das Inverkehrbringen, die Rücknahme und die hochwertige Verwertung von Verpackungen und sonstigen beim privaten Endverbraucher anfallenden Erzeugnissen aus Kunststoffen und Metallen schaffen. Die Rückgewinnung und die Wiederverwertung dringend benötigter Rohstoffe sind für die Wirtschaft und die Gesellschaft von besonderer Bedeutung.

Nachbesserungen gefordert

Mit der Resolution zum Wertstoffgesetz „Ab in die Tonne!“ hatte der Bayerische Landkreistag bereits Ende des vergangenen Jahres seiner Kritik Ausdruck verliehen und deutliche Nachbesserungen gefordert. Der Arbeitsentwurf beschränkt nach Auffassung des Kommunalverbandes die Einwirkungsmöglichkeiten der Kommunen auf die Unternehmen des Dualen Systems noch stärker als das geltende Recht. Dabei zeige die Erfahrung, dass die Qualität der Wertstoffsammlung bzw. -verwertung durch Private aus Wettbewerbsgründen eher sinkt. Bei schlechter Leistung sehe der Arbeitsentwurf aber nur ein Rügerecht für die Kommunen vor. Eingreifen dürften sie demnach nicht – und das, obwohl die Bürgerinnen und Bürger sie als Ansprechpartner sehen.

Privatisierung

Statt den ökologischen Gedanken zu fördern, führe der Entwurf zu einer Privatisierung weiterer Abfallbereiche, zu einer bundesweiten Einheits-Tonne und zu Verlusten auf kommunaler Seite sowie in den Geldbörsen der Bürgerinnen und Bürger, heißt es in der Resolution. Der Entwurf bringe ein bestens funktionierendes System – die bayerischen Wertstoffhöfe - in Gefahr.

Erfreulich war hingegen Hasselfeldts abschließende Mitteilung, wonach der Bund die Länder und Kommunen bis 2019 mit insgesamt 150 Mrd. Euro entlastet. Allein in diesem Jahr sind es 20 Milliarden Euro, die der Bund zusätzlich zur Verfügung stellt - und das obwohl auch 2016 die schwarze Null steht und keine neuen Schulden im Bundeshaushalt vorgesehen sind. Neben der Kostenbeteiligung für Asylbewerber und Flüchtlinge gibt der Bund vor allem mehr Geld für Familien und Kinder, mehr Geld für die Bildung und mehr Geld für sozial Schwache. **DK**

Bayern setzt...

(Fortsetzung von Seite1)
gration erhalten. 2. Eine Wohnraumzuweisung gibt den Gemeinden mehr Planungssicherheit, um sozialen Wohnraum und die notwendige Infrastruktur wie Kitas und Schulen vor Ort anbieten zu können.

Als einziges Bundesland hat Bayern bereits ein Sonderprogramm für Integration verabschiedet und ein eigenes Integrationsgesetz im Bayerischen Landtag eingebracht. Darin werden sieben zentrale Punkte formuliert, die für eine gelingende Integration erfüllt werden müssen.

Spracherwerb

1. Das Erlernen der deutschen Sprache: Nur wer deutsch spricht, kann sich vollwertig in die Gesellschaft integrieren und erfolgreich am Arbeitsleben teilhaben. Deshalb wird beim Spracherwerb möglichst frühzeitig angesetzt. Bereits im 5. Lebensjahr sollen die Deutschkenntnisse der Kinder überprüft werden. Wenn nötig, wird ein Vorkurs Deutsch angeboten. Eltern, die sich der Sprachstandserhebung ihres Kindes verweigern, begehen eine Ordnungswidrigkeit. Außerdem gilt: Wer lange genug Zeit hatte, Deutsch zu lernen, es aber nicht getan hat, der muss künftig einen Dolmetscher selbst zahlen, wenn er im behördlichen Verkehr noch einen braucht.

2. Landesleistungen: Sie erhält künftig nur, wer sich eindeutig identifizieren lässt, z. B. über seinen Pass. Einem missbräuchlich mehrfachen Leistungsbezug aufgrund Mehrfachidentitäten soll so wirksam begegnet werden.

Ghettobildung vermeiden

3. Eine ausgewogene Siedlungs- und Bewohnerstruktur: Die Bildung von Ghettos soll vermieden werden. Weiter soll verhindert werden, dass einzelne Kommunen in ihrer Integrationsfähigkeit überfordert werden. Deshalb wird über die Vergabe von Sozialwohnungen künftig auch eine ‚Strukturkomponente‘ entscheiden. Danach wird neben der Dringlichkeit auch die Bewohnerstruktur im Umkreis berücksichtigt. Ferner ist bereits jetzt eine Verordnungsermächtigung für eine vom Bundesgesetzgeber noch zu schaffende Verteilungsmöglichkeit von anerkannten Flüchtlingen vorgesehen.

Werteordnung

4. Die Achtung unserer Rechts- und Werteordnung: Jeder muss sich an unsere Rechtsordnung halten und sie akzeptieren. Das Gesetz enthält hierzu bei Missachtung konkrete Sanktionen. So kann verpflichtend zu einem „Grundkurs“ vorgeladen werden, der mit der Rechts- und Werteordnung vertraut macht. Wer zu diesem Grundkurs nicht erscheint, bekommt ein Bußgeld.

Scharia

5. Das Verbot, die verfassungsmäßige Ordnung zu unterlaufen: Wenn z.B. radikale Imame die Scharia durchsetzen wollen und unsere verfassungsmäßige Ordnung bekämpfen, droht ihnen ein empfindliches Bußgeld. Denn hier geht es um die Grundfeste der staatlichen Ordnung.

6. Öffentliche Einrichtungen: Die Kommunen erhalten – ausgehend von den Negativerfahrungen vieler Kommunen bei der Nutzung von Frei- und Hallenbädern – die Möglichkeit, den Zutritt zu ihren öffentlichen Einrichtungen – also Schwimmbad, Bücherei, Stadion etc. – von einer vorherigen Belehrung über die dort einzuhaltenden Regeln abhängig zu machen, wenn sie vermuten, dass diese dem Nutzer nicht bekannt sind.

7. Der Integrationsbeauftragte und der Bayerische Integrationsrat: Das Gesetz verankert ausdrücklich das Amt des Integrationsbeauftragten und den Bayerischen Integrationsrat.

Fordern und Fördern

Laut CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer „beruht unsere erfolgreiche Integrationspolitik in Bayern seit jeher auf dem Grundsatz des Forderns und Förderns. Wer bei uns bleiben will, muss die deutsche Leitkultur anerkennen und leben. Und das heißt nicht, dass wir uns auf halbem Weg in der Mitte treffen. Das wäre falsch verstandene Toleranz. Das Bayerische Integrationsgesetz werden wir daher noch stärker an der Eigenanstrengung ausrichten.“ **DK**

Urbane Agenda für die Europäische...

(Fortsetzung von Seite1)
Wirtschaftlichkeit, der Versorgungssicherheit und der Umweltverträglichkeit stehen. Das hohe Gut der Versorgungssicherheit muss zu angemessenen Preisen für die Bürger bereitgestellt werden, ohne dabei die öffentlichen Versorgungsstrukturen sowie die Akteursvielfalt auf kommunaler Ebene zu untergraben. Mit der Veröffentlichung des „Rahmens für die Klima- und Energiepolitik 2020-2030“ gehen die Aktivitäten der EU in die richtige Richtung. Die Kommunen wollen die EU-Kommission in diesem Punkt unterstützen und wertvolle Hilfe bei der Umsetzung der energie- und klimapolitischen Ziele bieten.

Klimaschutz

Um die Ziele der Förderung des Klimaschutzes und der Erneuerbaren Energien zügig voranzutreiben, bedarf es des beschleunigten Ausbaus der Übertragungs- und Verteilnetze. Der Ausbau von Stromnetzen muss die europäischen und nationalstaatlichen Ausbauziele im Bereich der erneuerbaren Energien berücksichtigen.

Vor dem Hintergrund des Ausbaus fluktuierender erneuerbarer Energien braucht das Energiesystem ein hohes Maß an Flexibilität, um die schwankende Einspeisung auszugleichen und Systemstabilität zu gewährleisten. Dafür notwendige Technologien sind bereits in Marktreife vorhanden, können sich aber, vor allem in Deutschland, aufgrund des dysfunktionalen Emissionshandels und damit ungenügender finanzieller Basis nicht am Markt halten. Städte und ihre Unternehmen müssen daher in die Situation gebracht werden, den Betrieb neuer, flexibler, hocheffizienter und fossiler Kraftwerke wirtschaftlich durchführen zu können.

Leistungsmarkt

Dafür favorisiert der Deutsche Städtetag einen dezentralen Leistungsmarkt als Kapazitätsmechanismus, der konfliktfrei im integrierten Energiemarkt der EU operiert und Kosteneffizienz, Systemstabilität und Versorgungssicherheit, Beiträge zum Klimaschutz, geringe Flächeninanspruchnahme, regionale Verteilung von Stromerzeugung und Stromnachfrage sowie gesamtwirtschaftliche Kosten und Wertschöpfung in den Fokus nimmt.

Abfallwirtschaft: Um noch bessere und nachhaltigere Impulse für ein regionales Stoffstrommanagement geben zu können, sollte die städtische Entsorgungsverantwortung gestärkt werden. Das Herausbrechen einzelner attraktiver Stoffströme aus der städtischen Entsorgungsverantwortung und deren Zuweisung in einen Wettbewerbsmarkt würde letztlich nur die städtischen Investitions- und Planungsrisiken verschärfen.

Gerade auch in Zeiten zunehmender Ressourcenknappheit und zur Umsetzung der EU-Abfallhierarchie ist die Bereitstellung einer geeigneten Sammel- und Verwertungsinfrastruktur durch die Städte unerlässlich. Das erfordert neben hohen Umweltstandards eine klare und eindeutige Aufgabenzuweisung und damit die Möglichkeit, über stabile Gebühren eine Refinanzierung der bereitgestellten Infrastruktur vornehmen zu können.

Mobilität

Verkehrspolitik: Urbane Mobilität ist Kernbestandteil der städtischen Verkehrs- und Mobilitätsplanung und unterliegt der kommunalen Planungsautonomie. Bei der Fortentwicklung von Instrumenten zur Regelung der urbanen Mobilität ist daher einer zielgerichteten Förderung Vorrang vor regulativen Instrumenten zu geben. Nachhaltige urbane Mobilitätspläne (sustainable urban mobility plans – SUMP) können daher in EU-Förderprojekten vorangetrieben werden, sind mangels Flexibilität und aufgrund der Notwendigkeit von örtlich angepassten Lösungen allerdings den Kommunen nicht als verbindliche und EU-einheitliche Pläne vorzugeben.

Die vorhandenen Regelungen über Zugangsbeschränkungen in Innenstädten – etwa durch sogenannte Umwelt- oder Fußgängerzonen – bedürfen nach Auffassung des Deutschen Städtetags keiner regulativen europäischen Ausgestaltung. Eine Vereinheitlichung ist sinnvoll bei der Kennzeichnung von Fahrzeugen, die hohe Umweltstandards erfüllen (Umweltplakette) sowie für die Erkennbarkeit von Elektrofahrzeugen im Straßenverkehr (Elektroplakette). Die Förderung von Maßnahmen zur Erhöhung des Fuß- und Radverkehrs und der Nutzung des ÖPNV am Modal Split sind zu begrüßen.

Geoinformation

Geoinformationen: Um den verstärkten Einsatz von Geoinformationen als integralen Bestandteil kommunaler Geschäftsprozesse auf kommunaler Ebene zu unterstützen, wären spezielle Förderprogramme der Europäischen Union äußerst hilfreich, insbesondere auch um die damit einhergehenden notwendigen technischen Herausforderungen zu bewältigen. Auf diese Weise würde auch die vielfach in Politik und Verwaltungsspitze noch fehlende Unterstützung des Einsatzes von Geoinformationen in den Kommunen gesteigert werden können. Wenn der EU-Kommission an brauchbaren Geoinformationen gelegen ist, muss sie ernsthaft die Frage beantworten, welchen Mehrwert beispielsweise die Bereitstellung von geschätzten zwei Millionen Bauleitplänen aus Deutschland auf europäischer Ebene darstellt. Insbesondere das Thema „INSPIRE und Bauleitpläne“ erhitzt die Gemüter aufgrund der Unklarheit bezüglich der konkreten, bundesweit uneinheitlichen Anforderungen an die Kommunen.

Migration und Integration: Die deutschen Städte stehen zu ihrer Verantwortung, Menschen aus Krisengebieten aus humanitären Gründen aufzunehmen. Die Städte fühlen sich dem Grundrecht auf Asyl für politisch Verfolgte und der Genfer Flüchtlingskonvention verpflichtet. Nicht zu verkennen sind jedoch die erheblichen Belastungen, die durch die gestiegenen Flüchtlingszahlen entstehen: Rund 1,1 Millionen Menschen kamen im vergangenen Jahr nach Deutschland. Der Deutsche Städtetag erwartet, dass die Bundesregierung alles unternimmt, eine Reduzierung der Zuwanderung nach Deutschland zu erreichen. Zudem müssen Bund und Länder die Integration der Menschen mit einer Bleibeperspektive intensiv unterstützen.

Die EU muss sich für eine einheitliche Politik einsetzen, die das Ziel hat, Fluchtursachen zu bekämpfen und die Bedingungen für Flüchtlinge in den Nachbarländern der Hauptherkunftsländer merklich zu verbessern. Auch die Einrichtung von Registrierungszentren an den EU-Außengrenzen in Italien und Griechenland muss entschlossen fortgesetzt werden. Eine funktionierende EU-weite Verteilungsregelung ist hierfür Voraussetzung.

Soziale Sicherung

Bei zukünftigen Beitrittsverhandlungen zur EU muss ein besonderes Augenmerk auf die sozialen Sicherungssysteme und die Achtung der Menschenrechte gelegt werden. Hier hält es der Deutsche Städtetag für geboten, dass auch die EU sich weiter verstärkt dafür einsetzt, dass es in diesen Ländern zu einer nachhaltigen Verbesserung der Situation der Betroffenen kommt. Erst wenn die Missstände in diesen Staaten so wirksam behoben wurden, dass keine Fluchtgründe mehr bestehen beziehungsweise gute Lebensperspektiven vor Ort herrschen, kann ein Beitritt zur EU erfolgen. Anderenfalls würde es zu einer verschärften Binnenmigration kommen.

Bankenunion

Bankenunion und Sparkassen: Als Lehre aus der Bankenkrise und als Lehre aus der Eurokrise wird derzeit auf europäischer Ebene eine Bankenunion geschaffen. Dabei gilt der Grundsatz Haftung und Verantwortlichkeit dort anzusiedeln, wo auch die Zuständigkeit für die Entscheidungen ist. Damit soll das Risiko, dass die Steuerzahler erneut in die Haftung eintreten müssen, weitgehend ausgeschlossen werden. Dieser Ansatz wird begrüßt.

Zur Berücksichtigung der kommunal getragenen Sparkassen im Rahmen der Neuregelungen zur Bankenunion unterstreicht der Deutsche Städtetag: „Deutsche Sparkassen haben gerade durch ihre Kooperation in den Verbundgruppen erheblich zur Stabilisierung des Bankenmarktes sowie zur schnellen Erholung der deutschen Wirtschaft nach der Finanzmarktkrise beitragen. Das Regionalprinzip der deutschen Sparkassen ist nicht nur zur Begrenzung systemischer Risiken, sondern auch zur Förderung der regionalen Wirtschaft ein bewährtes und effektives Instrument.“

In der im Wesentlichen auf private Großbanken ausgerichteten derzeitigen Ausgestaltung der Vereinbarungen zur Bankenunion werden Institute mit regionalem Schwerpunkt, wie die Sparkassen, unverhältnismäßig belastet und dadurch in ihrer Geschäftstätigkeit behindert. Regional ausgerichtete Kreditinstitute haben durch ihre Kreditvergabe an kleine und mittlere Unternehmen einen wesentlichen Anteil an Stabilisierungserfolgen und Wirtschaftswachstum in Europa. Deutschland, wo vor allem Sparkassen diese Aufgabe erfüllen, zeichnet sich durch einen besonders stabilen Mittelstand und einen sehr guten Zugang zu Finanzdienstleistungen aus. Diese Besonderheiten sind bei der weiteren Ausgestaltung der Bankenunion zu berücksichtigen und zu würdigen. Dezentrale Strukturen sind ein wesentliches Element um Krisen zu bewältigen.

Kulturdienstleistungen

Kulturpolitik: Kulturdienstleistungen sind zwar auch handelbare Ware, aber gleichzeitig öffentliche Güter, die von den Gebietskörperschaften unbeschränkt bereitzustellen sind. Auf internationaler Ebene werden derzeit Verhandlungen geführt, den Markt für sogenannte kulturelle Dienstleistungen zu liberalisieren. Aktuell stehen Verhandlungen zwischen den USA und der EU zum Abschluss eines allgemeinen Freihandelsabkommens an. Die EU sollte bei diesen Verhandlungen die Position einnehmen, dass die traditionell seitens der Länder und vor allem der Kommunen geleistete Kulturförderung in Form der Unterhaltung von eigenen Einrichtungen (Theater, Museen, Bibliotheken etc.), von Förderungen des zivilgesellschaftlichen und ehrenamtlichen Engagements und der Durchführung von eigenen Veranstaltungen nicht vom Handelsabkommen umfasst sein soll. Aus kommunaler Sicht gilt dies insbesondere für die Kultur als Bestandteil kommunaler Daseinsvorsorge.

Für Künstlerinnen und Künstler, aber auch für die kulturell interessierte Zivilgesellschaft bestehen nach wie vor erhebliche Hürden, mangelnde Transparenz und Unübersichtlichkeit hinsichtlich der Verfügbarkeit von europäischen Förderprogrammen. Die Bürokratie ist erheblich. Die Regularien zum neuen EU-Kulturförderprogramm 2014 bis 2020 beseitigen diese Hindernisse nicht, denn institutionelle Förderungen werden zugunsten von Projektförderungen gekürzt. Es entsteht mehr Bürokratie.

Die nationalen Kontaktstellen der Kulturförderung sind unterfinanziert und können ihr breites Informations- und Beratungsangebot nicht ausbauen, sondern müssen es sogar einschränken. Notwendig wäre aber eine Erweiterung der Leistungen der Kontaktstellen in Richtung Erstberatung zur Kulturförderung in Strukturfonds, gegebenenfalls auch weiteren Programmen, die Kulturbezüge haben. **DK**

CSU-Arbeitskreise Energiewende und Umwelt:

Kernforderungen zum EEG 2016

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) hat sein Eckpunktepapier zur Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes 2016 (EEG 2016) erneut überarbeitet und vor kurzem veröffentlicht. Diese Fassung wurde insbesondere um Ausführungen zur Windenergie auf See und zur Akteursvielfalt ergänzt.

Die CSU-Arbeitskreise Energiewende und Umwelt begrüßen den grundsätzlichen Schritt, die Förderung der erneuerbaren Energien (EE) auf Ausschreibungen umzustellen, um die EE näher an den Markt heranzuführen. Es sollen so viel Wettbewerb wie möglich (Wirtschaftlichkeit), aber auch so viel Steuerung wie nötig erfolgen, um den erforderlichen Ausbau der EE zu gewährleisten. Allerdings würden diese Kriterien durch das vorliegende Eckpunktepapier nicht erfüllt, „die zu einer Konzentration des weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien in Nord- und Ostdeutschland und damit zu erhöhten Netzkosten für Verbraucher in Süddeutschland führen, kleine Anbieter aus dem Markt drängen, die Akzeptanz der Bevölkerung mindern und die Wertschöpfung in Bayern beschneiden".

Entsprechend seien für Bayern die BMWi-Eckpunkte unannehmbar, wie die Landesvorstände der Arbeitskreise betonen. Deshalb bitten sie Parteichef Horst Seehofer, die nachstehenden Punkte als essentielle CSU-Forderungen in die laufenden Verhandlungen einzubringen.

1. Verbrauchsnahen Ausbau im Süden sichern - weiteren Ausbau regional steuern.

Zur Vermeidung von hohen Folgekosten (u.a. durch einen wachsenden Netzausbaubedarf vor allem auch in den Übertragungsnetzen) muss der weitere Ausbau dezentral und möglichst nah an den Verbrauchszentren erfolgen. Bayern fordert daher die Einführung eines wettbewerblichen Steuerungsmechanismus zur Erreichung eines regional ausgewogenen Ausbaus in einer Nord- und Südregion (Bayern, Baden-Württemberg, Hessen, Saarland und Rheinland-Pfalz). Die Zubauquote in der Südregion wird entsprechend der Annahmen im Netzentwicklungsplan 2024 auf mindestens 30 % des Gesamtausbaus festgelegt.

Zudem können regionale und lokale Vermarktungsmodelle dazu beitragen, den Netzausbaubedarf zu begrenzen und die Akzeptanz vor Ort zu verbessern. Ein kostenneutrales Grünstrommarktmodell würde hier Impulse setzen. Wir fordern daher, dass das Bundeswirtschaftsministerium zeitnah den lange versprochenen Entwurf einer europarechtskonformen Grünstromvermarktungsverordnung vorlegt.

2. Biomasse muss unverzichtbarer Bestandteil des EEG 2016 bleiben.

Biomasse kann Energie speichern und innerhalb weniger Minuten Ausgleichsenergie für den Strommarkt sowie für die Netzstabilität bereitstellen. Derzeit sind in Bayern 2.360 Biogasanlagen mit 790 MW in Betrieb (Deutschland 8.726 Anlagen mit 3.720 MW), von denen 70 % an Nahwärmenetze angeschlossen sind und rund 330.000 Bürger versorgen.

Wir fordern, dass auch Biogasanlagen an einer technologiespezifischen Ausschreibung mit einem Ausbaukorridor von 100 MW/Jahr netto (Bestandsanlagen und Neubauvorhaben) teilnehmen können. Eine Verordnungsermächtigung ist abzulehnen, weil damit die Entscheidung über den Fortbestand dieser Technologie allein in der Hand des Bundeswirtschaftsministers läge. Vor allem brauchen sowohl Neu- als auch Bestandsanlagenbetreiber möglichst bald einen rechtssicheren Rahmen im EEG 2016.

3. Sicherung der Akteursvielfalt bei Ausschreibungen.

Die aktive Beteiligung breiter Bevölkerungsschichten an der Stromerzeugung bleibt für den weiteren Verlauf der Energiewende ein entscheidender Erfolgsfaktor. Kleine Anbieter können ihre Planungskosten (ca. 300.000 Euro für 1 Windrad) und damit ihr Zuschlagsrisiko nicht auf mehrere Gebote verteilen. Deshalb sehen die EU-Beihilfeleitlinien ausdrücklich eine Bagatellgrenze für die Beteiligung an Ausschreibungen vor.

Der richtige Ansatz aus bayerischer Sicht ist es, dass vor allem kleine Betreiber und nicht zwingend kleine Projekte privilegiert werden. Anbieter mit KMU-Kriterien müssen generell den Zuschlag erhalten, erst recht, wenn Akteure vor Ort an dem Projekt beteiligt sind, jedoch zu einem aus der Ausschreibung abgeleiteten Preis. Damit ist eine Verteuerung ausgeschlossen.

4. Eigenverbrauch darf nicht ausgeschlossen werden.

Der direkteste Vorteil erneuerbarer Energien für die Bevölkerung liegt im Eigenverbrauch des selbst erzeugten Stroms. Gerade für PV-Dachanlagen spielt Eigenverbrauch eine zentrale Rolle. Das neue EEG muss Belastungen des Eigenverbrauchs so einjustieren, dass ein wirtschaftlicher Betrieb mit Investitionen zur Systemdienlichkeit dauerhaft möglich bleibt. Ausschreibungen zur Festlegung der Förderhöhe sollen Überförderung ausschließen, bieten aber auch die Chance, den im EEG festgelegten Ausbaupfad durch auskömmliche Vergütungen zu beleben. Auch Anlagen mit Eigenverbrauch müssen daher die Möglichkeit erhalten, sich an der Ausschreibung zu beteiligen.

Wir fordern die generelle Umstellung auf ein praktikables Modell der leistungsbezogenen Netzentgelte. Dann lässt sich bei systemdienlicher technischer Ausstattung der Vorwurf, Eigenverbrauch verletze das Solidarprinzip, nicht mehr halten.

5. Perspektivisch ist ein Systemwechsel unausweichlich.

Das vorliegende Ausschreibungsmodell bietet keine Anreize für eine Systemintegration der erneuerbaren Energien in das Stromsystem, die aber notwendig ist, wenn die Energiewende zum Nutzen der Wirtschaft und der Gesellschaft erfolgreich umgesetzt werden soll. Mit Blick auf die zukünftigen Nachfolgeregelungen zum EEG 2016 sollen neue EEG Modelle ermöglicht werden, in denen bei nachgewiesener Kostenneutralität auf Verteilnetzebene die sektorübergreifende Vernetzung (Strom, Wärme, Mobilität) aller regional zur Verfügung stehender regenerativen Erzeugungstechnologien in einem ganzheitlichen Ansatz betrieben wird und die bestehenden Synergien besser genutzt werden. **DK**

Fünf Jahre Informationsportal „Energie-Atlas Bayern"

Seit fünf Jahren unterstützt der Energie-Atlas Bayern Bürgerinnen und Bürger, Kommunen und Unternehmen dabei, die Energiewende in Bayern selbst zu gestalten. „Der Energie-Atlas Bayern informiert schnell und unkompliziert bei allen Fragen zum Energiesparen, zur Energieeffizienz und zu erneuerbaren Energien. Er erreicht die Bürgerinnen und Bürger daheim an ihren Bildschirmen. Der Energie-Atlas ist das digitale Nachschlagewerk für unsere Energiezukunft", so Wirtschaftsministerin Ilse Aigner anlässlich des fünfjährigen Bestehens des Internetportals.

So können sich Nutzer den aktuellen Anteil und Zusammensetzung der erneuerbaren Energien in ihrer Heimatgemeinde anzeigen lassen. Ein interaktives Mischpult verdeutlicht, wie sich eine Biogasanlage, ein Windrad oder eine Photovoltaikfläche auf den Energiemix in der eigenen Gemeinde auswirken. Ist eine Windkraftanlage geplant, zeigt ein 3D-Tool, wie diese das Landschaftsbild verändert, und simuliert den Schattenwurf zu verschiedenen Uhrzeiten. „Anwendungen wie diese machen die Energiewende greifbarer. Sie geben Bürgern und Planern konkrete Werkzeuge an die Hand, um sich zu informieren und auch um die Diskussion über den Ausbau erneuerbarer Energien mit objektiven Fakten zu führen", betonte LfU-Präsident Claus Kumutat.

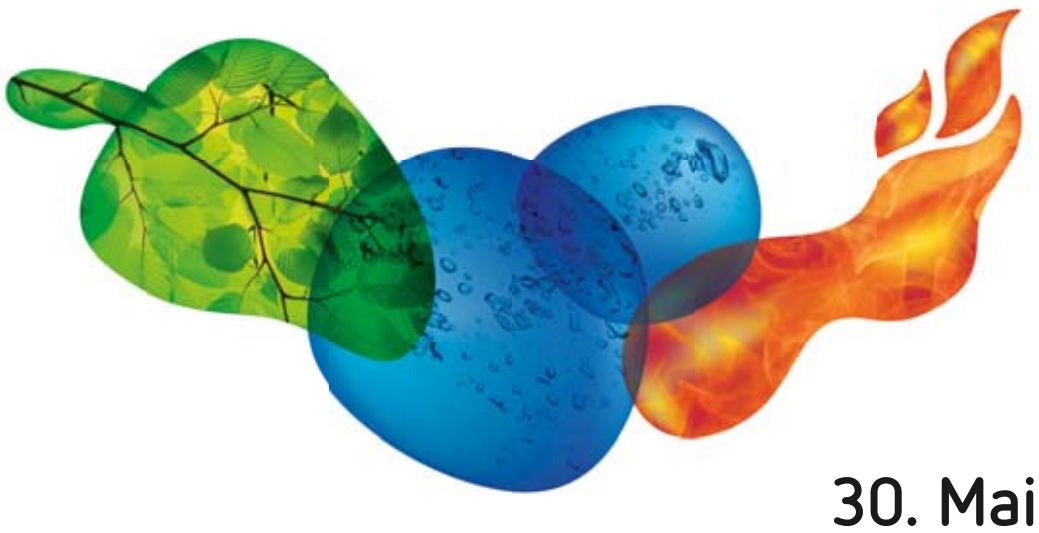
Auf gut aufbereiteten Informationsseiten erfahren Interessierte zudem Wissenswertes zu verschiedenen Energieträgern und Anlagen sowie deren mögliche Umweltauswirkungen. Auch Tipps zum Stromsparen und zum Klimaschutz gehören zum Angebot. Ein weiterer Service ist die Ankündigung und Abwicklung von Förderprogrammen rund um das Thema Energieeffizienz. Über den Energie-Atlas Bayern können sich Hauseigentümer einen Effizienz-Bonus von bis zu 9.000 Euro bei Neubau oder Sanierung sichern oder die Förderung eines neuen Heizkessels beantragen. Unternehmen erfahren von den neuesten Effizienz-Trends und Förderprogrammen oder können mit einem Spezial-Tool berechnen, ob sich eine Stromerzeugung aus Abwärme für sie lohnt. Der Energie-Atlas Bayern ist das zentrale Internet-Portal der Bayerischen Staatsregierung zur Energiewende:www.energieatlas.bayern.de

Der Energie-Atlas Bayern wird vom LfU gemeinsam mit der Bayerischen Vermessungsverwaltung unter der Federführung des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie betrieben. ❐

Messe München

50 YEARS IFAT

Innovativ. Weltweit. Zukunftsorientiert. Umwelttechnologien erleben.



Jetzt online registrieren!
www.ifat.de/tickets

30. Mai–3. Juni 2016

Weltleitmesse für Wasser-, Abwasser-, Abfall- und Rohstoffwirtschaft

Entdecken Sie die Möglichkeiten zukunftsweisender Strategien, Produkte und Dienstleistungen.
Seien Sie mit dabei, wenn die Weltleitmesse für Umwelttechnologien in spektakulären Live-Demonstrationen komplexe Prozesse sowie Anwendungen von Maschinen, Anlagen und Fahrzeugen anschaulich und praxisnah im Einsatz präsentiert.

Herzlich willkommen auf der IFAT 2016.

IFAT weltweit – Besuchen Sie auch die Auslandsmessen der IFAT:

IE expo China 5.–7. Mai 2016 www.ie-expo.com
IFAT India 28.–30. September 2016 www.ifat-india.com
IFAT Eurasia 16.–18. Februar 2017 www.ifat-eurasia.com
IFAT Africa September 2017 www.ifat-africa.com

Folgen Sie uns:

MESSE MÜNCHEN | www.ifat.de
info@ifat.de | Tel. +49 89 949-11358

ufi Approved Event

WBU-Positionspapier zur Energiepolitik:

Industriestandort Bayern nicht gefährden

Auf allen politischen Ebenen wird eine Vielzahl detaillierter Vorschläge zur Entwicklung des europäischen Strommarktes und zum Gelingen der Energiewende gemacht. „Diese Vorschläge beeinflussen sich gegenseitig und sind zum Teil auch nicht kompatibel“, kritisiert der Wirtschaftsbeirat Bayern. In einem Positionspapier zur Energiepolitik in Europa, Deutschland und Bayern weist er auf die Notwendigkeit hin, sich auf zentrale Aufgaben und Ziele zu konzentrieren, die für das Gelingen der Energiewende maßgeblich sind.

Ziel der europäischen Energiepolitik ist laut WBU eine Energieunion - ein einheitlicher europäischer Markt, in dem die Kräfte und Möglichkeiten der Mitgliedsländer gebündelt werden in Bezug auf Erhöhung der Versorgungssicherheit, möglichst preisgünstige Versorgung, Emissionsminderung und Forschung. Im Strombereich sei hierfür der Ausbau grenzüberschreitender Leitungen erforderlich.

Mit Blick auf das Strommarkt-Design weist der WBU darauf hin, dass sich die Bundesregierung Ende vergangenen Jahres für die Fortentwicklung des Energy-Only-Marktes (EOM 2.0) und gegen einen Kapazitätsmarkt (den der WBU befürwortet hat) entschied. In Verbindung mit den vorgesehenen zusätzlichen dirigistischen Absicherungsmaßnahmen (Kapazitätsreserve, Netzreserve, Absicherung der Braunkohle) und der Stärkung der Marktmechanismen (Garantie der freien Preisbildung am Strommarkt; Stärkung der Bilanzkreistreue; Einschränkung der Kartellaufsicht bei sich ergebenden Preisspitzen) könne mit diesem Modell mittelfristig die Versorgungssicherheit gewährleistet werden.

Das Modell wird nach Überzeugung des Wirtschaftsbeirates aber nicht zu den erforderlichen Neuinvestitionen in konventionelle Kraftwerke führen, da das Investitionsrisiko unkalkulierbar ist. Daher sei größte Aufmerksamkeit darauf zu verwenden, wann gegebenenfalls ein Umschwenken auf ein anderes Marktmodell erforderlich ist. Hier sollte auch über einen europäisch harmonisierten Kapazitätsmarkt nachgedacht werden.

Der Wirtschaftsbeirat regt im Hinblick auf die Verwertung überschüssigen Stroms aus regenerativer Erzeugung darüber hinaus an, die PtX-Technologie (Power-to-Gas; Power-to-Liquid; Power-to-Heat) voranzutreiben. Speichergas sollte mit Biomethan gleichgestellt werden.

Begrüßt wird, dass nach dem Bayerischen Energieprogramm dem Aspekt der Versorgungssicherheit im Gasbereich erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt werden soll. Dies gelte vor allem für den Aspekt der Speicherbewirtschaftung (die Füllstände sind viel zu niedrig; es gibt keine eindeutige Verantwortung für die Versorgungssicherheit) wie auch dem Bau der notwendigen Gasleitungen beim Ausbau der Gaskraftwerkskapazitäten.

Unterstützt werden die Vorschläge der Bayerischen Staatsregierung, die zur Reduzierung von Netzinvestitionen führen (entschädigungsfreie Abregelung, bei Neuinvestitionen im Erzeugungsbereich stärkere Berücksichtigung der Netzsituation). Durch die Regulierung verursachte Zeitverzüge bei der Erstattung von Investitionen müssten beseitigt werden.

Stichwort Strompreise: Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) rechnet mit einem Anstieg der EEG-Umlage bis zum Jahr 2020 auf über 8 Cent/kWh. Hinzu kommen die Belastungen aus den rasch steigenden Netzkosten (Verteilungsbereich, HGÜ, Verkabelungen) und absehbar milliardenteure zusätzliche Lasten aus dem CO2-Handel. Umso wichtiger ist es nach Ansicht des WBU, Wege und Modelle zu entwickeln, die zur Reduzierung der Strompreiskosten führen. Die gesamte Staatsquote am Strompreis müsse eingefroren werden.

Der Wirtschaftsbeirat bedauert, dass im Bayerischen Energieprogramm neben Überlegungen zur Schaffung eines Energiewendefonds nicht auch andere Wege zur Strompreisstabilisierung angesprochen werden, wie beispielsweise die Senkung der Stromsteuer, die Abschaffung der Umsatzsteuer auf die EEG-Umlage oder die Reduzierung der Umsatzsteuer für Strom auf den Umsatzsteuerhalbsatz.

Zur Reduzierung der Lasten aus dem EEG müssten weitere Schritte eingeleitet werden (weitere Markt- und Systemintegration der Erneuerbaren; keine Einspeisungen bei Preisen unter null; Umstellung auf ein Fördersystem nach Volllaststunden).

Die Förderung der Regenerativen - auch der großen Wasserkraft (über 1 MW) in Form von Ausschreibungen ist laut WBU der richtige Weg. Ausschreibungen hätten das Ziel der Kosteneffizienz und der gezielten Ausbausteuerung, was die Strommengen angeht. Diese Ziele dürften nicht durch die Forderung nach Regionalquoten konterkariert werden.

Die Digitalisierung ist für die deutsche Wirtschaft und insbesondere für die Energieversorgung von zentraler Bedeutung. Wesentliche Energiedienstleistungen fänden zunehmend auf digitaler Grundlage statt (z. B. lastvariable Tarife, Energieeffizienz-Produkte, virtuelle Kraftwerke). Erst die smarte Kombination von verschiedenen IT-Bausteinen und eine sinnvolle Datenauswertung machten ein digitales System produktiv. Dies erfordere erhebliche Investitionen, die vor allem auch bei der Regulierung von Preisobergrenzen für grundzuständige Messstellenbetreiber angemessen berücksichtigt werden müssten.

Die im Bayerischen Energieprogramm dargestellten Ziele zur effizienten Nutzung der Energie als erste der drei Säulen „Effiziente Verwendung“, „Nachhaltige Erzeugung“ und „Notwendiger Transport“ für das Gelingen der Energiewende in Bayern werden vom Wirtschaftsbeirat Bayern ausdrücklich unterstützt. Dies gilt besonders für die Vorschläge zur Energie-Effizienz-Offensive, steuerlichen Forderung der energetischen Gebäudemodernisierung, Elektromobilität und Versorgung mit Energie aus Kraft-Wärme-Kopplung.

Bei der weiteren Umsetzung der Energiewende werde es künftig auch darauf ankommen, eine stärkere Kopplung zwischen den Verbrauchssektoren Strom-, Wärme- und Verkehr (Sektorkopplung) zu erreichen. Erneuerbarer Strom könne dann sektorübergreifend teures importiertes Erdöl im Straßenverkehr, aber auch Erdöl und Erdgas im Wärmebereich vor allem bei der Gebäudeheizung verdrängen und zur Reduktion der Treibhausgase beitragen.

Insgesamt haben laut WBU die Beschlüsse zur Energiewende zu drastischen wirtschaftlichen Auswirkungen für die Unternehmen der Energiewirtschaft geführt. Dies gilt für die Unternehmen, die Kernkraftwerke betreiben und betrieben haben, aber auch für die Betreiber konventioneller Kraftwerke, also eine Vielzahl kommunaler Unternehmen. Der Wirtschaftsbeirat Bayern plädiert dafür, Sorge dafür zu tragen, dass eine intakte Versorgungsstruktur in Deutschland und Bayern erhalten bleibt. Der Sonderweg der deutschen Energiepolitik dürfe nicht zur Vernichtung der in über hundert Jahren gewachsenen Unternehmensstruktur führen, ohne dass sich eine bessere Alternative ergibt. **DK**

Kurhaus und Rehaklinik Bad Boll, Technikzentrale mit BHKW.❐

Hilfe für Helfer:

Know-how zum Betrieb der Anlagen gefragt

Energie-Contracting wird oftmals im Zusammenhang mit der Finanzierung einer Anlage ins Spiel gebracht. Im Kurhaus Bad Boll gab vor allem die Kompetenz der Südwärme beim eigenverantwortlichen Anlagenbetrieb den Ausschlag.

Der Klinikverbund Christophsbad GmbH & Co. Fachkrankenhaus KG betreibt heute eine Vielzahl von Akut- und Tageskliniken, mehrere Ambulanzen und medizinische Zentren sowie zwei Rehakliniken. Eine dieser Einrichtungen ist das Kurhaus Bad Boll im Landkreis Göppingen am Rande der Schwäbischen Alb gelegen.

Die Rehaklinik Bad Boll zählt mit ihrer über 400 Jahre alten Geschichte zu den traditionsreichsten Einrichtungen dieser Art in Deutschland. Sie ist eine der führenden Kliniken für orthopädische Rehabilitation in Baden-Württemberg. Bad Boll hat sich als Anziehungspunkt und Synonym für gesundheitsbewusste Menschen, die aktiv ihr Wohlbefinden steigern wollen, einen Namen gemacht.

Zeitgemäße Standards

Der hohe medizinische und therapeutische Anspruch des Hauses findet seine Fortsetzung auch in zeitgemäßen Standards der Energieversorgung. So hat man in einer der anderen Kliniken des Verbundes bereits positive Erfahrungen mit dem Einsatz eines Blockheizkraftwerkes (BHKW) zur Wärme- und Stromerzeugung gewonnen. Die Südwärme konnte mit ihrem Kompetenzzentrum, der Firma Maier Heizungsbau, Köngen, hier bereits erfolgreiche Hilfestellungen geben.

Energiecontracting

Als nun für Kurhaus und Rehaklinik in Bad Boll ebenfalls der Einsatz eines BHKW entschieden wurde, war die Südwärme mit einem Energiecontracting-Vertrag mit im Boot. Das Besondere: In diesem Fall trug der Kunde, die Kurhaus Bad Boll GmbH, die Investitionskosten von rund einer halben Million Euro selbst. Der Vertrag mit Südwärme umfasst den eigenverantwortlichen Betrieb der Anlage, inklusive 24 Stunden Fernüberwachung und Vollgarantiewartung in Zusammenarbeit mit dem örtlichen Kompetenzzentrum, Firma Maier Heizungsbau, Köngen.

Partner Südwärme

Die Südwärme unterstützte den Kunden zusätzlich in allen rechtlichen und wirtschaftlichen Belangen rund um den Bau und Betrieb des BHKW. Das neue BHKW hat eine Leistung von 239 kW elektrisch und 372 kW thermisch. Es wurde inzwischen in die bestehende Technikzentrale installiert, in der bereits zwei Gaskessel mit gesamt 1.300 kW vorhanden sind. Der eigenerzeugte Strom wird im Gebäude genutzt und deckt 77 % des Gesamtbedarfs ab.

Erfreuliche Umweltbilanz

Neben den erfreulichen Einsparungen bei den Energiekosten, kann sich die Umweltbilanz sehen lassen. Im Vergleich zur herkömmlichen Wärmeerzeugung über Gaskessel und Strombezug über das öffentliche Netz, werden durch die Energieversorgung über das BHWK ca. 730 Tonnen CO2-Einsparung realisiert. Das entspricht einer Fahrleistung mit dem Auto bei einem CO2-Ausstoß von 135 g/km (derzeitiger Flottenverbrauch in Deutschland) von ca. 5.404.000 km. Wieder eine Südwärme-Lösung, die sowohl unter wirtschaftlichen als auch ökologischen Aspekten überzeugt.

Weitere Informationen unter: www.suedwaerme.de ❐

Frische Ideen bei den Energietagen Fürstenfeldbruck

Die neuesten Entwicklungen im Bereich der regenerativen Energie- und Bautechnik präsentierten auch heuer wieder die Fürstenfeldbrucker Energietage im Kloster Fürstenfeld. Gemeinsam mit Partnern wie Ziel21, ESB, ZMK, inVENTer und H.R.W. Vollholzwandsysteme wurden vielfältige Lösungen für Endverbraucher, Immobilienbesitzer und Bauherren gezeigt.

Die Energietage wuchsen in diesem Jahr deutlich über ihr bisheriges Volumen und Angebot, boten Informationen aus kompetenter Hand und waren erneut ein Magnet für Besucher aus dem Landkreis Fürstenfeldbruck.

Der Parcours für E-Mobilität im Innenhof machte alternative Antriebe erlebbar, und das mit gleich mehreren Fortbewegungsmitteln: FLYRAD brachte den Spaßfaktor mit und lud zum Ausprobieren dieses innovativen Mobils ein. Zudem wurden alle Modelle von Renault ZE (für Zero Emission) gezeigt und im Parcours konnte der Besucher den Renault Twizy Probe fahren.

Innovative Lösungen sind ein wichtiger Energiefaktor beim Bauen – ob Renovierung oder Neubau. Zahlreiche Aussteller boten hier spannende Lösungen wie wärmeeffiziente Bauweisen mit Holz. Antworten zu Balkon-Renovierung, -Montage und –Sanierung wurden ebenso geliefert wie detaillierte Informationen zur Erneuerung der Heizung. Das Baustoffzentrum Olching informierte in der Außenfläche über langlebige Werkzeuge und bot den richtigen Einstieg in die Grillsaison.

Ebenso aufgezeigt wurden Möglichkeiten der energetischen Sanierung mit nachhaltigen Baumaterialien und innovativen Bautechniken. Die bayerische Architektenkammer wiederum beriet zu Neubau, Kauf/Verkauf, Sanierung und Renovierung und vermittelte kompetent und zuverlässig Kontakte zu den besten Architekten in Bayern.

Die zentralen Elemente unseres täglichen Lebens sind Luft und Wasser – beim Bauen genauso wie beim Wohnen. Intelligente Lösungen für die Frischluftzufuhr wurden ebenso genannt wie dazu passende Lösungen für gesundes Trinkwasser.

Die Einsteuerung und Speicherung des Stroms über intelligente Gebäudesteuerung, Speichersysteme und Smart-Home Lösungen eröffnet Kombinationsmöglichkeiten, die auf den Energietagen allesamt vertreten waren.

Energie Südbayern GmbH als regional führender und überregional agierender Energiedienstleister informierte über die Unternehmensbereiche Energielieferung, Energiehandel, Betrieb von Energienetzen und Energieerzeugung. Rund 160.000 Haushalte, 15.000 Geschäftskunden, 270 Kommunen sowie zahlreiche Stadtwerke und Weiterverteiler vertrauen auf die Produkte und Dienstleistungen von Energie Südbayern – sowohl im 20.000 km² großen eigenen Netzgebiet in Ober- und Niederbayern als auch darüber hinaus. Die ESB informierte als Premiumpartner der Energietage über kommunale Klimaprojekte und Lösungen, die für jeden Verbraucher interessant sind.

Wie weit die Nutzung regenerativer Energien im Landkreis bereits vorangeschritten ist, zeigten vor Ort Ziel21, Klimaschutzmanagement des Landratsamts Fürstenfeldbruck und die Stadt Fürstenfeldbruck. Die Stadtwerke Fürstenfeldbruck informierten ihrerseits über den Fortschritt bei Windkraft, Wasserkraft, Photovoltaik und Solar. **DK**

Windpark Birkenfelser Forst eröffnet

Offiziell seiner Bestimmung übergeben worden ist der Windpark Birkenfelser Forst bei Flachslanden im Landkreis Ansbach. Die Planungen für den Bürgerwindpark mit vier Windrädern auf Flächen der Bayerischen Staatsforsten hatten vor rund fünf Jahren begonnen. Damals schlossen sich die Bürgermeister der Kommunalen Allianz NorA zusammen. Dazu zählen die Gemeinden Flachslanden, Lehrberg, Oberdachstetten, Rügland und Weihenzell.

Versorgung von ca. 7.000 Haushalten

Die vier Windenergieanlagen werden zwischen 19 und 23 Millionen Kilowattstunden pro Jahr produzieren, was den Strombedarf von etwa 7.000 Haushalten deckt. Damit werden jährlich 23 Tonnen Kohlendioxid eingespart. Die Windräder haben einen Rotordurchmesser von 112,5 Metern und eine Nabenhöhe von 140 Metern. Die Maschinen vom Typ „Vensys 112“ stehen mindestens 800 Meter von der nächsten Wohnbebauung entfernt. **DK**

Profitieren Sie von der 10-Punkte-Vertrauensgarantie der Südwärme

Wir liefern Ihnen Energie direkt ins Haus

Mit ihren über 25 Kompetenzzentren vor Ort bietet die Südwärme den Komplett-Service in der Energielieferung:

Bau, Finanzierung und eigenverantwortlicher Betrieb von Energie-Erzeugungsanlagen mit zuverlässigem 24-Stunden-Service.

Mit Energielieferung durch unsere kompetenten Gebäudetechnik-Fachbetriebe erhalten Sie bei Südwärme das „Rund-um-sorglos-Paket“.

SÜDWÄRME Gesellschaft für Energielieferung AG
Max-Planck-Straße 5, 85716 Unterschleißheim
Tel.: +49 89 32170-6 I Fax: +49 89 32170-750
E-Mail: info@suedwaerme.de

www.suedwaerme.de SÜDWÄRME

Mehr Elektromobilität auf Bayerns Straßen

Bayernwerk und E-WALD bringen Elektromobilität in die Regionen
Unternehmen beschließen Kooperation zum Ausbau von E-Mobilität in Bayern

Mit vereinten Kräften treiben Bayerns größter regionaler Netzbetreiber Bayernwerk und Deutschlands größter Systemanbieter für Elektromobilität und Ladeinfrastruktur, die Teisnacher E-WALD GmbH, die Elektromobilität auf Bayerns Straßen voran. Die Partnerschaft ziele dabei im Kern darauf ab, bayerischen Kommunen den Weg in die Elektromobilität zu ermöglichen.

Die Städte, Märkte und Gemeinden können nach Auffassung von Bayernwerk-Vorstandsvorsitzendem Reimund Gotzel und E-WALD-Geschäftsführer Otto Loserth zum wesentlichen Impulsgeber werden, um Elektromobilität praktisch umzusetzen. „Dort werden Verkehrskonzepte erstellt, dort wird an der Energiezukunft gearbeitet, dort gilt es, Bürgerinnen und Bürger für moderne Energiekonzepte zu begeistern“, so Gotzel.

E-WALD biete dafür die richtigen Konzepte: „Wir haben für alle Bereiche der E-Mobilität Lösungsvorschläge. Unser Unternehmen hat zudem starke kommunale Wurzeln. Wenn es darum geht, Kommunen bei der Gestaltung ihrer örtlichen oder regionalen Mobilitätskonzepte zu unterstützen, sind wir der richtige Partner“, betonte Otto Loserth. Um auf diesem Weg nachhaltige Erfolge für die Elektromobilität zu erreichen, sei ein enger Austausch mit den bayerischen Kommunen notwendig.

Beim Dialog mit den Kommunen sieht Reimund Gotzel das Bayernwerk in der Pflicht: „Viele Kommunen und Kunden wenden sich an uns. Sie brauchen zugeschnittene technische Lösungen für eine Ladeinfrastruktur und betriebswirtschaftliche Lösungen für die Beschaffung und den Betrieb von E-Fahrzeugen“, betonte Reimund Gotzel. Diese könne man nun gemeinsam mit E-WALD in aller Vielfalt und Individualität anbieten.

Passgenaue Lösungen

In der Anlaufphase der Kooperation kümmere sich das Bayernwerk verstärkt um die Gespräche mit Kommunen. Konkrete Angebote würden in dieser Phase durch E-WALD übermittelt. Die Kooperation versetze E-WALD und das Bayernwerk nun in die Lage, viele Kommunen, die für den Schritt in die Elektromobilität bereit sind, durch kommunal zugeschnittene Lösungen zu begleiten.

Logische Konsequenz

Die Kooperation zwischen den beiden Unternehmen ist laut Loserth und Gotzel auch die Konsequenz einer übergeordneten Betrachtung der Energiewende vor Ort. „Intelligente Netze, regenerative Energien und Elektromobilität sind Schlagworte der Energiezukunft. Wenn wir diese Zukunft erfolgreich gestalten wollen, darf man diese Bausteine nicht losgelöst voneinander betrachten. Wir müssen sie zusammenbringen“, betonte Bayernwerk-Vorstandsvorsitzender Reimund Gotzel.

Schlüssel zum Erfolg

Darin liegt auch für E-WALD-Geschäftsführer Otto Loserth der Schlüssel zum Erfolg: „Unser Know-how in der E-Mobilität mit der energiewirtschaftlichen und gesellschaftlichen Präsenz des Bayernwerks zu verbinden, wird der Mobilität von morgen Rückenwind geben.“ E-Mobilität sei kein separates Feld. Beginnend bei regenerativer Erzeugung über die intelligente und effiziente Verteilung setze sie den nachhaltigen Umgang mit Energie auch in der Mobilität fort. Das ist Energiewende pur“, machte Loserth deutlich.

Ökologische Bilanz muss stimmen

Dass das Bayernwerk in seinem Verteilnetz heute schon zu 60 Prozent regenerative Energie transportiere, sei für E-WALD ein weiterer wichtiger Faktor: „Elektromobilität lebt von regenerativer Energie. Nur dann stimmt die ökologische Bilanz“, so Loserth. Perspektivisch ist es laut Gotzel für das Bayernwerk auch denkbar, über das Tochterunternehmen Bayernwerk Natur, das sich um dezentrale und regenerative Erzeugung in Bayern kümmert, grünen Strom zur Betankung von E- Fahrzeugen in die Kooperation einzubinden.

Kräfte bündeln

Nach den Worten von Reimund Gotzel fordern der Wandel in der Gesellschaft und neue technologische Möglichkeiten entschlossenes Handeln auf Seiten der regionalen Wirtschaft. Es gehe nicht mehr darum, alles alleine und selbst anzubieten. „Es gilt jetzt, Kräfte und Knowhow zu bündeln und gemeinsam wichtige Schritte nach vorne zu machen“, unterstrich Gotzel. E-Mobilität sei eben nicht nur eine Ladesäule oder ein Auto. Es gehe um ständige technologische Innovation einzelner Komponenten, um die systemtechnische Einbindung in eine moderne und innovative Strominfrastruktur, um betriebswirtschaftliche Angebote zum Fahrzeugbetrieb, um individuelles Nutzerverhalten, um Aufklärung und Information.

Vielfalt der Erwartungen

Die Haltung der Menschen zu Mobilität verändere sich. Elektromobilität ist deswegen keine rein technische, sondern auch eine gesellschaftliche Frage. Wer E-Mobilität zum Erfolg führen wolle, müsse sie in ihrer Gesamtheit verstehen. Diese Bandbreite könne man als Unternehmen aber kaum alleine abbilden. „Deswegen sind wir froh, mit E-WALD einen hervorragenden Partner gewonnen zu haben, um gemeinsam diese Vielfalt der Erwartungen im Sinne des gesellschaftlichen Fortschritts abzudecken“, so Gotzel.

Bayernwerk-Vorstandsvorsitzender Reimund Gotzel (r.) und E-WALD-Geschäftsführer Otto Loserth nach einer Probefahrt mit einem BMW i8. ❐

In der Zusammenarbeit zwischen E-WALD und Bayernwerk steckt laut Gotzel großes Potential für die Entwicklung der E-Mobilität in Bayern.

Erfolgsstory

Was als größtes Demonstrationsprojekt für Elektromobilität in Deutschland startete, etablierte sich zum festen Bestandteil in Ostbayern und entwickelt sich zur Erfolgsstory mit anerkennenswerter Bekanntheit über die Region hinaus. Die E-WALD GmbH betreibt inzwischen einen veritablen Teil des Geschäftsvolumens außerhalb des Bayerischen Waldes und damit außerhalb des Projektes Modellregion, ein Drittel der Fahrzeugbuchungen sogar außerhalb Bayerns. E-WALD verfügt über eine Flotte von 200 elektrisch angetriebenen Fahrzeugen. Das sind doppelt so viele wie im Projekt ursprünglich geplant. Darüber hinaus betreibt das Unternehmen über 150 Ladestationen, 50 Prozent mehr als für das Projekt anfangs vorgesehen. Viele Aufträge kommen aus der öffentlichen Hand, von Energieversorgungsunternehmen und Stadtwerken.

Kompetenter Partner im ländlichen Raum

E-WALD betreibt Elektromobilität im Gesamtkontext voll Mobilität und Energiewende und fokussiert sich mit seinen Leistungen auf den ländlichen Raum. E-WALD trägt zur Erhöhung der Standortattraktivität von Ortschaften bei, ermöglicht individuelle Mobilität für Bürger, Pendler und Gäste. Bei E-WALD werden nicht plump Konzepte der Großstadt kopiert, sondern mit den Städten, Kommunen und Landkreisen speziell zugeschnittene Lösungen für den ländlichen Raum mit regionaler Wertschöpfung erarbeitet. Eine Vielzahl von Stadtwerken, Landkreisen und Kommunen im gesamten Bundesgebiet wählen sich E-WALD als Partner. ❐

Energieeffizienz-Netzwerk in Regensburg gestartet

Kooperation ostbayerischer Unternehmen für effizienteren Energieeinsatz

Die Bayernwerk Natur hat gemeinsam mit der E.ON Energie Deutschland und der Industrie- und Handelskammer (IHK) Regensburg für Oberpfalz und Kelheim das erste Energieeffizienz-Netzwerk im Raum Ostbayern auf den Weg gebracht. Rund 20 Unternehmen folgten der Einladung zur Auftaktveranstaltung in Regensburg. Ausgangspunkt für die Initiative ist die Erkenntnis, dass insbesondere Unternehmen mit eigenen Produktionsanlagen den Einsatz von Energie noch deutlich verbessern können.

„Energieeffizienz ist ein entscheidendes Thema zum Gelingen der Energiewende in Bayern. Große Potenziale bestehen nicht nur im Anlagen-Neubau, sondern vor allem auch in der Erneuerung von Wärmekonzepten oder in der Optimierung bestehender Anlagen“, sagte Dr. Alexander Fenzl, Geschäftsführer der Bayernwerk Natur. Sein Unternehmen ist spezialisiert auf die Planung, den Bau und den Betrieb regenerativer Erzeugungsanlagen und bietet maßgeschneiderte Energielösungen an.

Faktor für Wettbewerb und Kundenorientierung

Erfahrungen zeigen, dass die Energiekosten auch bei modernen Anlagen und Gebäuden maßgeblich gesenkt werden können. Für immer mehr Firmen werde das Thema Energieeffizienz zu einem Faktor für Wettbewerb und Kundenorientierung. Im ostbayerischen „E.ON Energieeffizienz-Netzwerk – Impuls für Bayern“ sollen sich künftig zwischen zehn und 15 Unternehmen zusammenschließen, die im gegenseitigen Austausch ihre Energie- und Umweltbilanzen verbessern werden.

Praxisnahe Ergebnisse

Vorläufer-Netzwerke in anderen Teilen Deutschlands haben gezeigt, dass mit einer solchen Netzwerkarbeit besonders schnelle und praxisnahe Ergebnisse erzielt werden können. Die Plattformen werden durch unabhängige Energieexperten wie beispielsweise vom Institut für Energietechnik IfE unterstützt. Die Partnerunternehmen bauen ihr eigenes Energie-Know-how aus, verbessern ihre Energiebilanzen und tragen zum Umweltschutz bei. Der Anspruch der deutschen Wirtschaft ist es, durch Eigeninitiative wirksamer und effektiver zum Ziel zu kommen als durch staatliche Regulierung.

Dr. Alexander Fenzl, Geschäftsführer Bayernwerk Natur, Prof. Dr. Markus Brautsch, Geschäftsführer Institut für Energietechnik IfE, Markus Knödlseder, Energiemanager Webasto, Werner Prost, Vertriebsleiter E.ON (von links). ❐

Auftaktveranstaltung

Die IHK Regensburg für Oberpfalz und Kelheim unterstützt die beiden Netzwerkträger Bayernwerk Natur und E.ON Energie Deutschland sowie weitere regionale Netzwerke. Jedes Unternehmen, das Interesse an der Verbesserung seiner Energiebilanz hat, ist zur Teilnahme an den Effizienz-Netzwerken eingeladen und kann sich bei den Initiatoren melden und informieren.

Bei der Auftaktveranstaltung in Regensburg berichtete Energiemanager Markus Knödlseder vom Automobilzulieferer Webasto über die erfolgreichen Effizienz-Maßnahmen im Webasto-Werk Schierling. ❐

Umfrage von DStGB und VKU zur Elektromobilität:

Kommunen fördern Aufbau

Knapp 200 Städte und Gemeinden haben sich an einer Umfrage zur Entwicklung der Elektromobilität beteiligt, die der Deutsche Städte- und Gemeindebund gemeinsam mit dem Verband kommunaler Unternehmen (VKU) durchgeführt hat. Das Ergebnis: Städte und Gemeinden fördern den Aufbau von Elektromobilität. Das Engagement der Kommunen ist breit verteilt und bezieht sich sowohl auf den Aufbau von Ladeinfrastruktur als auch auf die Anschaffung von Elektrofahrzeugen.

Zwei Drittel der Städte und Gemeinden, die sich an der Umfrage beteiligten, gaben an, dass sie bereits in der Förderung der Elektromobilität aktiv sind. Zählt man die Städte und Gemeinden hinzu, die Planungen für Aktivitäten im Feld der Elektromobilität bejaht haben, kommt man auf knapp 77 % der Antwortenden. Mehr als die Hälfte hat bereits Ladeinfrastruktur in eigener Zuständigkeit aufgebaut.

Eine eindeutige und allgemein als richtig angesehene Verortung der Zuständigkeit für die Förderung der E-Mobilität gibt es noch nicht. Vielmehr streut die Verortung erheblich. In 33 Fällen wurde die Zuständigkeit im Bereich Bau/Umwelt angesiedelt. Das Ordnungsamt/Hauptamt ist in 31 Fällen federführend damit befasst. Je 20mal wurde der Bürgermeister/die Bürgermeisterin oder eine Stabsstelle dort, bzw. „Sonstige“ Zuständigkeit mit einem erkennbar großen Anteil der Nennung „Kämmerei“ genannt. Weitere 18 Nennungen entfielen auf die Bereiche „Umwelt/Klima, Energie“.

Keine zwingende Zuordnung

Es drängt sich demnach keine zwingende Zuordnung auf. Gefragt wurde auch danach, ob die Kommunalverwaltung oder andere Stellen in der Stadt, vor allem ein kommunales Unternehmen oder sogar Private die Federführung für das Thema Elektromobilität haben. Interessant ist, dass 87 % der Antwortenden die Federführung bei der Kommune sahen.

Die vorhandene Ladeinfrastruktur steht im Wesentlichen im öffentlichen Bereich. 87 % der Ladesäulen und knapp zwei Drittel der Ladepunkte befinden sich hier entsprechend der antwortenden Städte und Gemeinden. Weitere starke 23 % der Ladesäulen sind im halböffentlichen Bereich zu finden. Ein knappes Drittel der Ladesäulen ist im privaten Bereich aufgebaut und in immerhin rund 37 % der antwortenden Kommunen haben auch andere Akteure Ladeinfrastruktur aufgebaut. Das Engagement für den Aufbau von Ladeinfrastruktur wird also vor Ort nicht den Kommunen allein überlassen.

Nur ein Fünftel der Antwortenden gab an, dass sie in den nächsten Jahren keine weitere Infrastruktur ergänzen wollen. 56 % betonten, in den nächsten Jahren die Ladeinfrastruktur aufbauen bzw. bestehende Infrastruktur erweitern zu wollen. Eine gewisse Zurückhaltung ist dennoch zu spüren, denn fast ein Viertel der Kommunen machte keine Angaben zur zukünftigen Planung.

Gefragt, wo zukünftige Ladeinfrastruktur errichtet werden soll, steht der öffentliche Bereich wieder deutlich im Fokus. 120 von 147 (im Rahmen der Umfrage bekanntgegebenen) geplanten Ladepunkten sollen demnach im öffentlichen Bereich angeboten werden.

Fast zwei Drittel der antwortenden Städte und Gemeinden hat E-Fahrzeuge angeschafft. In Übereinstimmung mit der Zuständigkeit werden die Fahrzeuge aber überwiegend nicht für die öffentliche Nutzung zur Verbesserung des Mobilitätsangebotes eingesetzt, sondern für eigene Verwaltungszwecke. Umgekehrt ist aber bemerkenswert, dass immerhin mehr als jedes sechste angeschaffte Elektroauto für eine öffentliche Nutzung als Carsharing-Auto oder als Dorfauto eingesetzt wird.

Förderung aus eigenen Mitteln

Vor dem Hintergrund, dass die antwortenden Gemeinden durchschnittlich ca. 11.500 Einwohner hatten, wirft dies ein bezeichnendes Licht auf die Mobilitätsbedarfe. Für die Zukunft planen 45 % die Anschaffung weitere Fahrzeuge, nur 27 % haben dies verneint. Bei den Fahrzeugen muss es sich allerdings nicht um Elektroautos handeln, sondern es werden auch viele Pedelecs dabei sein. Diese wurden in der Vergangenheit schließlich fast ebenso häufig von den antwortenden Kommunen angeschafft wie Autos.

Nur rund ein Viertel der Antwortenden nimmt an einem Förderprojekt des Bundes oder der Länder teil. Die weit überwiegende Mehrheit fördert Elektromobilität aus eigenen Mitteln. Der Grund dafür ist, dass drei Viertel der antwortenden Städte und Gemeinden die Förderung der Elektromobilität als wichtig oder sehr wichtig erachten.

Als geeignete Maßnahme zur Förderung der Elektromobilität sehen 95 % der Befragten die Gewährung finanzieller Zuschüsse zum Kauf von Elektroautos an. Immerhin noch fast jeder Zweite empfiehlt andere steuerliche Anreize. Einen sicheren „Elektro-Stellplatz“ halten 35 % für eine geeignete Fördermaßnahme, die anderen Privilegien werden als relativ bedeutungslos angesehen. Interessant ist, dass immerhin ein Viertel der Antwortenden auch eine Regulierung der Verbrennerfahrzeuge (z. B. Fahrverbote) für eine geeignete Maßnahme zur Förderung der Elektromobilität hält.

Exponierte Rolle

Nach Einschätzung von DStGB und VKU spielen die Kommunen eine herausgehobene Rolle bei der Förderung der Infrastruktur für Elektromobilität. Diese Rolle spielten sie vielfach ohne die Unterstützung von Bund und Ländern. „Es wäre daher erforderlich, das vorhandene Engagement zu stärken, auch finanziell, und ansonsten endlich einen klaren Regulierungsrahmen zu schaffen, der bestehende und erkannte Hindernisse abbaut. In erster Linie sind hier die Unklarheiten beim Bezug des Fahrstroms und seiner Abrechnung zu nennen. Des Weiteren muss geklärt werden, wer denn am Ende für die neue Infrastruktur verantwortlich sein soll.“

Mit Blick auf die typische in der Förderung von Elektromobilität engagierte Gemeinde sollten auch die Förderverfahren angepasst werden. Bisher wurden die zur Verfügung stehenden Mittel im Windhundverfahren verteilt. Die Fördermittel werden nach Eingang der Anträge verteilt. Damit würden tendenziell die Kommunen mit größeren Verwaltungskörpern priorisiert. Dies sei freilich „kein angemessener inhaltlicher Aspekt für die Erzielung einer Netzwirkung der Ladeinfrastruktur“. **DK**

Die Gemeinde Prittriching hat von den Lechwerken (LEW) ein Elektroauto für Testzwecke erhalten. Wolfgang Blaß (rechts), Leiter der LEW-Betriebsstelle Königsbrunn, übergab das Auto vom Typ BMW i3 heute vor dem Rathaus in Prittriching an Bürgermeister Peter Ditsch (links) für einen Praxistest. Er wird das Fahrzeug knapp zwei Wochen lang ausgiebig erprobt. Auch die Mitarbeiter der Verwaltung werden es für anstehende Dienstfahrten nutzen können. „Elektromobilität leistet einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz. Der Praxistest ist eine gute Gelegenheit, um erste Erfahrungen mit einem Elektroauto zu sammeln“, sagt Bürgermeister Ditsch. Der BMW i3 gehört zum Elektroauto-Fuhrpark der LEW, die derzeit rund 110 öffentlich zugängliche Ladepunkte in ihrem Netzgebiet betreibt. Bild: LEW / Christina Bleier

Prof. Dr.-Ing. Wolfgang Mauch von der Forschungsstelle für Energiewirtschaft (FfE) (8. v. l.), LEW-Vorstandsmitglied Norbert Schürmann (6. v. l.) und Josef Schweinberger, Erster Bürgermeister von Buchloe (3. v. l.), übergaben gemeinsam mit weiteren Projektpartnern die 14 Elektroautos an die Pendler der dritten Feldtestphase. Bild: LEW / Christina Bleier

Zwischenbilanz im Forschungsprojekt ePlanB

Einführung des gesteuerten Ladens ist gelungen
Übergabe der Elektroautos an Pendler der dritten Feldtestphase

Ein Jahr nach Beginn des Feldtests kann eine Zwischenbilanz im Forschungsprojekt ePlanB gezogen werden: Das gesteuerte Laden wurde erfolgreich eingeführt. Alle Elektroautos im Projekt befinden sich aktiv in der Ladesteuerung und werden mit regenerativ erzeugtem Strom aus der Region Buchloe geladen – umwelt- und netzoptimiert. Die Spitze der Ladeleistung konnte verringert und die Ladeintervalle gleichmäßiger auf den Tageszeitraum verteilt werden. Mit der Übergabe der Elektroautos an 14 neue Projektteilnehmer beginnt die dritte Feldtestphase, in der nun weitere Varianten des Lademanagements getestet und deren Auswirkungen auf das Netz und das Ladeverhalten untersucht werden.

Damit hat das auf drei Jahre angelegte Forschungsvorhaben ePlanB sein Hauptziel bereits erreicht: „Wir haben ein intelligentes Lademanagement entwickelt, das die Batterien von geparkten Elektroautos dann auflädt, wenn viel Strom aus heimischen erneuerbaren Energiequellen eingespeist wird. Damit stärken wir die dezentrale Energieversorgung in der Region und können die Netzinfrastrukturen effizienter nutzen“, sagt LEW-Vorstandsmitglied Norbert Schürmann. „Im nächsten Schritt wollen wir das Lademanagement mit Blick auf das lokale Verteilnetz weiter optimieren.“

In der dritten Feldtestphase untersuchen die Projektpartner, inwiefern das Lademanagementsystem die maximale Lastvorgabe des Verteilnetzbetreibers einhalten kann, etwa bei Netzengpässen. Dazu werden entsprechende Situationen vom Netzbetreiber simuliert und als Signal an die Ladesäulen gegeben.

Das gesteuerte Laden startete mit Beginn der zweiten Feldtestphase im September 2015. Seitdem geben die Pendler über ein Online-Portal oder über ein zentrales Eingabeterminal Daten zum Ladezustand der Batterie und dem geplanten Abfahrtszeitpunkt ein. „Die Einführung des intelligenten Lademanagements hat gut funktioniert. Auch die Pendler haben uns sehr gut unterstützt“, sagt Prof. Dr.-Ing. Wolfgang Mauch, Geschäftsführer der Forschungsstelle für Energiewirtschaft (FfE). „Vereinzelte Probleme bei der sukzessiven Umstellung auf das gesteuerte Laden konnten wir zügig beheben. Insgesamt läuft das System sehr zuverlässig. Wir haben in der letzten Phase auch intensiv an der Optimierung der Software gearbeitet, sodass Ladeleistungsspitzen deutlich verringert wurden.“

So funktioniert die intelligente Ladesteuerung: Für jedes Fahrzeug erstellt das System einen Ladeplan, sobald das Fahrzeug an die Ladesäule gesteckt wird. Dieser errechnet sich aus den Prognosen der PV-Erzeugung und den Eingaben des Pendlers zum Ladezustand und Abfahrtszeitpunkt. Ändert sich die reale PV-Einspeisung, werden die Ladepläne innerhalb von ein bis zwei Minuten angepasst.

Ein weiteres Ziel des Projekts ist es, Pendler stärker für das Thema Elektromobilität zu sensibilisieren. Auch dieses Ziel wurde bereits erreicht, wie eine Befragung der Teilnehmer der zweiten Feldtestphase im Januar gezeigt hat: Alle Projektteilnehmer sind von dem Fahrerlebnis mit den Elektroautos begeistert und mit dem Projekt sehr zufrieden.

Der Feldtest besteht aus vier Phasen, in denen insgesamt 56 Pendler für jeweils sechs Monate ein Elektroauto erhalten. Das Projekt ePlanB wird vom Landkreis Ostallgäu, der Stadt Buchloe, der Lechwerke AG (LEW), der LEW Verteilnetz GmbH (LVN) und der Forschungsstelle für Energiewirtschaft (FfE) durchgeführt und vom Bayerischen Wirtschaftsministerium gefördert. ❒

N-ERGIE / Jahresabschluss 2015:

Erfolgreiches Geschäftsjahr

2015 erwirtschaftete die N-ERGIE Aktiengesellschaft einen Umsatz von 2.145,6 Mio. Euro (Vj.: 2.225,2 Mio. Euro). Mit einem Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit von 119,2 Mio. Euro (Vj.: 114,5 Mio. Euro) und einem Jahresüberschuss von 15,0 Mio. Euro blickt das Unternehmen erneut auf ein erfolgreiches und auch herausforderndes Geschäftsjahr zurück.

„Die N-ERGIE hat die Energiewende auf regionaler Ebene auch 2015 mit zahlreichen Projekten vorangebracht. Sichtbares Zeichen hierfür ist unser Wärmespeicher in Nürnberg, der deutschlandweit eine Vorreiterrolle einnimmt“, so Vorstandsvorsitzender Josef Hasler. Der Wärmespeicher ermöglicht mehr Flexibilität für den Kraftwerkstandort und absolvierte 2015 sein erstes Betriebsjahr erfolgreich.

Weitere Flexibilität bei Erzeugung und Gewinnung von Energie schafft die N-ERGIE, indem sie ihren Kunden ermöglicht, deren Anlagen gewinnbringend zu vermarkten. Im Rahmen des Innovationsprojektes SWARM installierte die N-ERGIE 65 Speicher bei Kunden, die nun zu einem virtuellen Großspeicher vernetzt werden.

Die Bilanzsumme des Energieversorgers verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um 52,6 Mio. Euro bzw. 2,7 Prozent. Das Finanzergebnis weist einen Überschuss von 34,8 Mio. Euro aus und stieg im Vergleich zum Vorjahr um 0,5 Mio. Euro.

An die Städtische Werke Nürnberg GmbH (StWN) konnte eine Ergebnisabführung von 67,7 Mio. Euro (Vj.: 66,9 Mio. Euro) realisiert werden. Die Thüga Aktiengesellschaft erhält als außenstehende Aktionärin eine Ausgleichszahlung in Höhe von 29,7 Mio. Euro (Vj.: 30,5 Mio. Euro).

Im Berichtsjahr investierte die N-ERGIE 102,6 Mio. Euro. (Vj.: 147,0 Mio. Euro) in Sachanlagen. Die Sachinvestitionen konzentrierten sich auf Erneuerungs- und Erweiterungsmaßnahmen für Erzeugungs-, Gewinnungs- und Bezugsanlagen sowie Verteilungsanlagen.

Der Umsatz sank 2015 im Vergleich zum Vorjahr leicht um 3,6 Prozent. Der bei Weitem größte Teil des Umsatzes entfiel mit 66,0 Prozent auf Erlöse aus Stromlieferungen. Der Stromabsatz der N-ERGIE sank im Berichtsjahr um 9,1 Prozent auf 14.019,7 Mio. Kilowattstunden (kWh) insbesondere durch Mengenrückgänge im Key-Account-Segment. Positiv entwickelte sich aufgrund der kälteren Witterung der Absatz bei den Stromwärme-Produkten.

Der Erdgasabsatz stieg im Vergleich zum Vorjahr um 27,8 Prozent auf 14.865,8 Mio. kWh. Ursachen waren vor allem der Mengenzuwachs durch Neukunden sowie die kältere Witterung.

Der Absatz von Fernwärme erhöhte sich vor allem witterungsbedingt um 5,3 Prozent auf 1.056,0 Mio. kWh. Der Absatz von Wasser erhöhte sich ebenfalls vor allem witterungsbedingt um 5,8 Prozent. Insgesamt wurden 33,1 Mio. Kubikmeter Wasser abgegeben.

Die Ausgestaltung aktuell diskutierter Gesetzesvorhaben wird wesentlichen Einfluss auf die Entwicklung der Energiebranche haben. Das neue Strommarktdesign beispielsweise regelt unter anderem Erzeugung und Verbrauch und wird ab 2017 Auswirkungen zeigen. Auch das EEG wird Änderungen mit sich bringen: Es soll für eine Kostendämpfung bei der EEG-Umlage sorgen und wird auch die Direktvermarktung von EEG-Strom neu regeln.

Wesentlich wird auch das „Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende“ (intelligente Messsysteme) sein. Zentrale Fragen zum Finanzierungsbedarf sowie zur technischen Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben sind jedoch noch ungeklärt. Aus den gesetzlichen und marktpolitischen Unsicherheiten heraus resultiert weiterhin ein hohes wirtschaftliches Risiko für die N-ERGIE.

Aus der Digitalisierung entstehen jedoch auch Chancen und Mehrwerte: Informationen über das Verbrauchsverhalten können den Kunden dazu dienen, die Energieeffizienz voranzutreiben. Digitalisierung bietet zudem die Möglichkeit, Geschäftsprozesse stärker zu automatisieren und auch kundenfreundlicher zu gestalten.

Weiterhin unsicher bleibt die Entwicklung im konventionellen Erzeugungsumfeld, so dass die N-ERGIE für 2016 mit einem leicht rückläufigen Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit rechnet. ❒

LEW-Bilanz 2015:

Eingeschlagener Kurs eindrucksvoll bestätigt

Starke finanzielle Basis notwendig für weiteren Umbau des Stromnetzes

Die LEW-Gruppe blickt auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr 2015. Das betriebliche Ergebnis beläuft sich auf 141,5 Millionen Euro. Bereinigt um Sondereffekte ist es im Vergleich zum Vorjahr leicht gestiegen. Der Umsatz der LEW-Gruppe stieg um 4,7 Prozent auf 2,3 Milliarden Euro. Der Strom- und Gasabsatz legte in einem von intensivem Wettbewerb geprägten Marktumfeld um 8,6 bzw. 16,5 Prozent zu. „Wir freuen uns über diese erfolgreiche Bilanz. Die guten Ergebnisse bestätigen unseren Kurs der letzten Jahre“, erklärte LEW-Vorstandsmitglied Dr. Markus Litpher bei der jährlichen Bilanzpressekonferenz in Augsburg. „Gleichwohl stehen wir auch vor Herausforderungen, denn wir erleben ein Jahrzehnt tiefgreifender Umbrüche des Energiesystems.“

Im Geschäftsjahr 2015 hat die Lechwerke AG Finanzanlagen neu strukturiert. Der daraus resultierende Buchgewinn sowie die gute Geschäftsentwicklung führen zu einem Anstieg des für die Dividende ausschlaggebenden Ergebnisses der Lechwerke AG nach HGB auf 92,3 Millionen Euro.

Entsprechend schlägt der Aufsichtsrat der Hauptversammlung eine Erhöhung der Dividende auf 2,60 Euro je Stückaktie vor. Die positiven Zahlen des Unternehmens spiegeln sich in der Entwicklung der LEW-Aktie wider, die sich 2015 besser als der Branchendurchschnitt entwickelt hat.

„Die Lechwerke stehen auf einer sehr gesunden finanziellen Basis“, sagte Dr. Markus Litpher. „Das ist wichtig, um den Umbau unseres Energiesystems stemmen zu können. Er ist für uns mit großen Anstrengungen verbunden.“

Die Investitionen der LEW-Gruppe bewegten sich 2015 mit rund 92,3 Millionen Euro weiterhin auf einem sehr hohen Niveau. Der Großteil floss in Ausbau und Erneuerung der Netzinfrastruktur, auch um das Netz auf die zukünftigen Anforderungen des Energiesystems vorzubereiten.

Eigenstromversorgung wird immer wichtiger

1.530 Photovoltaik (PV)-Anlagen wurden im vergangenen Jahr neu an das LEW-Stromnetz angeschlossen. Fast alle haben eine Regelung zum Eigenstromverbrauch. Jede vierte 2015 neu angeschlossene PV-Anlage wird zusammen mit einem Batteriespeicher betrieben. Zum Jahresende waren bereits rund 790 Batteriespeicher an das LEW-Netz angeschlossen.

Rekordhoch bei Rückspeisung ins Übertragungsnetz

Die großen Wasserkraftwerke an Lech und Donau mit eingerechnet, macht die Einspeisung aus erneuerbaren Energien ins LEW-Netz mittlerweile rein rechnerisch mehr als 60 Prozent des Stromverbrauchs der Endkunden aus. Damit erreicht die Region schon jetzt den Wert, den die Bundesregierung für Deutschland bis 2035 vorgesehen hat. Neben der Wasserkraft ist die Photovoltaik die zweite wichtige erneuerbare Energie im LEW-Netz.

Vor allem das sonnige Wetter führte 2015 dazu, dass mehr Strom als je zuvor aus dem regionalen Verteilnetz in das nationale Stromübertragungsnetz gespeist wurde, weil die Energie in der Region nicht verbraucht wurde: Die Rückspeisung erreichte in der Spitze eine Leistung von mehr als 1.000 Megawatt. Insgesamt wurde an mehr als jedem dritten Tag Energie in das Übertragungsnetz zurückgespeist. Sobald die solare Erzeugung wetterbedingt zurückgeht, muss Strom wieder aus dem Übertragungsnetz bezogen werden.

„Die Situation macht zwei Dinge deutlich. Wir brauchen erstens weiteren Ausbau und Modernisierung unserer Stromnetze“, betonte Dr. Markus Litpher. „Zweitens müssen wir schon heute die Weichen für die langfristige Entwicklung unseres Energiesystems stellen. Konkret arbeiten wir deshalb in einer Reihe von Projekten an den Themen Vernetzung, Digitalisierung und Flexibilisierung von Stromverbrauch und -erzeugung.“

Innovationsprojekt für das Netz der Zukunft

Den weitreichendsten Ansatz verfolgt das Unternehmen beim Projekt Smart Operator in Schwabmünchen: Zusammen mit mehr als 110 Haushalten betreiben LEW und RWE Deutschland dort ein intelligentes Stromnetz, das umfassendste dieser Art – nicht nur in Bayern, sondern in ganz Deutschland. Eine Zwischenbilanz zeigt, dass die Menge des überschüssigen Stroms, der bisher ins regionale Verteilnetz zurückgespeist wurde, um ein Drittel reduziert werden konnte.

Rahmenbedingungen entscheidend

„Wir stellen heute die Weichen für das Energiesystem von morgen“, sagte Dr. Markus Litpher. „Für die Bewältigung der anstehenden großen Aufgaben brauchen wir Planungssicherheit. Dafür müssen auch die rechtlichen und regulatorischen Rahmenbedingungen stimmen.“ So betonte er, dass die Verteilnetzbetreiber mehr denn je auf aktuelle Informationen über Verbrauch und Erzeugung im Netz angewiesen seien. Nur so könnten sie auch unter den Bedingungen der Energiewende einen sicheren und effizienten Netzbetrieb gewährleisten.

„Die Verteilnetzbetreiber vor Ort sind der natürliche Partner einer dezentralen Energiewende“, hob Dr. Litpher hervor. Dies müsse auch bei der Ausgestaltung des Gesetzes zur Digitalisierung der Energiewende berücksichtigt werden. Auch der regulatorische Rahmen müsse so weiterentwickelt werden, dass die Netzbetreiber die anstehenden, großen Herausforderungen stemmen können.

Vertrieb auf Wachstumskurs

Den Stromabsatz im vertrieblichen Stammgeschäft konnte die LEW-Gruppe bei Geschäftskunden, Energieversorgungsunternehmen und Privatkunden um rund 9 Prozent steigern: Insgesamt wurden 15,8 Milliarden Kilowattstunden verkauft. Wie bereits im Vorjahr konnte LEW die Zahl der Privatkunden auch 2015 erhöhen. Steigenden Absatz in allen Kundensegmenten verzeichnete LEW auch im Gasbereich. Insgesamt stieg der Gasabsatz um rund 17 Prozent auf 917 Millionen Kilowattstunden.

Das Produktportfolio haben die Lechwerke weiter ausgebaut. „Unsere Kunden nehmen die Energieversorgung immer stärker selbst in die Hand. Dafür haben wir die passenden Lösungen entwickelt und 2015 erfolgreich deren großflächige Vermarktung gestartet“, sagte LEW-Vorstandsmitglied Norbert Schürmann.

So bietet LEW Haushalten und Unternehmen Photovoltaikanlagen und Batteriespeicher – je nach Kundenwunsch entweder zum Kauf oder zur Pacht. Dabei sind die Anlagen auf einen möglichst hohen Eigenstromverbrauch hin ausgelegt. „Strom, Wärme, Verkehr: Erneuerbare Energien werden zukünftig in allen drei Bereichen eine zentrale Rolle übernehmen. Das haben wir früh erkannt und engagieren uns deshalb seit vielen Jahren in allen Segmenten“, stellte Norbert Schürmann fest.

Energiedienstleistungen und Breitbandausbau

Auch im Bereich der Geschäfts- und Industriekunden entwickelt LEW Angebote und Kundenservices weiter. Neben dem Stammgeschäft des hart umkämpften Strom- und Gasvertriebs baut LEW den Bereich der Energiedienstleistungen aus. „Unseren Kunden bieten wir Expertise und ganzheitliche Energielösungen aus einer Hand“, betont Norbert Schürmann. „Das beginnt bei der Analyse und Beratung und reicht bis hin zur Umsetzung konkreter Projekte sowie dem Betrieb der Anlagen. Für die Unternehmen der Region haben wir Energieeffizienznetzwerke initiiert und fördern damit den Wissenstransfer über Branchengrenzen hinweg.“

Die LEW-Vorstände (v. l.): Dr. Markus Litpher und Norbert Schürmann. ❐

Zentrale Bedeutung für die LEW-Gruppe hat das Thema Digitalisierung – im Bereich des Netzbetriebs, bei internen Prozessen sowie bei Lösungen für Kunden. Das LEW-Tochterunternehmen LEW TelNet treibt aktiv den Breitbandausbau in Bayerisch-Schwaben und Teilen Oberbayerns voran und schafft damit eine wichtige Voraussetzung für die weitere wirtschaftliche Entwicklung der Kommunen in der ländlich strukturierten Region. Mit dem eigenen mehr als 2.500 Kilometer langen Glasfasernetz und rund 140 Breitbandprojekten ist LEW TelNet der größte regionale Netzbetreiber zwischen Donauwörth und Schongau.

Ökologie und Ökonomie bei Wasserkraft vereinbaren

Die Stromerzeugung in den eigenen und vertraglich gebundenen Wasserkraftwerken des Tochterunternehmens Bayerische Elektrizitätswerke (BEW) lag aufgrund der trockenen Witterung in der zweiten Jahreshälfte bei rund 93 Prozent der Regelerzeugung. Einen besonderen Fokus legt BEW auf die Vereinbarung von Ökonomie und Ökologie beim Betrieb der Wasserkraftwerke. Dafür arbeitet das Unternehmen eng mit Naturschutz- und Fischereiverbänden, Kommunen und Anwohnern zusammen. „Dank der erfolgreichen Projekte und der guten Zusammenarbeit mit den Partnern hat BEW hier in Bayern eine Vorreiterrolle übernommen. Unser Ansatz sorgt für Akzeptanz und gewährleistet einen effizienten Einsatz der Mittel“, sagte LEW-Vorstandsmitglied Norbert Schürmann.

Regionale Wertschöpfung

Das hohe Investitionsbudget der LEW-Gruppe setzt positive Impulse für die heimische Wirtschaft: 2015 legte das Volumen der Aufträge der LEW-Gruppe an Betriebe aus der Region noch einmal zu und stieg auf 72 Millionen Euro. Rund 147 Millionen Euro hat LEW 2015 als Löhne, Gehälter und Renten gezahlt. Der eigene Personalstand der LEW-Gruppe hat sich im Geschäftsjahr 2015 leicht erhöht: Umgerechnet auf Vollzeitstellen beschäftigte LEW zum Stichtag 31. Dezember 2015 1.803 Mitarbeiter. 95 junge Menschen absolvieren ihre Ausbildung in der LEW-Gruppe.

Ausblick

Für das laufende Geschäftsjahr rechnet LEW mit einem leichten Anstieg des Umsatzes. Das betriebliche Ergebnis wird laut Prognose unter dem des Jahres 2015 liegen, unter anderem aufgrund eines höheren Erneuerungs- und Instandhaltungsbedarfs im Stromnetz. Das Investitionsniveau der LEW-Gruppe soll steigen. Bei einer konstanten Geschäftsentwicklung geht die Lechwerke AG von einer gleichbleibenden Dividende aus. ❐

Jetzt bewerben als „Bioenergie-Kommune 2016“

Bewerbungsfrist endet am 15. Mai 2016

Im Januar hat das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) den vierten Wettbewerb „Bioenergie-Kommunen 2016“ ausgelobt. Der Wettbewerb richtet sich an Dörfer und Gemeinden in Deutschland, die mindestens 50 % ihres Strom- und Wärmebedarfs aus regional erzeugter Biomasse decken.

Erstmals sind auch Städte und Stadtteile aufgerufen, die sich mindestens zu 30 % mit Bioenergie versorgen können.

Die mit jeweils 10.000 Euro dotierten drei Preise „Bioenergie-Kommune 2016“ werden vom BMEL ausgeschrieben und zur Internationalen Grünen Woche in Berlin im Januar 2017 vergeben. Die Preisgelder sollen für die Weiterentwicklung der Bioenergie-Kommunen zum Einsatz kommen.

Anhand der nachfolgenden Bewertungskriterien wird eine unabhängige Jury die drei Gewinner auswählen:

- Versorgungsgrad mit Bioenergie
- Intelligente Nutzung von Biomasse in Systemen mit weiteren erneuerbaren Energien
- Effizienz, Nachhaltigkeit und Innovation
- Regionale Wertschöpfung durch Bioenergie
- Beteiligung der Bevölkerung
- Aktive Verwendung des Bioenergieansatzes in der Öffentlichkeit.

Die Umsetzung des Wettbewerbs erfolgt durch die Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe e. V. (FNR). Die Bewerbungsunterlagen stehen auf der Internetseite www.bioenergie-kommunen.de zur Verfügung. Bewerbungsschluss ist der 15. Mai 2016. ❐

„Energieeffizienz-Netzwerk für Kommunen“:

Erfolgreicher Starttermin

Das erste Netzwerk-Treffen der teilnehmenden Kommunen am Projekt „Energieeffizienz-Netzwerk für Kommunen“ fand jüngst im Senatssaal der Ostbayerischen Technischen Hochschule Amberg-Weiden statt.

Im November 2015 wurde der offizielle Zuwendungsbescheid für eines der bundesweit ersten kommunalen Energieeffizienznetzwerke vom Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) mit dem maximalen Fördersatz ausgestellt. Netzwerkträger ist das Institut für Energietechnik an der Ostbayerischen Technischen Hochschule Amberg-Weiden (IfE) mit den Projektleitern Herr Dipl.-Ing. Maximilian Conrad und Herr M.Eng. Thomas Gollwitzer.

Hauptziel der dreijährigen Netzwerkarbeit (Laufzeit von 2016 bis 2018) in den teilnehmenden 10 Kommunen ist das Erreichen definierter Klimaschutzziele durch die kontinuierliche Begleitung und praxisbezogene Weiterentwicklung von Maßnahmen zur Minderung des Energieverbrauchs in der Kommune.

Intention dieses ersten Netzwerktreffens ist das gegenseitige Kennenlernen der Teilnehmer, erstes Austauschen von Erfahrungen sowie ein Vorstellen des Projekts mit Zielen, Ablauf und Hintergrund.

Nach der Begrüßung und einführenden Worten der Präsidentin der OTH Amberg-Weiden Frau Prof. Dr. Andrea Klug machte Herr Prof. Dr. Brautsch die Teilnehmer mit dem Ablauf der Netzwerkphase vertraut. Dieser sieht jährlich vier moderiete Netzwerktreffen vor, in denen ein professioneller Erfahrungsaustausch mit den anderen Netzwerkteilnehmern stattfindet. Es erfolgt eine kommunenspezifische, individuelle Untersuchung der Liegenschaften zur Erreichung von Klimaschutzzielen mit Detailberatungen und der Umsetzungsbegleitung von Schwerpunktprojekten.

Vertreterinnen und Vertreter der teilnehmenden Kommunen. ❐

Vertragsunterzeichnung

Das gegenseitige Kennenlernen wurde mit einer kurzen Vorstellungsrunde eingeleitet, in der die Teilnehmer sich selbst, ihre Kommunen/Landkreise sowie vergangene, geplante und aktuelle Energieprojekte kurz vorstellten. Die Verträge zur gemeinsamen Netzwerkarbeit wurden unterzeichnet. Abschließend erfolgte eine Besichtigung der Labore der Ostbayerischen Technischen Hochschule Amberg-Weiden.

Wichtige Impulse erhofft

Die Kommunen versprechen sich aus dem dreijährigen Projekt zum einen konkrete fachlich wichtige Impulse zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit und Steigerung der Energieeffizienz durch die technisch-wissenschaftliche Beratung des IfE. Zum anderen wollen die Partner gegenseitig voneinander lernen und sich über die realisierten Projekte gegenseitig austauschen.

Das nächste Netzwerktreffen findet am 21.06.2016 um 10 Uhr in der Stadt Roth statt.

Teilnehmende Landkreise/Kommunen sind die Gemeinde Baar-Ebenhausen, der Markt Feucht, der Markt Wolnzach, die Stadt Forchheim, die Stadt Haßfurt, die Stadt Kemnath, die Stadt Neustadt a.d. Donau, die Stadt Roth, die Stadt Traunreut und die Stadt Zirndorf. ❐

Ursula Jekelius, Leiterin Kommunen und Kooperationen beim Bayernwerk in der Region Oberbayern (links), Bürgermeister Harald Zipfel und Silke Mall, Bayernwerk-Kommunalbetreuerin (rechts), unterzeichneten den neuen Erdgaskonzessionsvertrag. ❐

Bayernwerk in Oberbayern erstmals Gasnetzbetreiber

Bayernwerk unterzeichnet neuen Erdgaskonzessions-Vertrag mit der Gemeinde Neuried

Das Bayernwerk und die Gemeinde Neuried im Landkreis München unterzeichneten den neuen Konzessionsvertrag, der es dem Bayernwerk einräumt, das 40 Kilometer lange Erdgasnetz Neurieds für die nächsten zehn Jahre zu betreiben.

Im Rahmen einer Ausschreibung hat sich das Bayernwerk gegen seinen Mitbewerber, die Stadtwerke München durchgesetzt und nach achtmonatigem Vergabeverfahren mit großer Mehrheit im Neurieder Gemeinderat den Zuschlag für zehn Jahre erhalten. Den Vertrag unterzeichneten bei einem offiziellen Termin im Rathaus Bürgermeister Harald Zipfel und Ursula Jekelius, Leiterin Kommunen und Kooperationen beim Bayernwerk in der Region Oberbayern, im Beisein von Silke Mall, Kommunalbetreuerin des Netzbetreibers. Wir freuen uns auf die weitere Zusammenarbeit mit dem Bayernwerk – nun auch im Gas“, so Bürgermeister Harald Zipfel.

Sieger in einem fairen Wettbewerb

Unter anderem waren die Verbraucherfreundlichkeit und die Versorgungseffizienz ausschlaggebend für die Entscheidung zu Gunsten des Bayernwerks. „Wir haben uns in einem fairen Wettbewerb gegen die Stadtwerke München durchgesetzt. Darauf sind wir sehr stolz. Damit können wir unsere langjährigen Erfahrungen im Betrieb von Gasnetzen erstmals auch in Oberbayern einsetzen“, betonte Ursula Jekelius. Das sei auch ein wichtiger unternehmerischer Schritt.

Bislang sei das Unternehmen ausschließlich in Nord- und Ostbayern Betreiber einer Erdgasinfrastruktur. Man werde nun im Einvernehmen mit der Gemeinde rasch die Vorbereitung zur Netzübergabe des Erdgasnetzes in Neuried angehen.

Knapp 1.100 Hausanschlüsse und 75 Gewerbebetriebe werden infrastrukturseitig mit Erdgas versorgt.Der jährliche Gasabsatz in Neuried liegt bei rund 5,3 Millionen Kilowattstunden. ❐

Intelligente Stromzähler:

Licht und Schatten für Verbraucher

Digitalisierung kann Einsparungen bringen, kostet aber erst einmal Geld

Erlenbach. Intelligente Stromzähler bringen neue Anforderungen für Gewerbebetriebe und Privathaushalte mit sich. Der im Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende vorgesehene Einsatz von sogenannten Smart Metern bietet aber auch einige Chancen.

Bis 2020 müssen nach einer EU-Richtlinie 80 Prozent der Verbraucher mit intelligenten Strommesssystemen ausgerüstet werden. In Deutschland sollen Verbraucher ab einem Jahresstromverbrauch von 6.000 Kilowattstunden mit einem intelligenten Zähler ausgestattet werden.

„Die Kosten für die Umrüstung auf intelligente Stromzähler werden bei den privaten Verbrauchern und den Gewerbebetrieben hängen bleiben. Bis sich Einsparungen durch einen veränderten Verbrauch ergeben, entstehen zunächst Kosten für die Verbraucher“, erklärt Olaf Ruppe, Energieexperte bei der DEG Deutsche Energie GmbH. Durch die geplanten Verpflichtungen zum Einbau von Smart Metern können beispielsweise privaten Haushalten Kosten von bis zu 100 Euro pro Jahr entstehen.

Die Kunden, ob privat oder gewerblich, können aber auch von neuen Zählern profitieren. Sie erhalten eine genaue Dokumentation ihres Verbrauchsverhaltens, was sie bei energiesparendem Verhalten unterstützt. Auf dieser Basis können sie dann Stromlieferverträge auswählen, die zu ihrem individuellen Verbrauchsverhalten passen. Diese sind dann zumeist günstiger. Darüber hinaus sind variable Stromtarife mit finanziellen Anreizen zu Verbrauchsverlagerungen mög lich. ❐

BWP-Branchenprognose 2030

Die Wärmewende zwischen Klimazielen, Modernisierungsstau und Ölpreisschock

Die Wärmepumpe ist die Schlüsseltechnologie für eine erfolgreiche Energiewende. In diesem Punkt herrscht sowohl in politischen wie in wissenschaftlichen Kreisen weitgehender Konsens. In den meisten Studien dominiert dementsprechend die Wärmepumpe den Heizungsmarkt, Öl- und Gasheizungen spielen dort keine Rolle mehr. Diesen Studien legen volkswirtschaftlich optimierte Ausbaupfade zu Grunde, um die Energie- und Klimaziele 2050 zu erreichen. Die BWP-Branchenprognose nimmt hingegen eine vertriebliche Perspektive ein und zeigt auf Basis der aktuellen Marktsituation mögliche Ausbaupfade für die Wärmepumpe. Sie dient damit als Vergleichsmaßstab für die volkswirtschaftlich orientierten Ausbauszenarien.

Die derzeitige Entwicklung des Wärmemarktes läuft der Zielvorgabe eines klimaneutralen Gebäudebestandes 2050 zuwider. Der Wärmepumpen-Absatz stagniert zwischen 55.000 und 60.000 Geräten. Der anhaltend hohe Strompreis und der massive Verfall der Heizölpreise verhindern ein starkes Marktwachstum im Sanierungsgeschäft. Im Neubau hingegen kommen der Wärmepumpe die Vorgaben der Energieeinsparverordnung (EnEV) zugute.

Strategie für die Elektrifizierung vonnöten

„Der Klimagipfel in Paris hat ein neues Schlagwort geprägt: Dekarbonisierung. Nach dem Vorbild der E-Mobilität im Verkehr brauchen wir auch im Wärmesektor eine Strategie für die Elektrifizierung“, so Karl-Heinz Stawiarski, Geschäftsführer des Bundesverbandes Wärmepumpe.

Positive Wachstumssignale für Erneuerbare Energien

„Die Bundesregierung hat mit der Förderung durch das MAP, der EnEV-Verschärfung und einer verbesserten Informationspolitik positive Wachstumssignale für Erneuerbare Energien und insbesondere die Wärmepumpe gesetzt. Blinder Fleck der Umweltpolitik bleibt jedoch die Besteuerung der Energieträger. Die positiven Anreize kommen dadurch nicht voll zum Tragen.“

Klimabeitrag Wärmepumpe

Dabei leisten Wärmepumpen einen erheblichen Beitrag zur CO2-Einsparung. Durch den Ausbau der Erneuerbaren Energien im Stromsektor verbessert sich die CO2-Bilanz jeder Wärmepumpe kontinuierlich: von 2,16 Tonnen (2015) jährlicher Einsparung auf 3,87 Tonnen (2030). Dieser Effekt wird in der aktuellen Ausgabe der Branchenprognose zum ersten Mal beschrieben: 2030 sparen Wärmepumpen 6,8 bzw. 9,0 Mio. Tonnen CO2.

In Szenario 1 der Branchenstudie steigt der Wärmepumpen-Absatz auf 90.000 Geräte im Jahr 2030, der Marktanteil liegt bei 17,8 Prozent. Der Absatz verlagert sich tendenziell in den Sanierungsmarkt. Insgesamt sind rund 1,61 Mio. Wärmepumpen in Betrieb (8,1 Prozent des Wärmeerzeugerbestandes). Im progressiveren Szenario 2 wächst der Absatz auf 203.000 Geräte (Marktanteil 27 Prozent).

Prognose

Der zusätzliche Absatz geht ausschließlich auf die Auflösung des Modernisierungsstaus zurück. Der Feldbestand liegt bei 2,37 Mio. Anlagen (11,9 Prozent des Bestandes). In beiden Szenarien machen Luft/Wasser-Wärmepumpen den größten Teil der Verkäufe aus. Der Anteil der erdgekoppelten Geräte pendelt sich bei unter 30 Prozent ein. Der Absatz von Warmwasser-Wärmepumpen steigt in den Szenarien auf rund 17.000 bzw. rund 25.000 Geräte an.

Unvorhergesehener Ölpreisverfall

Aufgrund der verschlechterten Marktbedingungen mussten die Prognosen der vergangenen Ausgaben nach unten korrigiert werden: um 24 Prozent (Szenario 1) bzw. 35 Prozent (Szenario 2) im Vergleich mit der ersten Ausgabe der Branchenstudie 2009. Hauptgrund ist der massive Ölpreisverfall, den in dieser Form niemand vorhergesehen hat.

Politische Handlungsempfehlung

Der Erfolg der Wärmepumpe hängt wesentlich von einem starken Wachstum im Bestandsmarkt ab, wo die Wirtschaftlichkeit gegenüber konkurrierenden Lösungen der mit Abstand wichtigste Treiber ist.

Eine Neuausrichtung der Energiepreisgestaltung ist daher die wirksamste Maßnahme für eine Beschleunigung des Wärmepumpen-Absatzes. Bis diese umgesetzt wird, ist eine effektive Förderpolitik unverzichtbar. Daneben sind ein aktives Vorantreiben der Sektorkopplung sowie ambitionierte EnEV-Vorgaben wichtige Impulse. ❐

eCarsharing in den Gemeinden Pentling und Lappersdorf

Regensburg (RL). Seit 1. März können die Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde Pentling einen BMW i3, die Lappersdorfer einen VW e-Golf zwei Monate lang testen. Für alle die schnell sind, gibt es einen besonderen Bonus: Wer sich das Fahrzeug vor dem 11. März reservieren lässt, nimmt an einer Verlosung mit regionalen Produkten teil.

Weitere Testaktion

Zuletzt standen die beiden E-Fahrzeuge in der Gemeinde Mintraching und in der Verwaltungsgemeinschaft Wörth a. d. Donau für Testfahrten zur Verfügung. Die Bilanz bei beiden Kommunen ist positiv. Die Nachfrage war besonders an den Wochenenden groß. Allein in Mintraching wurden mit dem BMW i3 in knapp vier Wochen mehr als 2.500 Kilometer zurückgelegt. Die Hälfte der Zeit war das Auto verliehen, an rund 15 Tagen nutzten es Mitarbeiter der Gemeinde. Deswegen bietet das eCarsharing der KERL eG den Bürgerinnen und Bürgern sowie der Gemeindeverwaltung Mintraching im Sommer nochmal eine Testaktion an.

Große Akzeptanz

Das dritte Fahrzeug, ein weiterer BMW i3, steht noch bis 31. Juli in Wiesent. Auch dort kommt das Fahrzeug bei den Bürgern gut an. Seit August 2015 wurden hier mit dem E-Auto über 6.000 Kilometer zurückgelegt. Wer ein E-Auto für einen Abend, einen Tag oder für ein Wochenende testen will, kann sich an die jeweiligen Gemeinden wenden. ❐

Mit Konzept in die Energiezukunft

Verein renergie Allgäu berät und begleitet Gemeinde Waltenhausen

Waltenhausen (rena). Mit richtigem Konzept und kompetentem Partner startet die schwäbische Gemeinde Waltenhausen (Landkreis Günzburg) in die Energiezukunft: Beraten und begleitet vom Kemptener Verein renergie Allgäu planen Bürgermeister und Bürger nach gut halbjähriger Vorbereitungszeit nun ein groß angelegtes Nahwärmenetz für bis zu 50 Haushalte, einen „Energie-Erlebnistag“ im Herbst und einen kollektiven Heizungspumpenaustausch für alle interessierten Hausbesitzer am Ort. Daneben enthält der in enger Zusammenarbeit von Verein und Gemeinde erstellte Maßnahmenkatalog eine ganze Reihe weiterer Vorschläge für Energieeinsparung und Erneuerbare Energiegewinnung.

Im Sommer 2015 fanden die ersten Vorbereitungsgespräche zwischen den Fachleuten des Vereins renergie Allgäu und Vertretern der Gemeinde statt. Als erstes Mitglied der Verwaltungsgemeinschaft Krumbach hatte sich Waltenhausen entschlossen, einen Energie-Nutzungsplan aufzustellen. Die Kosten von rund 20.000 Euro für das auf ein Jahr angelegte Projekt werden zu 70 Prozent gefördert durch das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie (Programm „Energiekonzepte und kommunale Energienutzungspläne“).

Auf dem Weg zum Energie-Nutzungsplan

Neben Bürgermeister Karl Weiß schloss sich sehr bald ein Dutzend interessierter Bürger und Ratsmitglieder in einem Energieteam zusammen, um alle Schritte auf dem Weg zum Energie-Nutzungsplan zu begleiten. Grundlage ihrer Arbeit war das detaillierte Bild vom energetischen Ist-Zustand der Gemeinde, das die renergie-Fachleute Thomas Brutscher, Florian Weh und Thomas Hartmann aus den Ergebnissen von 300 Fragebögen und vielen Vor-Ort-Begehungen entwickelt hatten. Daraus wiederum entstanden Ideen für Energieeinsparung und Erneuerbare Energiegewinnung, die in regelmäßigen Treffen des Energieteams diskutiert wurden.

Fokus auf Biogasanlage

Besonderes Augenmerk galt von Anfang an einer Biogasanlage im Süden des Ortskerns, deren Betreiber der Gemeinde ein Wärmenetz angeboten hatte. Ein Vorschlag, der nach eingehender Prüfung jetzt auch wirklich umgesetzt wird. Im Verlauf der insgesamt 1,3 Kilometer langen Leitung werden im ersten Schritt 24 Wohnhäuser angeschlossen. Und damit sei das Wärmepotential noch nicht erschöpft, rechnete Energieberater Thomas Hartmann bei der großen Abschlusspräsentation vor. Insgesamt können bis zu 50 Haushalte über die Biogasanlage beheizt werden. Was neben ökologischen auch ökonomische Vorteile brächte. Denn mit knapp 7 Cent je Kilowattstunde, so Hartmann, sei diese Wärmequelle günstiger als beispielsweise Öl oder Holz.

Spürbarer Energieschub in der Gemeinde Waltenhausen mit kompetentem Partner. ❐

Hinweise auf Fördermöglichkeiten

Auch für Waltenhausener, die nicht von dieser zentralen Wärmeversorgung profitieren können, enthält der Maßnahmenkatalog des Energienutzungsplans konkrete Tipps und Vorschläge wie Energie eingespart oder neue Energiequellen gewonnen werden können. Ob Dachsanierung, Fassadendämmung, Ausbau der PV-Anlage zur Eigenstromnutzung oder Heizungspumpenaustausch – zu jedem Vorschlag gibt es Wirtschaftlichkeitsberechnungen und Hinweise auf Fördermöglichkeiten.

Energie-Erlebnistag im Herbst

Und das Angebot von renergie Allgäu reicht noch weiter: Im Zuge der Umsetzungsbegleitung wollen die Fachleute im Herbst einen Energie-Erlebnistag in Waltenhausen veranstalten, bei dem neben viel Spaß und Unterhaltung auch wieder detaillierte Fachinformationen vermittelt werden. Auf dass der Energieschub, der in den letzten Monaten in Waltenhausen spürbar war, weiter anhält und immer noch mehr Bürger mitreißt. ❐

Verbraucherzentrale Bayern und Energiewende Oberland:

Durchblick im Förderdschungel

Aktuelle Programme für energieeffizientes Bauen und Sanieren

Für Neubauten wurden zum Jahresbeginn die gesetzlichen Anforderungen an die Gesamtenergieeffizienz um 25 Prozent verschärft. Folglich passte die KfW-Förderbank zum 1. April 2016 ihre Förderbedingungen an die neuen Standards an. Vergünstigte Darlehen gibt es jetzt nur noch für Neubauten, deren Gesamtenergiebedarf bei höchstens 55 Prozent liegt, kurz KfW-Effizienzhaus-55 genannt.

Es gibt mit bis zu 100.000 Euro doppelt so viel Geld pro Wohnung bei bis zu 20 Jahren Zinsbindung. Bauherren, die ein KfW-Effizienzhaus-70 planen, können nur noch bis zum 31. März einen Förderantrag stellen. Häufig lässt sich jedoch mit geringem Mehraufwand auch ein KfW-55-Standard erreichen, hier lohnt sich eine gute Beratung, so die Verbraucherzentrale Bayern. Die KfW fördert die Beratung und Baubegleitung ab dem 1. April zusätzlich mit einem Zuschuss von 50 Prozent (bis zu 4.000 Euro).

Verbesserte Konditionen für Immobilienbesitzer

Auch für Immobilienbesitzer, die ihr Haus energetisch auf Vordermann bringen wollen, haben sich einige Konditionen verbessert. So wird der Einbau neuer Heizungs- und Wohnungslüftungsanlagen mit einem höheren Zuschuss gefördert, wenn es sogenannte Paketlösungen sind. Das heißt, dass nicht nur der alte Kessel ausgetauscht, sondern auch das gesamte Heizsystem optimiert wird.

Beim Lüftungspaket kombiniert man den Einbau einer Wohnungslüftungsanlage mit mindestens einer Wärmeschutzmaßnahme. In Bayern gewährt der Freistaat im Rahmen des „10.000-Häuser-Programms“ in bestimmten Fällen zusätzlich einen Bonus für Eigentümer und Bauherren von selbstbewohnten Ein- und Zweifamilienhäusern. Dieser ist mit der KfW-Förderung kombinierbar.

Energieberatung

Bei allen Fragen zu Bundes- und Landesförderprogrammen hilft die Energieberatung der Verbraucherzentrale Bayern weiter. Die Standorte sind unter www.verbraucherzentrale-bayern.de sowie auf www.energiewende-oberland.de zu finden. Dort kann auch direkt die Terminvereinbarung für eine Energieberatung erfolgen.

Telefonische Beratung und Terminvereinbarung sind auch möglich unter 0800 – 809 802 400 (kostenfrei). ❐

Infos und Onlineshop von Energie Südbayern

ESB informiert über Möglichkeiten moderner LED-Beleuchtungstechnologie und bietet in Kooperation mit dem Markenhersteller LEDON einen eigenen Onlineshop an

Neuer Service für Verbraucher: Die Energie Südbayern GmbH unterstützt Kunden und Interessenten beim Thema energieeffiziente Beleuchtung. Online informiert der regional verwurzelte Energiedienstleister über die Vorteile, technischen Hintergründe und attraktiven Einsparmöglichkeiten, die zeitgemäße LED-Lampen bieten.

„Diese stehen für die nachhaltigste und klimafreundlichste Beleuchtungslösung heutzutage“, erklärt Jürgen Hitz, Hauptabteilungsleiter Handel und Vertrieb bei Energie Südbayern. „Wir gehen noch einen Schritt weiter und empfehlen aus Erfahrung insbesondere die bewährten Qualitätslampen des Markenherstellers LEDON – gemeinsam mit diesem haben wir eigens einen LED-Onlineshop entwickelt, über den die sparsamen und umweltfreundlichen Lampen direkt und einfach bestellt werden können.“

Überlegene Technologie

Moderne Lichtquellen wie LED sind anderen Beleuchtungstechnologien weit überlegen, bieten naturnahes Licht höchster Qualität und senken den Energieverbrauch. Ineffiziente und unkomfortable Energiesparlampen gehören ebenso wie die klassische Glühbirne derweil längst der Vergangenheit an.

„Licht ist nicht nur hell, sondern auch warm oder kalt: Für unterschiedliche Einsatzorte und Verwendungszwecke gibt es LEDs in warmen, neutralen und tageslichtweißen Farben“, erläutert Jürgen Hitz, „wenn Sie die perfekte Wohlfühlatmosphäre erzeugen möchten, empfiehlt sich beispielsweise die Verwendung eines warmweißen Lichts mit einer Farbtemperatur von 2.700 Kelvin – solches Licht entspricht einer klassischen Glühlampe und erscheint durch exzellente Farbwiedergabe äußerst natürlich.“

In der Anwendung stehen LEDs herkömmlichen Glühbirnen in nichts nach: Neben den früher typischen Spots und

Jürgen Hitz. ❐

Leuchtmitteln für Arbeits- und Leseleuchten sind längst auch Produkte im Handel, die das Licht gleichmäßig in alle Richtungen verteilen, so wie es etwa für den Einsatz in Pendelleuchten sinnvoll ist. Dabei ist die Formenvielfalt der LED-Lampen heute ebenso groß wie die altbekannter Leuchtmittel – von der klassischen Form einer Glühbirne über dekorative Gestaltungen bis hin zur Kerzenform.

Geringer Energieverbrauch

LEDs bieten zudem Vorteile in Sachen Energieeinsparung und Lebensdauer: Ein hochwertiges LED-Produkt leuchtet problemlos 25.000 Stunden – im Schnitt also 25 Jahre lang – und lässt sich 100.000 mal ein- und ausschalten. In diesem langen Zeitraum verbraucht die LED-Lampe 80 bis 90 Prozent weniger Energie als eine herkömmliche Glühlampe.

Erhebliche Kostensenkung

„Die Anschaffungskosten amortisieren sich in der Regel bereits nach wenigen Monaten, so dass unter dem Strich eine erhebliche Kostensenkung garantiert ist“, resümiert Jürgen Hitz. „LED-Lampen enthalten darüber hinaus keine schädlichen Stoffe wie beispielsweise Quecksilber, was sie von herkömmlichen Energiesparlampen grundlegend unterscheidet. Und weil LED-Lampen auch mit niederer Spannung betrieben werden können und weder IR- noch UV-Strahlung abgeben, können sie auch dort genutzt werden, wo der Einsatz herkömmlicher Leuchtmittel beschränkt ist.“

Neben dem Angebot für Privatkunden hält Energie Südbayern auch innovative Beleuchtungslösungen für Geschäftskunden und Kommunen bereit.

Weitere Informationen und der LED-Onlineshop unter: www.esb.de/led ❐

Aus einem 250-Tonnen-Block einer hochfesten Speziallegierung mit elektromagnetischen Eigenschaften, gegossen aus über 1.700 Grad Celsius heißem Stahl, entstand in der Saarschmiede GmbH in Völklingen durch mehrmaliges Durchglühen, Pressen mit 1000 Tonnen Druck und Schmieden nach dem Abscheiden von Schlacken der Rotorwellen-Rohling mit noch 150 Tonnen Gewicht. Solchermaßen verschlankt ging der Rohling auf Italienreise. Dort erhielt die Rotorwelle durch monatelanges Präzisionsfräsen und -drehen ihre jetzige 7,35 Meter lange Form und speckte nochmals 50 Tonnen Material ab. Das rund 3,2 Meter lange, quadratische Rotor-Mittelteil misst zwei auf zwei Meter. Reine Nervensache: Für die letzten Zentimeter war Mikrometerarbeit notwendig, um den neuen Rotorwellen-Koloss für die Maschine 1 des Pumpspeicherkraftwerks Langenprozelten ohne anzuecken über die zwölf unterarmdicken Verschraubungsbolzen zu lenken.Bild: Jan Kiver, Rhein-Main-Donau AG

Bahnstrom-Pumpspeicherkraftwerk Langenprozelten:

100-Tonnen-„Meilenstein“ für Generator 1

ANDRITZ HYDRO liefert weltgrößte Rotorwelle in Deutschlands wichtigstes Spitzenlastkraftwerk für Bahnstrom

Zentimeter für Zentimeter manövrierte die schwere vierachsige LKW-Zugmaschine einer nordrhein-westfälischen Spezialtransportfirma den 26 Meter langen 12-Achser mit ihrer wertvollen Fracht an deren künftigen Arbeitsplatz in der Maschinenhalle des Pumpspeicherkraftwerks Langenprozelten. Wie ein Schiffsverband wurde der rund 150-Tonnen-Schwerstlasttransport auf seiner rund 770 Kilometer langen Fahrt von Weiz in der Steiermark (Österreich) nach Langenprozelten im bayerischen Landkreis Main-Spessart von Begleitfahrzeugen und der Polizei eskortiert. Die Vorbereitungen bis zur Aus- und Anlieferung dauerten etwa zwei Jahre.

Dreieinhalb Tage war das 30-Meter-Gespann unterwegs und transportierte die mit 100 Tonnen weltgrößte Rotorwelle, die ANDRITZ HYDRO für einen Einphasen-Bahnstromgenerator hat schmieden und bearbeiten lassen. Weitere drei Tage leisteten die Spezialisten von Andritz zusammen mit dem Turbinenlieferanten Voith und den Uniper-Mitarbeitern des Pumpspeicherkraftwerks Langenprozelten Präzisionsarbeit, um das Herzstück auf den Turbinenflansch zu bugsieren.

Zweijährige Vorbereitung

Gefertigt wurde das Werkstück aus einem rund 250 Tonnen schweren Stahlklotz in der Saarschmiede in Völklingen. 1.700° C heiß war das flüssige Material als es gegossen wurde. Unter mehrmaligem Aufheizen auf etwa 1.300° C erhielt die hochfeste, mit elektromagnetischen Eigenschaften ausgestattete Spezialstahllegierung ihre Grundform mit einem eckigen Mittelteil und runden Achsen. Dabei verlor das Formstück durch Quetschen unter starkem Druck in einer 1.000-Tonnen-Presse gute 100 Tonnen Gewicht. So verschlankt ging der Rohling im vergangenen Frühjahr auf die gut 700 Kilometer lange Reise nach Oberitalien. Dort erhielt die Rotorwelle durch monatelanges Präzisionsfräsen und -drehen ihre jetzige 7,35 Meter lange Form und speckte nochmals über 50 Tonnen Material ab. Das rund 3,2 Meter lange, quadratische Rotor-Mittelteil misst zwei mal zwei Meter. Anschließend erfolgte der Transport für die Fliehkrafttests zu ANDRITZ HYDRO nach Weiz.

Im Pumpspeicherkraftwerk Langenprozelten wurde die Welle nach dem Abladen vom Spezialtransporter in dreitägiger Präzisionsarbeit für den Einbau vorbereitet, in die Vertikale gebracht und mit größter Vorsicht in das neue Generatorgehäuse abgesenkt. Umschlossen wird die Rotorwelle durch vier neu gefertigte Pole aus Kupfer, die in den nächsten Wochen ebenfalls mit Spezialtransporten angeliefert werden. Mit ihrem Gewicht von jeweils 34 Tonnen stellen sie ebenfalls einen neuen Rekord auf, der sie für das Guinness-Buch der Rekorde prädestiniert.

Inbetriebnahme im Sommer

Nach der Inbetriebnahme des ertüchtigten Turbo-Generatorsatzes im Sommer 2016 wird er mit 500 Umdrehungen in der Minute rotieren und Einphasenstrom für die Deutsche Bahn erzeugen. Jeder der vier Pole um den Rotor herum muss mit 27.000 Tonnen Kraft gehalten werden, was einem Gewicht von 70 vollbeladenen Großraumflugzeugen des Typs Boeing 747 entspricht. Entsprechende Fliehkrafttests mit 756 Umdrehungen in der Minute wurden vor der Auslieferung im werkseigenen Schleudertunnel von ANDRITZ HYDRO vorgenommen.

Seit Mai 2015 unterzieht die Donau-Wasserkraft AG (DWK), ein Tochterunternehmen von Rhein-Main-Donau AG (99,25 Prozent) und Uniper (0,75 Prozent), ihr Pumpspeicherkraftwerk Langenprozelten im unterfränkischen Landkreis Main-Spessart einer intensiven Fitnesskur. Rund 56 Millionen Euro sind bis Ende 2017 vor allem für den Austausch der beiden Generatoren, die Revision der beiden Pumpturbinen und der sechs Kugelschieber (Absperrvorrichtungen) sowie in die im September 2015 erfolgreich abgeschlossene Ertüchtigung der Unterbecken-Abdichtung vorgesehen. ❐

Umweltministerin Ulrike Scharf:

Wasserkraft noch naturverträglicher machen

Deutschlandweit einzigartige Wasserkraftanlage in Sulzberg-Au eingeweiht

Die Wasserkraft ist ein wichtiger Baustein für eine klimaverträgliche Energieversorgung. Ziel ist insbesondere die ökologische Modernisierung vorhandener Anlagen in Bayern im Einklang mit Mensch und Natur. Das betonte die Bayerische Umweltministerin Ulrike Scharf bei der Einweihung der deutschlandweit ersten langsam drehenden Turbine in einem Öko-Wasserkraftwerk.

„Im Wasserland Bayern hat die Wasserkraft eine lange Tradition. Und das aus gutem Grund: Strom aus Wasserkraft ist regenerativ, grundlastfähig und emissionsfrei. Unser Ziel muss ein maßvoller Ausbau der Wasserkraft an geeigneten und bestehenden Anlagen sein. Wir brauchen innovative Wasserkrafttechniken für eine erfolgreiche Energiewende. An der Iller steht jetzt die deutschlandweit erste Anlage mit neuartiger und fischverträglicher Turbinentechnik. Die Anlage verbindet optimal die Anforderungen der Gewässerökologie mit denen einer modernen Energieanlage. Fischschutz und Wasserkraft müssen kein Widerspruch sein“, so Scharf.

Innovative Turbinen

Im neuen Kraftwerk Sulzberg-Au, das an einem bestehenden Wehr errichtet wurde, sind zwei innovative Turbinen eingebaut, die durch ihre langsame Drehzahl den Fischen einen direkten Abstieg durch die Turbine ins Unterwasser erlauben und daher besonders fischverträglich sind. Das Projekt mit innovativer Wasserkrafttechnik ist das Ergebnis der erfolgreichen Kooperation zwischen den Allgäuer Überlandwerken und dem Freistaat Bayern mit seinen Landeskraftwerken. Insgesamt wurden von den Projektträgern rund 8,7 Millionen Euro investiert. Das neue Kraftwerk wird künftig fast vier Millionen Kilowattstunden sauberen Wasserkraftstrom für rund 1000 Haushalte liefern.

10-Punkte-Fahrplan

Zur ökologischen und naturverträglichen Wasserkraftnutzung in Bayern hat die Staatsregierung 2012 einen 10-Punkte-Fahrplan beschlossen. Dieser zeigt Schritte auf, wie die Wasserkraftnutzung in Einklang mit gewässerökologischen und naturschutzfachlichen Anforderungen gebracht werden kann. Auch die Forschung soll weiter vorangetrieben werden. So ist das neue Wasserkraftwerk Sulzberg-Au Teil eines Forschungsprojekts der Technischen Universität München, die im Auftrag des Bayerischen Umweltministeriums Untersuchungen zu fischökologischen Verbesserungen vor allem an innovativen Wasserkraftwerken durchführt.

Bei der verbauten VLH-Turbine („Very-Low-Head“) handelt es sich um ein schräg in der Strömung stehendes, sehr langsam drehendes Turbinenrad (etwa 15 bis 20 Umdrehungen pro Minute). Die Eigenschaften der Turbine sollen eine Wanderung von Fischen durch die Turbine ermöglichen. Für Wartungszwecke kann die Turbine aus dem Gewässer gehoben werden. Die VLH-Turbine ist bisher beispielsweise in Frankreich und Italien im Einsatz. ❐

Neue Forschungsinitiative:

Stärkung der Energiewende in Gebäuden und Städten

Gebäude und Städte sollen energieeffizienter und klimafreundlicher werden. Die Bundesministerien für Wirtschaft und Energie (BMWi) sowie Bildung und Forschung (BMBF) starteten eine gemeinsame Forschungsinitiative für energieeffiziente und klimafreundliche Gebäude und Quartiere.

Im Fokus der Forschungsinitiative „Solares Bauen/Energieeffiziente Stadt“ stehen Technologien für mehr Energieeffizienz und Integration erneuerbarer Energien, um die Energiewende in Gebäuden und Städten voranzubringen. Bis 2050 soll der Primärenergiebedarf im Gebäudebereich in der Größenordnung um 80 Prozent gegenüber dem Jahr 2008 gesenkt werden. Die Projekte sollen zeigen wie durch Innovationen und intelligente Vernetzung energetisch hochwertige, lebenswerte Häuser und Quartiere entstehen können. Neben technologischen Aspekten sollen sie insbesondere auch gesellschaftspolitische und sozioökonomische Aspekte berücksichtigen.

„75 Prozent der Menschen in Deutschland leben in Städten. Wir brauchen ein sauberes und bezahlbares Energiesystem, das sich Gebäude, Fassaden und Dächer zu Nutze macht und den Menschen in den Städten direkt zu Gute kommt. Dazu kann die Forschung einen entscheidenden Beitrag leisten“, sagte Bundesforschungsministerin Johanna Wanka.

„Die Forschungsinitiative schafft eine wichtige Grundlage für die Vernetzung von Akteuren der Energiewende im Gebäudebereich. Es geht vor allem darum, neben technologischen Aspekten auch Fragen des demografischen Wandels unserer Gesellschaft und das wichtige Thema nachhaltiges und bezahlbares Wohnen zu berücksichtigen. Mit einem übergreifenden Ansatz wollen wir Lösungen für die energieeffizienten Gebäude und Städte von Morgen entwickeln“, sagt Rainer Baake, Staatssekretär für Energie im BMWi.

Für die neue Forschungsinitiative „Solares Bauen/Energieeffiziente Stadt“ stellt die Bundesregierung 150 Millionen Euro im Rahmen ihres Energieforschungsprogramms bereit. Die Projekte werden über eine Dauer von bis zu fünf Jahren gefördert.

Die Initiative ist ein Beitrag zur Umsetzung des Vorhabens „Leitinitiative Zukunftsstadt“ des Bundesforschungsministeriums. Mit der „Leitinitiative Zukunftsstadt“ will das BMBF Innovationen für die nachhaltige Stadt fördern. Das Bundesforschungsministerium hat zudem gerade die „Kopernikus-Projekte“ gestartet, die als größte Forschungsinitiative zur Energiewende ebenfalls ein sauberes und bezahlbares Energiesystem zum Ziel haben.

Die zeitgleich veröffentlichte Förderinitiative „EnEff.Gebäude.2050“ des Bundeswirtschaftsministeriums ergänzt die Forschungsinitiative „Solares Bauen/Energieeffiziente Stadt“. Die Förderinitiative stellt weitere 35 Millionen Euro für modellhafte Innovations- und Transformationsprojekte im Gebäudebereich bereit. ❐

Von links: Pfarrer Fritz Schaumann, Bürgermeister Erich Püttner, Wirtschaftsstaatssekretär Franz Josef Pschierer, Franz Geiger, Präsident Fischereiverband Oberbayern, Michael Asam Bezirkstagsvizepräsident Oberbayern, Pfarrer Jürgen Nitz und Dr. Klaus Engels, Leiter Wasserkraft Uniper Kraftwerke. ❐

Wasserkraftwerk Kaufering:

Moderne Fischaufstiegs-Anlage offiziell eingeweiht

Kürzlich wurde die neue Fischaufstiegsanlage am Laufwasserkraftwerk Kaufering ihrer Bestimmung übergeben. Franz Josef Pschierer, Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie nahm die Anlage symbolisch in Betrieb.

Franz Geiger, Präsident des Fischereiverbands Oberbayern, Michael Asam, Vizepräsident des Bezirkstags Oberbayern und Erich Püttner, Bürgermeister der Gemeinde Kaufering sowie Dr. Klaus Engels, Leiter Wasserkraft Deutschland der Uniper Kraftwerke GmbH „assistierten“ beim symbolischen Knopfdruck durch den ein Absperrschütz geöffnet wurde, so dass das Lechwasser in die Fischwanderhilfe einströmen konnte und nun die Schwimmbahn für die Fische frei ist.

„Wir freuen uns, dass wir nach nur 12 Monaten Bauzeit ohne Unfälle dieses ökologisch wertvolle Projekt offiziell seiner Bestimmung übergeben können“, begrüßte Dr. Klaus Engels die zahlreichen Gäste aus Politik, Wirtschaft, Behörden und Medien.

Ambitionierte Aufgabe

„Mit der heutigen offiziellen Inbetriebnahme der Anlage hier am Kraftwerk Kaufering werden wir unserer Verantwortung für die Umwelt als großer Wasserkraftbetreiber in Bayern gerecht und leisten unseren Beitrag für die Verbesserung der ökologischen Durchgängigkeit an unseren rund 100 Kraftwerksstandorten in Bayern. Dies ist eine ambitionierte Aufgabe, für die wir in Summe einen knapp dreistelligen Millionenbetrag investieren. Diese Investitionen sind für uns eine große Herausforderung, weil es angesichts der stetig schlechter werdenden Marktbedingungen immer schwieriger wird, die dafür notwendigen Mittel zu erwirtschaften. Allein für diese Fischaufstiegsanlage haben wir 2,2 Millionen Euro und viele hundert Stunden an Arbeitszeit unserer Spezialisten aufgewandt. Sie ist, wie alle Fischaufstiegsanlagen, für diese Stelle maßgeschneidert und ein Musterbeispiel für die zeitgemäße Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie zur Herstellung eines guten ökologischen Zustandes von Gewässern“, betonte Engels .

„An unseren Kraftwerken gehen Stromerzeugung aus Wasserkraft, Gewässerökologie und Fischschutz Hand in Hand. Mit der Kauferinger Fischaufstiegsanlage wird der Lech auch an dieser Stelle für Wasserlebewesen durchgängig sein. An unseren Lechkraftwerken in Kinsau und Klein-Kinsau gibt es schon seit 1992 Fischaufstiegsanlagen. Am Kraftwerk Merching läuft die Baustelle schon bald in die Zielgerade ein, und auch am Kraftwerk Unterbergen sind bereits Vorarbeiten für den Bau einer Fischaufstiegsanlage im Gange. Für alle weiteren Kraftwerke am Lech, für die Fischaufstiegsanlagen erforderlich sind, haben wir in der Mittelfristplanung über 40 Millionen Euro eingestellt.“

Bayerns Wirtschaftsstaatssekretär Franz Josef Pschierer betonte in seiner Festansprache: „Bayern ist traditionell ein starker Standort der Wasserkraft. Mit rund einem Drittel hat sie den größten Anteil an der regenerativen Stromerzeugung. Wasserkraft ist zudem rund um die Uhr verfügbar. Sie ist somit ein entscheidender Baustein der Energiewende.“ Pschierer wies weiter darauf hin, dass für ihn der Ausgleich von Ökonomie und Ökologie ein wichtiges Anliegen sei: „Dafür sind Fischaufstiegsanlagen wie hier am Kraftwerk Kaufering ein hervorragendes Beispiel. Solche modernen Wanderhilfen für Fische verbessern den ökologischen Zustand tragen dazu bei, die vorhandenen Potenziale der Wasserkraft möglichst ökologisch zu nutzen. Das ist der Weg, den wir in Bayern gehen.“

Gemeinsame Lösungen

Franz Geiger, Präsident des Oberbayerischen Fischereiverbands, hob in seinem Grußwort die Wichtigkeit gemeinsamer Lösungen von Fischerei und Energiewirtschaft hervor: „Wir freuen uns, dass das Arbeiten für eine verbesserte Durchgängigkeit so konkrete Ergebnisse bringt. Hier am Kraftwerk Kaufering haben wir jetzt ein weiteres gutes Beispiel einer Fischaufstiegsanlage, bei der die Kombination von Natur und Technik besonders schön gelungen ist. Die Anlage ermöglicht den Fischen nicht nur, das Kraftwerk gefahrlos zu umgehen. Sie finden dabei in den umgestalteten Entwässerungsgräben auch hochattraktive neue Lebensräume vor. Besonders freuen wir uns, dass die Planungen von Uniper Kraftwerke vorsehen, weitere Kraftwerke am Lech mit Fischaufstiegsanlagen auszurüsten“.

Michael Asam, Bezirkstagsvizepräsident von Oberbayern, sprach von einem „gelungenen Beispiel für eine Verbindung aus technischen Elementen und naturnah gestalteten Gewässerabschnitten“. Erich Püttner, Bürgermeister der Gemeinde Kaufering betonte: „Der Lech war für den Ort Kaufering schon immer prägend. Seit 1975 sind es pro Jahr auch rund 80 Millionen Kilowattstunden C02-frei aus der Kraft des Lechs, die vom Kraftwerk Kaufering eingespeist werden. Dass das Kraftwerk neben seinem Beitrag zum Hochwasserschutz und Klimaschutz nun auch einen Beitrag zur Flussökologie leistet, freut uns sehr.“ ❐

Stadt Stein:

Neues Leitbild 2020

Unter dem Motto „Stein schreibt Zukunft“ hat die „Bleistift“-Stadt kürzlich ihr neues Leitbild veröffentlicht. Dieses zeigt auf, welche Ziele und Maßnahmen bis zum Jahr 2020 verfolgt werden. Die cima hat bei der Entwicklung im Rahmen des Quartiersmanagements vor Ort mitgewirkt.

Wie Erster Bürgermeister Kurt Krömer betont, sei es das Ziel bis 2020, „ein Stein zu etablieren, das die Bedürfnisse der Bewohner in jeder Hinsicht erfüllt, aber auch Besucher und potenzielle Neubürger anspricht. Stein soll als Stadt bekannt werden, in der es sich gut leben lässt.“ Die fränkische Stadt weise eine Reihe unbestreitbarer Stärken wie auch Entwicklungspotenzial auf. Die vorhandenen Stärken sollen ausgebaut und die Potenziale sinnvoll genutzt werden.

Das Leitbild konzentriert sich auf folgende Hauptthemen: Bürger und Zusammenleben, Wohnen und Arbeiten, Wirtschaft und Versorgung, Kultur, Freizeit und Tourismus. „Damit fokussieren wir uns auf die wesentlichen Gesichtspunkte der Lebensqualität und der Wirtschaftskraft, die für die positive Entwicklung des Gemeinwesens wichtig und notwendig sind“, so Krömer.

Bürger und Zusammenleben

Im Sektor „Bürger und Zusammenleben“ soll die Lebensqualität in Stein gesteigert werden. Zum einen durch eine angenehme Atmosphäre, geschaffen durch eine gesundheitsfördernde Begrünung. Zum anderen durch den Ausbau des Schul- und Bildungsangebotes.

Bei allen Planungen soll die allgemeine gesellschaftliche Entwicklung berücksichtigt werden. Neue Wohnformen wie Mehrgenerationenhäuser und Senioren-WGs sollten gefördert und geschaffen werden, zudem seien umweltfreundliche Modelle in Bebauungspläne einzubeziehen. Das ehrenamtliche Engagement sei zu fördern und öffentlich zu würdigen, das Vereinsleben finanziell und mit Werbemaßnahmen zu unterstützen und das Kulturangebot vielfältig auszubauen.

Programme mit Bürgern und für Bürger mit Migrationshintergrund sollen ebenso geschaffen werden wie ein zentrales Bürgerhaus für Vereinsnutzungen, kulturelle Veranstaltungen und Treffen verschiedenster gesellschaftlicher Gruppen. Ein weiteres Ziel ist, die Bürgerorientierung der Verwaltung weiter zu verbessern.

Wohnen und Arbeiten

Der Bereich „Wohnen und Arbeiten“ verzahnt sich mit den Zielen der eben genannten Kategorie: Künftig sollen weitere attraktive Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung geboten werden. Das Thema Work-Life-Balance ist für Arbeitgeber ebenso wichtig wie für die Stadt selbst. Denn nur, wenn Stein für den Bereich Leben und Arbeiten interessante Angebote bietet, kann es im Wettbewerb mit anderen Städten – speziell der Metropolregion – mithalten.

Dazu zählen u. a. die Ausweisung von ausreichend Baugebieten und bezahlbarem Wohnraum für Familien mit Kindern bei gleichzeitiger Erleichterung des Bauens, die Erarbeitung eines optimierten Verkehrskonzepts (z. B. um Wohngebiete weitgehend verkehrsfrei zu halten), das Gewinnen von Investoren und die Ansiedlung neuer attraktiver Betriebe sowie Dienstleistungen, die Arbeitsplätze für die Bevölkerung ohne lange Wege bieten.

Wirtschaft und Versorgung

Stichwort „Wirtschaft und Versorgung“: Für eine hohe Aufenthaltsqualität sorgt bereits jetzt die Anziehungskraft von Steins Innenstadt. Diese soll auch in anderen Bereichen erzielt werden. Zudem soll Stein als „Fair-Trade-Stadt“ etabliert werden. Auch müsse es das Ziel sein, den Einkauf bei Direktvermarktern (Bauernhöfen) in den dörflichen Stadtteilen zu fördern. In der Verwaltung soll eine zentrale Anlaufstelle „Wirtschaftsförderung“ eingerichtet werden; darüber hinaus seien Synergien mit Nürnberger Betrieben herzustellen und die flächendeckende Versorgung mit Breitbandinternet für Bürger und Gewerbe voranzutreiben.

Alle Generationen sollen sich wohlfühlen. Eine adäquate Versorgung auch für ältere Mitbürger, die oftmals viel für die Stadt Stein getan haben, sollte nicht nur gewährleistet werden, sondern beispielhaft für andere Gemeinden sein. Dazu zählt, die Dienstleistungen des Banken- und Sparkassensektors vor allem für immobile Bevölkerungsteile zu erhalten, Parkangebote in der Innenstadt zu verbessern und zu bewerben, die medizinische Versorgung mit Haus- und Fachärzten sowie Apotheken zu sichern und sinnvoll auszubauen, die Zahl der Alten- und Pflegeheime dem veränderten Bedarf anzupassen und in gleichem Maße die ambulanten Sozialdienste zu stärken.

Kultur, Freizeit und Tourismus

Mit gutem Beispiel voran gehen, Optionen und Wege aufzeigen und sich gleichzeitig durch fremde Kulturen inspirieren lassen, fällt unter die vierte Kategorie „Kultur, Freizeit und Tourismus“. Eben dieser Austausch kann im auszubauenden Städtepartnerschaftsprogramm realisiert werden. Neben der regelmäßigen Veranstaltung eines Festes der Kulturen und der Einrichtung eines Kultur-Cafés mit Klein-Events (Konzerte, Lesungen, Künstlertreffs) ist daran gedacht, sowohl ein neues Bürgerhaus für Veranstaltungen und Treffen verschiedenster gesellschaftlicher Gruppen als auch ein neues Sportzentrum zu schaffen. Ferner sind die Etablierung eines Kinos und der Ausbau an Stadtführungen geplant. Bis 2020 setzt sich die Stadt zum Ziel, die Übernachtungszahlen für Touristen und Businessreisende weiter zu steigern.

Rathauschef Krömer zufolge sollen all diese städtischen Veränderungen im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft sozial gerecht, ökologisch verträglich und ökonomisch effizient durchgeführt werden. „Nur dann handeln wir verantwortungsvoll gegenüber folgenden Generationen.“ **DK**

Neue Wanderausstellung in Bamberg gestartet:

Leben mit Demenz

Eine neue Wanderausstellung des Bayerischen Gesundheits- und Pflegeministeriums informiert seit kurzem über das Leben mit Demenz. Der erste Ausstellungsort ist Bamberg.

Bayerns Gesundheits- und Pflegeministerin Melanie Huml betonte anlässlich der Eröffnung: „Menschen mit Demenz dürfen nicht ausgegrenzt werden. Wir müssen vielmehr dafür sorgen, dass ihnen ein Leben in der Mitte unserer Gesellschaft ermöglicht wird. Die Ausstellung soll dazu beitragen, Menschen mit Demenz besser zu verstehen. Sie gibt auch Tipps zum Umgang mit Demenzkranken.“

Bayerische Demenzstrategie

Die Ministerin fügte hinzu: „Ein wichtiges Handlungsfeld der Bayerischen Demenzstrategie ist es, über die Krankheit zu informieren und das Thema aus der Tabuzone herauszuholen. Unsere neue Wanderausstellung 'Was geht. Was bleibt. Leben mit Demenz' ist Teil dieser Aufklärungsarbeit. Dabei wird den Besucherinnen und Besuchern über Alltagsgegenstände die Lebenswirklichkeit der an Demenz erkrankten Menschen nahegebracht. Nach der ersten Station hier in Bamberg wird die Ausstellung noch an vielen weiteren Orten in ganz Bayern zu sehen sein.“

Lebensqualität verbessern

Derzeit leben in Bayern etwa 220.000 Menschen mit einer Demenzerkrankung. Bis zum Jahr 2020 ist mit einem Anstieg auf circa 270.000 zu rechnen, wenn das Erkrankungsrisiko auf dem bisherigen Niveau bleibt. Bis zum Jahr 2032 würde sich demnach die Zahl der Demenzkranken sogar auf rund 340.000 erhöhen. Circa 70 Prozent der Betroffenen werden derzeit zu Hause gepflegt - die übrigen leben in Pflegeheimen, einige auch in ambulant betreuten Wohngemeinschaften.

Huml unterstrich: „Am Thema Demenz kommt in unserer alternden Gesellschaft keiner vorbei. Es handelt sich dabei um weit mehr als eine pflegerische und medizinische Herausforderung. Die Bayerische Demenzstrategie hat das Ziel, die Lebensqualität für Erkrankte und pflegende Angehörige zu verbessern sowie die Würde, Selbstbestimmung und Teilhabe in allen Phasen der Erkrankung zu erhalten.“

Zahlreiche Projekte

Die Ministerin erläuterte: „Unsere Demenzstrategie schließt bewusst alle Lebensbereiche mit ein. Wir wollen sowohl eine bedarfsgerechte Versorgung der Erkrankten sicherstellen als auch einen positiven Bewusstseinswandel in der Gesellschaft zum Thema Demenz unterstützen.“

Der Freistaat fördert im Rahmen der Bayerischen Demenzstrategie zahlreiche Projekte und Angebote. Ein Beispiel ist der Ausbau von Betreuungsangeboten für Demenzkranke, die zu Hause gepflegt werden. Ferner werden Maßnahmen zur demenzgerechten Innen- und Außenraumgestaltung von Kurzzeit-, Tages- und Nachtpflegeeinrichtungen gefördert. Für Betroffene ermöglichen diese Versorgungsformen ein möglichst langes Verbleiben in den eigenen vier Wänden - und für pflegende Angehörige bieten sie eine wichtige Entlastung. ❐

Straubing sucht den Plan B, wenn das Erdöl ausgeht

Straubing (obx) - Der „Werkzeugkasten der Natur“ soll in den nächsten Jahren dabei helfen, Deutschland vom Erdöl unabhängiger zu machen. Das hat die Bundesregierung - trotz des gegenwärtig günstigen „schwarzen Golds“ - als eine der wichtigsten Prioritäten in ihrer „Nationalen Forschungsstrategie Bioökonomie 2030“ formuliert. Das niederbayerische Straubing könnte zu einem der wichtigsten Schlüssel bei der Umsetzung dieses ambitionierten Vorhabens werden. In enger Zusammenarbeit entwickeln dort Forscher neue Wege, um nachhaltigen Rohstoffen und Technologien zum Durchbruch zu verhelfen. Investitionen von in Summe weit über 100 Millionen Euro sollen dafür sorgen, dass dem Innovationsmotor niemals der Treibstoff ausgeht.

Das niederbayerische Straubing hat eine Vision: als Hauptstadt der nachwachsenden Rohstoffe Lösungen zu entwickeln für die Zeit nach Erdöl, Erdgas sowie Kohle - und erneuerbaren Energien sowie nachhaltigen Technologien zu einem breiten Durchbruch zu verhelfen. Mehr als 50 Millionen Euro sind seit der Jahrtausendwende bereits in bundesweit einzigartige Innovations- und Wissenschaftsinseln geflossen.

Seit 2015 entsteht für 20 Millionen Euro ein hoch innovatives Forschung- und Anwendungslabor. Es soll die Entwicklung nachhaltiger Zukunftsrohstoffe noch einmal beflügeln. Bis 2019 investiert der Freistaat Bayern nochmals mehr als 40 Millionen Euro in den Neubau eines Wissenschafts- und Forschungszentrums.

Heimat für Start-ups im Biotech-Bereich

Das Kompetenzzentrum für Nachwachsende Rohstoffe in Straubing besteht aus dem Wissenschaftszentrum, dem Technologie- und Förderzentrum sowie der bayerischen Koordinierungsstelle für Nachwachsende Rohstoffe C.A.R.M.E.N. e.V. Zusätzlich ist Straubing mittlerweile Heimat für mehrere Start-ups im Biotech-Bereich. Gemeinsam treibt die Forscher eine kühne Vision an. Sie wollen Kunststoffgegenstände aus Rapsöl, Schaumstoffe aus Rasenschnitt, Kraftstoff aus Gartenabfällen entwickeln und damit Erdöl langfristig überflüssig machen. Was heute noch nach Beispielen aus einem Science-Fiction-Roman klingt, ist bereits oder könnte schon in wenigen Jahren Realität sein.

Interessante Anwendungen

Derzeit arbeiten Forscher in Straubing unter anderem an einem Kraftstoff, der nicht mehr aus Zuckerrüben oder Getreide entsteht, das in direkter Konkurrenz zu Nahrungs- und Futtermitteln steht. Stattdessen kommen Reststoffe der Landwirtschaft zum Einsatz, die sonst keine Verwendung mehr fänden - wie zum Beispiel Stroh.

Als weitere interessante Anwendung gilt „Bio-Plastik“: Brasilien produziert bereits rund 200.000 Tonnen „grünes Polyethylen“ aus Ethanol. 150.000 Tonnen Bio-Kunststoffe werden aus Zucker oder Fett fermentiert.

In enger Zusammenarbeit suchen Naturwissenschaftler und Ingenieure in Straubing auch nach Wegen, um die Industrie-Grundstoffe von morgen aus Pflanzen wie Zuckerrüben statt auf Rohölbasis herzustellen.

Eigene Fachausstellung „ökovita“ - Schaufenster für mehr Nachhaltigkeit

Straubing will den Geist der Nachhaltigkeit nicht nur in den Forschungslaboren leben, sondern auch in den Alltag der Bevölkerung integrieren. Vom 21. bis 24. April ist die niederbayerische Stadt an der Donau deshalb zum dritten Mal Schauplatz für Bayerns erste Fachausstellung für Nachhaltigkeit mit dem Namen ökovita. Dort zeigen über 120 Aussteller, wie umweltfreundliche Alternativen das Leben im Alltag verbessern und helfen können, Geld zu sparen.

Die Organisatoren von der Straubinger Ausstellungs- und Veranstaltungsgesellschaft rechnen nach dem Rekord von 13.000 Gästen im vergangenen Jahr heuer nochmals mit einer Steigerung der Besucherzahlen.

Schwerpunktthemen

Ein Schwerpunktthema der diesjährigen Ausstellung wird nach Angaben der Initiatoren von der Straubinger Ausstellungs- und Veranstaltungs-GmbH neben den Bereichen Forschung und Technik besonders der Bereich ökologisches, umweltgerechtes Bauen sein. Breiten Raum werden auch die Themen Ernährung, Gesundheit und nachhaltige Energiegewinnung einnehmen. Die Ausstellung begleitet ein hochwertiges Informations-Rahmenprogramm mit Vorträgen, Workshops und praktischen Vorführungen.

Weitere Informationen unter: www.ökovitaplus.de ❐

Regionaler Planungsverband München:

Erwerbstätigenprognose und S-Bahn-Vergabe

Die empirica ag hat eine Erwerbstätigenprognose bis 2030 für die Region München erstellt. Daraus geht hervor: „Aktuell sind in der Region München rund 1,2 Millionen Personen sozialversicherungspflichtig beschäftigt und 1,7 Millionen erwerbstätig. Bis zum Jahr 2030 rechnen wir im Trendszenario mit einem weiteren Anstieg um 284.000 Erwerbstätige oder 16 Prozent.“ Wie sich das Wachstum verteilt und in welchen Bereichen die Arbeitsnachfrage am größten ist, stellte Lorenz Thomschke von empirica auf der jüngsten Sitzung des Planungsausschusses des Regionalen Planungsverbands München (RPV) vor. Nicht minder aufschlussreich war der zweite Punkt der Tagesordnung: MVV-Geschäftsführer Alexander Freitag präsentierte neue Tarife und informierte über die Vergabe der S-Bahn München.

Lorenz Thomschke zufolge arbeiten 59 % der Erwerbstätigen in der Stadt München und 41 % im Umland. Die Region weist aktuell das stärkste Bevölkerungswachstum seit 2007, das höchste Bruttoinlandsprodukt, das höchste Pendlersaldo, das höchste verfügbare Einkommen und die niedrigste Arbeitslosenquote auf.

Arbeitsnachfrage

Ergebnisse der Arbeitsnachfrageprognose Stadt und Land hätten ergeben, dass sich die Stadt München in der jüngeren Vergangenheit stärker modernisieren konnte als das Umland. Eine relative künftige Entwicklung zwischen Stadt und Umland hänge von der Entwicklung der Arbeitsnachfrage ab. Im Trendszenario werde sich die Stadt München relativ besser entwickeln als das Umland; im Basisszenario werde das Umland aufgrund anhaltender Überschwappeffekte aufholen.

Bis zum Jahr 2030 ist laut Thomschke mit unveränderten Erwerbsquoten bis zum Jahr 2030 zu rechnen. Das implizite Erwerbseintrittsalter von Männern und Frauen bis zum Jahr 2020 werde sich reduzieren. Zudem wird ein Anstieg des impliziten Renteneintrittsalters von Männern und Frauen um jeweils 1,6 Jahre bis zum Jahr 2030 prognostiziert. Die Erwerbsquote der 25- bis 44-Jährigen steige bis zum Jahr 2020, die Differenz zwischen weiblicher und männlicher Erwerbsquote werde in allen Altersklassen kohortenspezifisch halbiert.

Fazit: „Bäume können in den Himmel wachsen, aber: Mögliche Wachstumshemmnisse sind in einem fehlenden Arbeitsangebot zu vermuten.“ Thomschke zufolge sollte das politische Augenmerk auf der Arbeitsangebotsseite liegen. Es gelte, (Fach-) Arbeitskräfte in die Region zu holen bzw. sie von Abwanderung abzuhalten. Darüber hinaus müssten Erwerbsquoten, vor allem von Älteren und Frauen, erhöht und Flüchtlinge integriert werden.

Hohe Nutzerquote

„Der MVV ist bei vielen Kennzahlen (noch) an der Spitze deutscher Verbünde“, betonte Geschäftsführer Alexander Freitag. Mit mehr als 700 Millionen Fahrgästen in 2015 weise er mit die höchste ÖPNV-Nutzerquote im Vergleich der großen deutschen Ballungsräume auf. Da sich Erfolg ohne Reformen (nicht nur beim Tarif) mittelfristig aber nicht fortschreiben lässt, hätten die MVV–Gesellschafter vergangenes Jahr verbindliche Rahmenbedingungen für eine Tarifstrukturreform definiert. Ziel sei das modernste Tarifsystem Europas. Auf dieser Basis hätten alle Verbundpartner, sprich Aufgabenträger und Verbundverkehrsunternehmen mit Tarifinteresse, gemeinsam ein Lastenheft für eine Machbarkeitsstudie abgestimmt.

Nachdem die Machbarkeitsstudie europaweit ausgeschrieben worden sei, habe man in dem Wettbewerbsverfahren bereits im Januar 2016 den Zuschlag an die Bietergemeinschaft „civity intraplan“ erteilt. Ergebnisse sollen innerhalb der kommenden zehn Monate vorliegen. Parallel laufen die Arbeiten zu einem Dachtarif für die gesamte Metropolregion München.

Komplexes Netz

Nach Freitags Worten fallen mit über 800.000 Fahrten an einem durchschnittlichen Werktag über 60 % des bayernweiten werktäglichen Fahrgastaufkommens im SPNV allein auf die S-Bahn München. Die Zuständigkeit für die Vergabe liegt beim Freistaat (Innenministerium) und der Bayerischen Eisenbahngesellschaft. Die BEG bestellt bayernweit insgesamt 121 Mio. Zugkilometer, wovon auf die S-Bahn München rund 20 Mio. Zugkilometer entfallen. Der aktuelle Verkehrsdurchführungsvertrag zwischen der BEG und DB–Regio endet bezüglich der S-Bahn München am 31.12.2017. Deshalb muss die zuständige BEG die Verkehrsleistung bereits ab Januar 2018 neu vergeben. Der Freistaat Bayern setzt laut Freitag weiterhin konsequent auf Wettbewerb im SPNV. „Die Neuvergabe der S-Bahn München ist die bisherige größte Herausforderung bei einer SPNV-Vergabe in Bayern.“ Besonders hob Freitag den Umstand hervor, dass die S-Bahn München das größte und komplexeste Schienennahverkehrsnetz in Bayern (und Deutschland) aufweist. Durch die Stammstreckenbelastung, die enge Taktung der Linien, die teilweise eingleisigen Strecken und die Mischverkehre bestünden betriebliche Restriktionen, wie es sie sonst nirgends in Europa gibt.

Übergangsvertrag

Ein sog. Dreistufenkonzept stelle einen geeigneten Lösungsansatz dar. Während Stufe 1 den Abschluss eines zweijährigen Übergangsvertrages für die Jahre 2018 und 2019 auf Basis des bestehenden Verkehrsdurchführungsvertrages vorsieht, soll in Stufe 2 der Abschluss eines ersten Münchner S-Bahnvertrages erfolgen. Mit diesem Vertrag erfolgt die Neuvergabe der Leistung für ca. zwölf Jahre. In den Zeitraum dieses Vertrages fallen der Bau der 2. Stammstrecke und weiterer Infrastrukturmaßnahmen sowie der vollkommene Ersatz der bisherigen Fahrzeugflotte durch Neufahrzeuge und die Erweiterung der Fahrzeugflotte. Von der Konzeption der Fahrzeuge bis zur Alltagstauglichkeit dauert es sechs bis acht Jahre. Der Finanzmittelbedarf für Investitionen liegt bei über zwei Milliarden Euro. Stufe 3 schließlich beinhaltet den Abschluss eines zweiten Münchner S-Bahnvertrages für voraussichtlich wiederum zwölf Jahre und damit verbunden eine Vergabe in voraussichtlich mehreren Teillosen.

Dreistufenkonzept

Wie der Geschäftsführer abschließend bemerkte, kann als genereller Vorteil und Chance des „Dreistufenkonzeptes“ die Balance zwischen verkehrspolitischer Gestaltung und betriebswirtschaftlichem unternehmerischem Handeln zugunsten der Verkehrspolitik neu justiert werden. Das S-Bahn-System sei nur durch das abgestimmte und präzise Zusammenwirken von Infrastruktur, Fahrzeug und Fahrplan, d. h. vor allem durch die Beherrschung der vielfältigen Prozesse und Schnittstellen, stabil und anforderungsgerecht zu betreiben. Es werde die notwendige Zeit gewonnen, um ein Fahrzeugkonzept zu erarbeiten, die Ergänzung der Flotte umzusetzen und die vorgesehenen Infrastrukturmaßnahmen bei der Vergabe hinreichend zu berücksichtigen.

Freitag: „Die notwendige Aufrechterhaltung der betrieblichen Stabilität wird durch das Dreistufenkonzept am ehesten gewährleistet. Die bisher vorliegenden Erfahrungen bei der Ausschreibung großer S-Bahnsysteme in Deutschland (Hamburg, Berlin–Ringbahn, Stuttgart) zeigen, dass ein stufenweises Vorgehen die Wettbewerbselemente am besten zur Geltung bringen kann.“ **DK**

Lernen braucht Zeit

20. Dialog Strukturwandel zum Thema „Migration – Integration – Bildung“ in Bamberg

Jüngst fand der 20. Dialog „Strukturwandel in Oberfranken“ der Entwicklungsagentur Oberfranken Offensiv e.V. zum Thema „Migration – Integration - Bildung“ in der Agentur für Arbeit in Bamberg statt. Ziel der Dialogreihe ist es, auf aktuelle Themen und ihre Bedeutung für Oberfranken aufmerksam zu machen, konkret und praxisnah zu diskutieren und dabei eine Art „Drehscheibe“ für Informationen und Handlungsansätzen in der Region zu sein.

Mit dem Thema „Migration – Integration – Bildung“ nahm die Entwicklungsagentur ein hochaktuelles Thema auf. „Die Zahl der Menschen, die vor Krieg und Verfolgung fliehen, war laut UNO-Flüchtlingshilfswerk noch nie so hoch wie heute“, erläuterte Staatsministerin Melanie Huml, Vorsitzende von Oberfranken Offensiv e.V. „Ende 2014 waren knapp 60 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht. Bis Ende 2015 waren mehr als eine Million Flüchtlinge in Deutschland registriert worden, allein in Oberfranken wurden 7.383 Asylanträge gestellt. Dass wir bei der Integration auf einem guten Weg sind, beweisen die heutigen Vorträge.“ Im Rahmen der Veranstaltung wurde die Situation in Oberfranken aus unterschiedlichen Perspektiven betrachtet und Integrationsansätze vorgestellt.

Einführend stellt die Präsidentin des Landesamts für Statistik, Marion Frisch, die Migrationsbewegungen in Bayern und Oberfranken sowie die Prognosen für die kommenden Jahre vor. Der Vortrag skizzierte die Datengrundlage auf der die Erfahrungsberichte zur Migration und zu Integrationsprojekten in Oberfranken und die anschließende Diskussion aufbauten.

Die Integration der Asylbewerber betrachtet Dr. Klemens Brosig, Leiter des Bereichs Schule in der Regierung von Oberfranken, als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die Regierung von Oberfranken stelle sich dieser Herausforderung und halte unterschiedliche schulische Angebote zur Sprachentwicklung und Berufsfindung schulpflichtiger Kinder und Jugendlicher vor. „Die beste Grundlage für eine gelungene Integration ist Bildung“, betonte Dr. Klemens Brosig. „Vor allem die Lehrkräfte an Grund-, Mittel- und Berufsschulen setzen sich mit pädagogischem Geschick und großem Engagement für eine gelingende gesellschaftliche Eingliederung ein.“

Eine schulische und berufliche Bildung als Basis für eine erfolgreiche Integration – der Aussage pflichtete auch Brigitte Glos, Geschäftsführerin der Agentur für Arbeit Bamberg-Coburg, bei. Sie betonte aber auch, dass „Lernprozesse ihre Zeit brauchten“. Die nachhaltigste Form der Integration sei die Integration in Arbeit. „Um ihre Angehörigen mit versorgen zu können, drängen aber viele Asylsuchende zunächst nur in den Arbeitsmarkt für Ungelernte. Ein Bewusstsein, dass Nachhaltigkeit durch Lernen und Ausbildung entsteht, fehlt häufig noch“, so Brigitte Glos. Deshalb habe die Agentur für Arbeit viele spezielle Maßnahmen für Flüchtlingen eingerichtet, so z.B. den „Bayern Turbo“, das „IdA 1000“ oder „Perspektiven für Flüchtlinge“.

Eine solche Maßnahme stellte auch Thomas Koller, Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer für Oberfranken, vor. Gemeinsam mit der Agentur für Arbeit, den Industrie- und Handelskammern in Bayreuth und Coburg und den oberfränkischen Landkreisen und kreisfreien Städten wurden Vereinbarungen unterzeichnet, in denen sich die Ausländerbehörden verpflichten, während einer Ausbildung eine Duldung auszusprechen und eine befristete Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis zu erteilen, sofern eine Beschäftigung im erlernten Beruf aufgenommen wird. „Die Integration von jugendlichen Asylbewerbern in berufliche Ausbildung ist uns ein ganz besonderes Anliegen“, führte Thomas Koller aus. „Dies kann aber nicht einfach so gelingen. Neben fundierten Sprachkenntnissen ist Betreuung ganz wichtig. Sowohl die jugendlichen Asylbewerber brauchen eine gezielte Begleitung als auch für die ausbildungswilligen Betriebe empfiehlt sich eine besondere Hilfestellung.“

Vor allen diesen Hilfestellungen und Maßnahmen stehen aber ganz existentielle Anforderungen, die erfüllt werden müssen: Wohnraum, Kindergarten- und Schulplätze, Rahmenbedingung für die Schaffung von Arbeitsplätzen. Dies könnten nur die Kommunen vor Ort leisten, es koste aber auch Geld und Kraft. Daher forderte Egon Herrmann als Vorsitzender des Bayerischen Gemeindestags Bezirksverband Oberfranken finanzielle und strukturelle Unterstützung von der Bundes- wie von der Landespolitik: „Die Menschen bleiben nur dort wohnen, wo sie auch entsprechende Arbeit finden. Die Großstädte werden diese große Herausforderung allein nicht schaffen“. Flüchtlinge seien eine Chance für den ländlichen Raum. Herrmann appellierte daher auch an die kommunale Solidarität. Alle Gemeinden sollten im Rahmen ihrer Möglichkeiten Flüchtlinge aufnehmen, „Wegducken“ gelte nicht. ❐

Altlastensymposium 2016

Veranstaltung von GAB und altlastenforum BW am 22. und 23. Juni 2016 in Neu-Ulm

Die Gesellschaft zur Altlastensanierung in Bayern mbH (GAB) und das altlastenforum Baden-Württemberg e. V. veranstalten am 22. und 23. Juni 2016 im Edwin-Scharff-Haus in Neu-Ulm erneut ein gemeinsames Altlastensymposium. Die Kooperation macht es möglich, die laufenden Aktivitäten in Baden-Württemberg und Bayern in einem aktuellen Themenangebot zusammenzuführen.

An zwei Tagen werden aktuelle Entwicklungen zu rechtlichen und fachlichen Grundlagen der Altlastenbearbeitung erläutert, innovative Erkundungs- und Sanierungsverfahren präsentiert und Beispiele von erfolgreichem Flächenrecycling vorgestellt. Ein weiterer Themenschwerpunkt ist die Altlastensanierung in der Praxis.

Fachexkursion

Außerdem wird das Programm durch eine Fachexkursion zum Bahnprojekt Stuttgart-Ulm mit der Besichtigung von zwei Baustellen und dem Besucherzentrum abgerundet.

Das Altlastensymposium 2016 führt als Plattform für den interdisziplinären Informations- und Erfahrungsaustausch Entscheidungsträger und Fachleute aus der wirtschaftlichen, kommunalen und regionalen Praxis, Sanierungspflichtige sowie Akteure aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Forschung aus Bayern und Baden-Württemberg zusammen.

Das Tagungsprogramm und das Anmeldeformular kann auf den Internetseiten der GAB unter www.altlasten-bayern.de abgerufen werden. Wie in den Vorjahren wird die Gelegenheit geboten, im Rahmen des Symposiums auch Unternehmen oder Behörden zu präsentieren.

Weitere Informationen unter: gab@altlasten-bayern.de ❐

Bürgerentscheid in Cadolzburg:

70 Prozent gegen die Straßenplanung

„Nein zu dieser Ortsumfahrung!“ Das haben jüngst die Cadolzburger bei einem Bürgerentscheid mit 70:30 Prozent klargestellt. Die Wahlbeteiligung: 69 Prozent.

Die Frage auf den Stimmzetteln hieß: „Soll das Staatliche Bauamt die Planung zur Ortsumgehung Cadolzburg weiterführen (Vorzugsvariante Ost 1 mit Kreisverkehr im Süden).“ Dafür waren nur 1.849 Bürger, 4.236 Stimmberechtigte sagten „Nein“.

Deutliches Ergebnis

Bernd Obst, 1. Bürgermeister (CSU/FWG) hatte das Ergebnis nach eigenem Bekunden fast in dieser Höhe vorausgesehen: „Ich persönlich kann damit leben, denn nun hat der oberste Souverän, der Bürger, entschieden.“

Für Dieter Flohr, einer der Sprecher der Bürgerinitiative „Umgehung umgehen“, war es dagegen „ein unerwartet deutliches Ergebnis. Nun werden wir alles dafür tun, dass die Marktgemeinde die von uns vorgeschlagenen Maßnahmen in Angriff nimmt.“

Uneinigkeit quer durch die Bevölkerung

Über mehrere Jahre hatte sich der Streit hochgeschaukelt. Die Befürworter – viele davon direkt an der Hauptstraße von den fast zwanzigtausend Autos täglich genervt – versprachen sich eine Beruhigung des Ortskerns. Die Gegner argumentierten: Trotz Umgehung bliebe der Großteil des nach Gutachten hausgemachten Verkehrs im Ort erhalten. Stattdessen würde die Umgehung nur näher an Bürgern mehrerer Ortsteile vorbeiführen und außerdem massiv in die Natur eingreifen.

Dieser Riss quer durch die Bevölkerung hatte sich bereits in der vom Bauamt organisierten „Projektwerkstatt“ abgezeichnet. Und auch die Politik war uneins: Während sich vor allem SPD und Grüne frühzeitig offen gegen die Umgehung positioniert hatten, hielt sich die Gemeinschaft CSU/FWG zu Fragen der Umgehungsplanung der Behörde bedeckt.

Damit der Urnengang gültig war, mussten sich knapp 2.000 Cadolzburger für ein „Ja“ oder „Nein“ entscheiden. Dass dieses Quorum erfüllt werden würde, war schon am frühen Nachmittag abzusehen, auch dank 1.300 Briefwählern. **WRA**

BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern
Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle
Redaktion:
Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Jakob Döring
Telefon 08171 / 9307-11
Ständige Mitarbeiter:
Lutz Roßmann (Landtag)
Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)
Jörg Kunstmann (KPV)
Peter Müller
Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Anzeigen- und Vertrieb:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-13
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 50 vom 01.01.2016
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan
Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10
Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich (mit zwei Doppelausgaben)
Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,-- zzgl. MWSt.
Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag
Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 805 14
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de
Bankverbindungen:
Kreis- und Stadtsparkasse Dillingen
IBAN: DE38 7225 1520 0010 0215 66
BIC BYLADEM1DLG
VR Bank Kaufbeuren-Ostallgäu eG
IBAN: DE96 7346 0046 0000 1443 20
BIC: GENODEF1KFB
Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH, Geschäftsführerinnen:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Niederbayerischer Städtetag:

Mobilisierung aller Mittel und Kräfte

Das Thema Flüchtlinge und sozialer Wohnungsbau stand im Vordergrund der niederbayerischen Bezirksversammlung des Bayerischen Städtetags in Osterhofen. Dabei forderte der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Nürnbergs Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly dazu auf, „alle Mittel und Kräfte zu mobilisieren, um die Wohnungsnot zu lindern".

„Wohnen muss bezahlbar sein – das ist die Basis für ein gedeihliches Miteinander der Stadtgesellschaft. Bezahlbare Wohnungen sind allerdings Mangelware, die Wartelisten sind lang", erläuterte Maly. In diesem Zusammenhang ist der Wohnungspakt Bayern, der 28.000 neue staatlich finanzierte oder geförderte Mietwohnungen bis 2019 schaffen will, für den Städtetagsvorsitzenden ein wichtiger Schritt.

Stärkere Impulse nötig

Der Bayerische Städtetag mahnt weitere stärkere Impulse für den Wohnungsbau an. Die Bundesbauministerin hat eine Verdoppelung der Kompensationszahlungen im sozialen Wohnungsbau auf zwei Milliarden Euro angekündigt. Maly: „Der Bund bewegt sich in die richtige Richtung. Aber es ist fraglich, ob diese Mittel genügen, um den Bedarf zu decken. Und der Freistaat darf sich nicht darauf beschränken, Bundesmittel weiter zu reichen. Bund und Freistaat stehen beide weiter in der Pflicht."

Können sich Bürger nicht selbst am Wohnungsmarkt versorgen, drohe Obdachlosigkeit. Letztlich fällt das Problem der Wohnungssuchenden auf die kommunale Ebene. Maly: „Nachdem ein Asylbewerber anerkannt ist, muss er aus der Gemeinschaftsunterkunft ziehen und braucht eine Wohnung. Das trifft dann Städte und Gemeinden - die Aufgabe bleibt aber eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung. Die Unterbringung von hunderttausenden Flüchtlingen ist eine Sondersituation: Der Freistaat darf die Kommunen nicht im Stich lassen. Die Wohnungsnot darf nicht allein auf die Schultern der Städte und Gemeinden geladen werden."

Ghettobildung

Programme zur Wohnbauförderung dürften sich nicht auf einzelne Personengruppen beschränken, denn dies berge die Gefahr von Ghettobildung. Stabile Quartiere funktionierten mit einer Mischung aller gesellschaftlichen Schichten. Dafür sei ein geordneter Städtebau nötig.

Maly zufolge gibt es in vielen Städten kaum mehr freie Flächen. Der Bund müsse deshalb prüfen, ob die Auflagen zum Lärmschutz noch zeitgemäß sind, um Wohnraum etwa an Sportplätzen schaffen zu können. Zu prüfen sei außerdem, ob so mancher Standard - so wichtig er aus Sicht von Naturschutz oder Energieeinsparung sein mag - zumindest vorübergehend ausgesetzt oder gesenkt werden kann. Die Verfahren müssten beschleunigt werden, um rasch Wohnungen bauen zu können. Letztlich gelte es, alles, was an geeigneten Flächen vorhanden ist, für den Wohnungsbau zu mobilisieren.

Jenseits aller aktuellen Debatten um die Aufnahme von Flüchtlingen und Asylbewerbern bleibe eine Herausforderung zentral: „Die Menschen, die zu uns gekommen sind und länger bleiben, müssen integriert werden. Dies ist eine anspruchsvolle Aufgabe für uns alle: Integration verlangt Anstrengungen von den Menschen, die sich in unsere Gesellschaft mit unseren bewährten Freiheitsrechten, unseren Werten von Demokratie, Religionsfreiheit und Gleichberechtigung einfügen. Und: Integration ist anstrengend für die aufnehmende Gesellschaft."

Die Europäische Union und der Bund müssten Perspektiven zur baldigen Reduzierung der Zuwanderung aufzeigen. Die Möglichkeiten der Kommunen seien begrenzt, sie seien an vielen Orten in Bayern nahezu überschritten. „Neben den Problemen bei der Erstaufnahme müssen wir die langfristige Integration in den Blick nehmen, denn das entscheidet über das Zusammenleben in unseren Städten. Wir müssen die aufnehmende Bürgerschaft mit der gleichen Aufmerksamkeit und Zuneigung behandeln wie die Flüchtlinge. Bei allen Schritten zur Integration – Wohnen, Kinderbetreuung, Schule, Berufsbildung – dürfen keine Konkurrenzen zwischen Einheimischen und Flüchtlingen wachsen", warnte der Städtetagschef.

Integrationsinstanz

Für Kinder und Jugendliche seien Kitas und Schulen die erste Integrationsinstanz. Kommunen müssten zur Schaffung von zusätzlichen Kindertagesplätzen mehr Mittel erhalten; bei den Schulen sei der Freistaat zusammen mit den Kommunen gefordert. Es entstünden Kosten für Jugendsozialarbeit, Schulsozialarbeit, Sprachkurse, Integrationsangebote und Berufsbildung – alles das koste Geld für die Kommunen und bedeute einen zusätzlichen Personalaufwand in Kindertagesstätten, Schulen, Jugendämtern und Sozialämtern.

Wie Maly unterstrich, schlügen Personalkosten für Jobcenter, Kosten der Unterkunft und Hartz IV-Leistungen für anerkannte Flüchtlinge und Asylbewerber auf die kommunalen Kassen durch. Der Bund müsse die Kommunen entlasten, sonst drohten langfristige Risiken für kommunale Haushalte. Integrationskosten dürften nicht kommunalisiert werden – etwa die Grundsicherung für Arbeitsuchende und die Kosten der Unterkunft.

Der Freistaat sei bislang nicht bereit, die Jugendhilfekosten für junge Volljährige zu übernehmen, die als unbegleitete minderjährige Flüchtlinge nach Bayern gekommen sind. Auch sei er nicht gewillt, die gesamten Verwaltungskosten entsprechend der Belastungen zu erstatten. Maly: „Bei der Betreuung von unbegleiteten jungen Flüchtlingen dürfen die Kommunen nicht auf den Kosten sitzen bleiben."

Ehrenamtliche koordinieren

Der Vorsitzende erwähnte einen weiteren Aspekt: „Ohne das Engagement von Freiwilligen und Ehrenamtlichen könnte das Land die Herausforderungen nicht bewältigen. Ehrenamtliches Engagement benötigt Anleitung und Koordination, hier sind die Kommunen in Vorleistung getreten: Nun ist die Unterstützung der Kommunen durch den Freistaat und die Weiterleitung von Bundesmitteln nötig, um die Angebote aufrecht zu erhalten."

Dass jedes Verbandsmitglied möglichst volle Haushaltskassen aus eigenem Handeln erwirken will, darauf machte Passaus Oberbürgermeister Jürgen Dupper, Bezirksvorsitzender der kreisfreien Mitglieder, aufmerksam. Hierfür sei jedoch eine gute Infrastruktur Grundvoraussetzung.

Nach den Worten von Deggendorfs Oberbürgermeister Christian Moser, Bezirksvorsitzender des Städtetags für die Kreiskommunen, fordern die Kommunen den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur in der Aufsteigerregion Niederbayern. Sie plädierten für den sechsspurigen Ausbau der Autobahn A3, den zweigleisigen Ausbau der Bahnstrecke Landshut-Plattling und den dreispurigen Ausbau der B20.

Die Gastgeberin der Bezirksversammlung, Osterhofens Bürgermeisterin Liane Sedlmeier, verwies auf Probleme gerade von Flächengemeinden und kleinerer Städte wie beispielsweise den Breitbandausbau. Die Kommunen beteiligten sich an den Kosten des Hochwasserschutzes, „doch wir brauchen die Luft zum Atmen", meinte die Rathauschefin. **DK**

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Es ist ein Elend – ich bin schon wieder so dick geworden. Ich muss mir dringend ein Nudge geben, um abzunehmen." Mein Chef, der Bürgermeister, hat sich die letzten Tage so sehr mit Nudging-Strategien im öffentlichen Raum befasst, dass er das schöne deutsche Wort Anreiz scheinbar vergessen hat.

Lassen wir mal die linguistische Frage beiseite, ob man sich einen Nudge geben kann oder ob man eher einen Nugde braucht, denn eigentlich geht Nudging ja davon aus, dass auf das Individuum von außen druck- und sanktionsfrei eingewirkt wird, damit es sich in einem definierten Rahmen verhält, der von denen, die das Nudging anwenden, für vernünftig gehalten wird. In diesem Sinne gibt es bei uns in der Stadtverwaltung Nudging seit langem (auch wenn wir erst seit Kurzem wissen, dass man es so nennt). So wurde in der

Anreize und Verbote

Kantine das Süßzeug von der Kasse verbannt und so platziert, dass man den Plunder (natürlich ist das Teilchen gemeint), den Schokoriegel und den Fruchtgummi gezielt suchen muss, da er nicht mehr ins Auge fällt. Bückware nannte man das früher. Gut sicht- und erreichbar sind Obst und Knabbereien aus Nüssen, die sich wohl deshalb besser verkaufen.

Damit nicht genug sind unsere Drucker standardmäßig so eingestellt, dass sie doppelseitig einfarbig drucken und nicht heften. Ab 25 Seiten Druckauftrag wird auch automatisch die Seite verkleinert und zwei Seiten auf ein Blatt gedruckt. Das soll Papier und farbigen Toner sparen, denn wenn man schöne lesbare Ausdrucke, einseitig und farbig will, darf man nicht einfach auf das Start-Knöpfen des Druckers tippen, sondern muss umständlich mordsmäßig in den Druckeinstellungen rumfuhrwerken. Macht man nur im Notfall. Die männlichen Leser werden zudem sicher das Urinal kennen, auf dem eine Fliege aufgemalt ist. Auch das ist Nudging pur, denn der Benutzer wird damit unterbewusst animiert, das Blasengut gezielt auf die Fliege zu richten und damit mittiger zu zielen. Denn den Sponti-Spruch „Geh näher ran, er ist kürzer als Du denkst", kann man in einer Szenekneipe, aber nicht auf einer Amtstoilette aufhängen.

Damit ist Nudging so etwas wie das freundlich-anspornende Gesicht des paternalistischen Staates, der meint, alles besser zu wissen als seine unvernünftigen Bürgerinnen und Bürger.

Die hässliche Fratze zeigt dagegen die Verbiete-Kultur, die wir Deutschen so lieben. Veggie-Day in der Kantine, damit wir gesund essen. Die blaue Plakette für Dieselfahrzeuge, damit wir mehr Benzinfresser mit Ottomotoren kaufen. Gebot von Schockfotos auf Zigarettenpackungen, damit wir weniger rauchen. Verbot von nackter Haut in der Werbung, damit wir …, ja warum eigentlich? Ich persönlich bin auch nicht von der Verbindung zwischen der lasziven Darstellung von Frauen und Produkten überzeugt. Wenngleich der Pirelli-Kalender jedes Jahr wieder Kult ist und das Grundkonzept viele Nachahmer gefunden hat, die ein bisschen Haut zum Beispiel für einen guten Zweck zeigen. Aber warum soll man das alles jetzt gleich verbieten?

Sollte es tatsächlich so sein, wie es in seriösen Medien hieß, dass damit in Reaktion auf die Übergriffe in Köln in der Silvesternacht ein „modernes Geschlechterbild" gezeigt werden soll? Doch eher viktorianisch, denn die Reglementierung der Länge der Röcke der Frauen durch Polizeiverordnung (keine Knöchel, keine Waden zeigen!) gehört in die Zeit um die vorletzte Jahrhundertwende. Gut, Zuwanderer aus archaisch geprägten Gesellschaften mögen sich über Dessous-Werbung wundern, aber man sollte ihnen dann halt vermitteln, dass man nur den BH und nicht die Frau kaufen kann. Und am Allerwichtigsten: Man muss gar nichts kaufen, wenn einem diese Art der Werbung nicht gefällt. Ebenso wenig wie man die photogeshopten Zombies auf den Plakaten der Partnervermittler heiraten muss. Stichwort: Freie Marktwirtschaft.

Mein Chef, der Bürgermeister, hat andere Sorgen – sein Gewicht. Vielleicht kommt mir deshalb beim Thema Moral in der Werbung ein Satz des gewichtigen Wiener Denkers Helmut Qualtinger in den Sinn: „Moralische Entrüstung ist der Heiligenschein der Scheinheiligen."

Ihre Sabrina

Oberlandesgericht München:

ÖPNV-Direktvergabe in Augsburg war rechtmäßig

Das OLG München hat mit Beschluss vom 31.3.2016 (Az. Verg 14/15) die Direktvergabe des öffentlichen Personenbeförderungsauftrags der Stadt Augsburg an das eigene kommunale Verkehrsunternehmen für rechtmäßig erklärt. Die auf das Infrastrukturrecht ausgerichtete Kanzlei Becker Büttner Held (BBH) begleitete sowohl die Direktvergabe als auch das kommunale Verkehrsunternehmen vor Gericht.

Nachdem die Stadt Augsburg eine Direktvergabe von öffentlichen Busverkehrsleistungen an die AVG Augsburger Verkehrsgesellschaft mbH (AVG) europaweit vorangekündigt hatte, stellte ein privater Verkehrsunternehmer bei der Genehmigungsbehörde einen so genannten eigenwirtschaftlichen Verkehrsantrag – ohne Erfolg.

Vergaberecht

Zugleich griff der Antragsteller die Vergabe der Stadt Augsburg über den Vergaberechtsweg an: Eine Direktvergabe sei im deutschen Recht per se nicht zulässig und verletze darüber hinaus private Verkehrsunternehmer in ihren Grundrechten; im Übrigen lägen die Voraussetzungen für eine Direktvergabe an die eigene Beteiligungsgesellschaft nicht vor. Diese Argumente überzeugten weder die Vergabekammer Südbayern (Beschl. v. 07.10.2015, Az.: Z3-3-3194-1-36-05/15) noch das OLG München.

Grundsätzliche Bedeutung

Einer Kommune steht es frei, ihren ÖPNV mit eigenen Beteiligungsgesellschaften zu organisieren, so entschied das Oberlandesgericht. Private Verkehrsunternehmen können außerhalb tatsächlich eigenwirtschaftlicher Angebote keinen Wettbewerb bei der Auftragsvergabe erzwingen . Der Beschluss hat damit über den Einzelfall hinaus grundsätzliche Bedeutung für alle öffentlichen Verkehrsunternehmen im Marktzugangsverfahren nach VO (EG) Nr. 1370/2007 und PBefG.

BBH hatte die Vorbereitung der Direktvergabe einschließlich der Erteilung des öffentlichen Dienstleistungsauftrags an die Augsburger Verkehrsgesellschaft mbH seit dem Jahr 2005 begleitet und vertrat die AVG auch in dem aktuellen Vergaberechtstreit als Beigeladene.

Eindeutig zulässig

„Ausschreibungsfreie Direktvergaben öffentlicher Dienstleistungsaufträge an kommunaleigene Verkehrsunternehmen sind nach EU-Recht und nach deutschem Recht zulässig. Eindeutiger als in § 8a Abs. 3 PBefG konnte der deutsche Gesetzgeber die Zulässigkeit von Direktvergaben nicht formulieren", kommentiert Rechtsanwalt und BBH-Partner Dr. Christian Jung den Beschluss. „Mit seiner Grundsatzentscheidung hat das OLG München dies noch einmal eindeutig bekräftigt."

Zusätzliche Hintergrundinformationen über den Beschluss des OLG München stellt die Kanzlei BBH auf ihrer Website zur Verfügung.
Weitere Informationen unter: www.bbh-online.de ❐

Tag des Tourismus im Landkreis Passau:

Daheim unterwegs

Auch beim diesjährigen „Tag des Tourismus" mit dem Motto „daheim unterwegs" haben Stadt und Landkreis Passau laut Landrat Franz Meyer „nachhaltig zum Bewusstsein beigetragen, dass unsere Region voller Attraktionen ist, die auch Einheimische entdecken oder wieder entdecken sollten".

So konnte beispielsweise das Naturerlebniszentrum Haus am Strom in Jochenstein/Untergriesbach für nur 2 Euro pro Person besucht werden. „Natur aktiv erleben" lautet die Devise dieses ganz im Zeichen von Wasser und Natur stehenden Zentrums am Donaukraftwerk. So ist hier Europas einziger Wasserfahrstuhl im Einsatz und zeigt anschaulich, wie man Natur und Technik verbinden kann.

Granitzentrum

In Hauzenberg war das Granitzentrum mit erweiterter Ausstellung kostenlos zu besichtigen. Es zeigt die Möglichkeiten der Verwendung von regionalem Naturstein auf. Im Vordergrund stehen Qualität, Ästhetik, sichere und wartungsarme Nutzung sowie der ökologische Gedanke zur Vermeidung von Treibhausgas durch kurze Transportwege.

Multimedia-Präsentationen

Im neuen Raum des Granitzentrums konnten die Besucher in spannenden, multimedialen Präsentationen den ständigen Kreislauf der Gesteine, den Fundort der Mineralien sowie die Flora und Fauna in den vergangenen Jahrmillionen betrachten.

„Graphiteum"

Vor kurzem erst wurde das neue Industriemuseum „Graphiteum" als perfekte Ergänzung zum Graphit Besucherbergwerk in Kropfmühl für Besucher eröffnet. Das Museum mit 420 Quadratmetern Ausstellungsfläche gestaltet sich als Rundgang, wobei der Abbau, die Vielseitigkeit des Produkts Graphit und die wissenschaftlichen Zusammenhänge erklärt wurden.

Interessante Geschichte

Das Museum ist kein herkömmliches Museum, es ist ein Raum, der Arbeitswelt und Industrie atmet, wovon drei große Industriemaschinen, eine alte hohe Schaltwand und viele interessante Geschichten rund um das Thema Graphit Zeugnis geben.

„Drei Schätze"

Wie Landrat Meyer erläuterte, stellten sich die drei genannten Einrichtungen erstmals im Verbund als „Drei Schätze" vor. „Diesen Marketing-Verbund dieser drei wichtigen Einrichtungen haben wir auf den Weg gebracht, um damit das Passauer Land noch attraktiver zu machen – für Gäste und Einheimische!" **DK**

Start ins neue Karpfenjahr

Karpfenbesatz in Mittelfranken mit viel Prominenz

Hirschneuses in Mittelfranken. „Franken, Karpfen und Wein sind untrennbar miteinander verbunden“, so Staatsminister Dr. Markus Söder beim offiziellen Start für den Karpfenbesatz 2016 durch den Verband Bayerischer Berufsfischer (VBB), den Fischerzeugerring Mittelfranken und der Teichgenossenschaft Fürth.

In einer launigen Rede fand er eine Gemeinsamkeit der Karpfen mit den Franken an sich, nämlich die auch nach außen dargestellte Gelassenheit. Schirmherr Söder: „Franken bekennen sich auch beim Essen zu ihren Traditionen und Eigenheiten“, und angesichts immer neuer Speisenkreationen komme man hier automatisch immer wieder zu Fränkischem zurück, wo es „zwar nicht das gesündeste, aber das beste Essen der Welt gibt“.

„Wir wissen halt, was gut ist“, meinte auch der Vizepräsident des VBB, der ehemalige Landtagsabgeordnete Günter Gabsteiger aus Cadolzburg. Gerade angesichts der „größten Feinde der Karpfen“, er nannte Kormorane, Reiher und Biber, sei die Unterstützung durch die Politik weiterhin notwendig. Gabsteiger fungiere als Organisator, Moderator und damit und „auch als bewährter Zeremonienmeister“, meinte Staatsminister Dr. Söder. Er erinnerte auch daran, dass er in seiner Zeit als Umweltminister den Abschuss von Kormoranen begrenzt zugelassen habe. Der Schutz der Vögel auf der einen Seite und Nutzen für die Menschen sowie Ertrag der Fischerei auf der anderen müsse in einem angemessenen und vernünftigen Verhältnis gesehen werden.

Kombination Karpfen und Wein: Ein echtes Traumpaar

„Ein gutes Karpfenjahr“ wünschte auch Albert Deß. Der bayerische VBB-Präsident sagte in seiner Eigenschaft als Abgeordneter im Europäischen Parlament die Fortführung der Hilfe aus Brüssel zu. „Möge angesichts vieler Feinde der größte Teil der eingesetzten Karpfen auch wieder zum Verzehr herauskommen“. Unterstützung bekommen die Fischererzeuger auch künftig vom Bezirkstag. „Die Zuschüsse sind sicher“, meinte Mit-Schirmherr Bezirkstagspräsident Richard Bartsch und nannte die Kombination Karpfen und Wein ein „echtes Traumpaar“. Und so wünschte sich auch Bezirksrat Marco Kistner als Vorsitzender der Teichgenossenschaft Fürth, dass es in den Monaten mit „R“ wieder genügend Karpfen geben möge. Bei der Gelegenheit wurde daran erinnert, dass es auch andere „Verzehrmonate“ gibt, zum Beispiel für die Lebkuchen und den Spargel.

Musikalisch umrahmt von den Jagdhornbläsern der Kreisgruppe Fürth mit dem Hubertusmarsch und dem Fürther Jägergruß konnte Gabsteiger aus einer ellenlangen Liste von Ehrengästen Repräsentanten aus Politik, Wirtschaft, Landwirtschaft und Verwaltung begrüßen. Unter anderem wurden genannt die Landtagsabgeordneten Petra Guttenberger und Hans Herold, Vize-Polizeipräsident Roman Fertinger, der ehemalige Landtagsabgeordnete und Präsident des Fischereiverbandes Mittelfranken, Friedrich Loscher-Frühwald, die Zweite Bürgermeisterin Claudia Wust der gastgebenden Marktgemeinde Neuhof a.d. Zenn, die Bezirksräte Michael Maderer, Marco Kistner, Ernst Schuster und Bezirksbäuerin Christine Reitelshöfer.

Ferner trugen zum abwechslungsreichen und ansprechenden Rahmenprogramm bei: Die Fränkische Weinkönigin Christina Schneider, die Karpfenkönigin Kathrin Uano, Dekan André Hermany aus Cadolzburg sowie die Vizevorsitzende des Deutschen Falknerordens, Elisabeth Leix. Und mit der bulgarischen Generalkonsulin Antoaneta Baycheva sowie dem Generalkonsul der russischen Föderation, Sergey Pavlovitsch Ganzha, konnte Gabsteiger auch ausländische Gäste begrüßen.

Bevor es zum eigentlichen Besatz ging, segnete Dekan Hermany die junge Brut und bat auch bei der Aufzucht darum, das Gottvertrauen nicht zu vergessen. Während anderswo Wasser in den Wein geschüttet wird, war das in Hirschneuses umgekehrt: Dekan Hermany weihte den Besatz, assistiert von Weinkönigin Christina, mit einem guten Schuss Silvaner. Fachleute versicherten aber, dass das kein neues Rezept für „Karpfen blau“ sei. **pmw**

Beim offiziellen Karpfenbesatz (v. l.): Bezirkstagspräsident Richard Bartsch, Weinkönigin Christina Schneider, Karpfenkönigin Katrin Uano, MdL Hans Herold, MdEP Albert Deß, Günter Gabsteiger, Staatsminister Dr. Markus Söder, Fürths Landrat Matthias Dießl und Bezirksrat Marco Kistner.

Vorschau auf GZ 9

In unserer Ausgabe Nr. 9, die am 06. Mai 2016 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- **Kommunalfinanzen**
- **Wasser · Abwasser · Gewässerschutz**
- **Kommunale Baupolitik**
- **Garten- und Landschaftsbau · Grünanlagen**
- **Gestaltung öffentlicher Räume**
- **Kommunalfahrzeuge**

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe der Bayerischen GemeindeZeitung liegt eine Beilage der LfA Förderbank Bayern bei. Wir bitten um freundliche Beachtung.

LIEFERANTEN-NACHWEIS GZ

Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Inserieren bringt Erfolg!
www.gemeindezeitung.de

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
WWW.FAHNEN-KOCH.DE
FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
96406 COBURG
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Ankauf / Briefmarken

Briefmarken-Ankauf
auch **Münzen**, Briefe, Ansichtskarten
Briefmarkenauktionshaus Schulz
Frauentorgraben 73 - 90443 Nürnberg
Telefon: 0911 / 2 40 68 70

Bau

ERLUS AG
Hauptstraße 106
D-84088 Neufahrn/NB
T 08773 18-0
F 08773 18-113
www.erlus.com
ERLUS
Qualität aus Deutschland

Energieeinsparung in Luft- und Klimaanlagen

Für Ihre Lüftungsanlagen: Multifunktionale Wärme- / Kälterückgewinnungstechnik

Die multifunktionale Rückgewinnungstechnik von SEW® reduziert die Heiz-, Kälte- und Rückkühlleistungen und in Folge:

- **kleinere Heizkessel**
- **kleinere Kältemaschine**
- **Wegfall von Rückkühlwerken**

Damit bezahlt sich die SEW®-Energieeinspartechnik bereits von selbst und Energie wird auf Jahrzehnte eingespart!

Fordern Sie unsere kostenlose Werksberatung an oder besichtigen Sie eine Musteranlage in Ihrer Nähe: Tel.: 02152/91560

SEW® GmbH
47906 Kempen
info@sew-kempen.de
www.sew-kempen.de
SEW® seit 1983

Gebäudedienstleistungen

Ihr zuverlässiger Partner für die Gebäudereinigung

seit 1910

Prior & Peußner Gebäudedienstleistungen

Für Sie vor Ort:
86356 Neusäß ▪ 90427 Nürnberg

www.pp-service.com

Gewerbebau

Laumer Bautechnik GmbH
Bahnhofstr. 8
84323 Massing
Tel.: 08724/88-0 Fax: 88-500

Maschinenhallen . Wertstoffhöfe . Technikräume
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung

www.laumer.de . info@laumer.de

Fahrradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

Fahnenmaste + Fahnen

HELA-MAST GmbH
Fahnenmaste, Fahnen, Lichtmaste, Leuchten, Flutlichtanlagen, Fahrradständer, Abfallsammler
HELA-MAST GmbH · Postfach 10 11 55 · 57202 Kreuztal
Telefon: 02732/7687-0 · Telefax: 02732/7687-10
E-Mail: info@hela-mast.de · Internet: www.hela-mast.de

Fahnen/Fahnenmasten

FAHNEN KOCH COBURG
WWW.FAHNEN-KOCH.DE
FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
96406 COBURG
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Komfortlüftungssysteme mit Wärmerückgewinnung

LTM® KOMFORTLÜFTUNGSSYSTEME
LTM GmbH
Eberhardtstr. 60 | 89073 Ulm
Tel. 0731 - 40 98 67 - 0
info@ltm-ulm.de
www.ltm-ulm.de

Kommunalfahrzeuge

Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.

Henne-Unimog GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de
Beutlhauser-Bassewitz GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.bassewitz.de
Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com
Carl Beutlhauser Kommunal- und Agrartechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beutlhauser.de
Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg-Lengfeld, www.kurt-herold.de
KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Wissen was für bayerische Kommunen wichtig ist:

Ihr ABO der BAYERISCHE GemeindeZeitung
www.gemeindezeitung.de

- im Einzelabo für 81,43 € und
- ab 10 Zeitungen im Sammelabo für
  - 28,89 € (Lieferung an eine Adresse) oder
  - 40,93 € (Lieferung mit Einzelversand)

Auf Wunsch jeweils als Kombination print/ePaper

Kindergarteneinrichtungen

eibe
Produktion + Vertrieb GmbH & Co. KG
Industriestraße 1 | D-97285 Röttingen
Tel. 093 3889-0 | Fax 093 3889-199
E-Mail eibe@eibe.de | www.eibe.net

Schacht-Ausrüstungen

Schachtabdeckungen, Schachtleitern Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme
Hailo
Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger · Fax: (02773)821218
Telefon: (02773)821256 · www.hailo-professional.de

Spiel-, Sportgeräte + Skateanlagen

eibe
Produktion + Vertrieb GmbH & Co. KG
Industriestraße 1 | D-97285 Röttingen
Tel. 093 3889-0 | Fax 093 3889-199
E-Mail eibe@eibe.de | www.eibe.net

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:
CONSTANZE VON HASSEL
Telefon 08171.9307-13
hassel.constanze@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:
THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER
☎ 05326 / 502-0
Wartehallen

38685 Langelsheim • www.langer-georg.de
Ein Gesellschafter der ELANCIA AG

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:
www.twitter.com/gz_aktuell
www.facebook.com/GZaktuell

Wohnheimeinrichtungen

Wir sind die WOHNHEIM-Ausstattungs-Spezialisten

STAHLROHR-ETAGENBETTEN
SCHAUMSTOFF-MATRATZEN
STAHLKLEIDERSCHRÄNKE

Infos unter www.bockorny.de - oder Katalog anfordern

bockorny bettet gut
70734 FELLBACH
Hintere Str. 31 – 35
Tel. 07 11 / 58 26 69
Fax 07 11 / 58 26 68

DIE LFA FÖRDERBANK BAYERN – PARTNER DER WIRTSCHAFT UND KOMMUNEN

LfA MAGAZIN

MENSCHEN UNTERNEHMEN PROJEKTE

FRÜHJAHR // SOMMER · 2016

EIGENKAPITAL-FINANZIERUNG
WIE SIE ERFOLGE ENTWICKELN

Gefühlte Großstadt
Die Geschäftsidee des Regensburger Sternekochs Anton Schmaus

INHALT

Mann mit Erfolgsrezept
Michelin-Stern, „Aufsteiger des Jahres" bei Gault&Millau: Mit dem „Storstad" kocht sich Anton Schmaus (u.) unter die deutschen Top-Adressen

04 Gefühlte Großstadt
Die BayBG gehört zum Investorenkreis des Regensburger Restaurants „Storstad"

07 Die Revolution der Simulation
Fünf Jungunternehmer aus München erobern mit ihrer Software SimScale den Markt für technische Simulationen

08 Mit Eigenkapital zum Erfolg
So hilft Ihnen die LfA-Gruppe

IMPRESSUM

Print kompensiert

Herausgeber LfA Förderbank Bayern, Königinstraße 17, 80539 München
Verantwortlich Anita Dehne, Michael Muhsal **Internet** www.lfa.de
Verlag storyboard GmbH, Kaiserplatz 8, 80803 München **Leiter der Verlagsredaktion** Stefan Ruzas
Redaktion Marlene Irausek **Gestaltung** Love Tina Adu, Thomas Saible, Carmen Safdari (Prakt.)
Lektorat Lektorat Süd, Gisela Haberer-Faye **Druck** Aumüller Druck GmbH & Co. KG, Regensburg

Wenn Sie unser LfA Magazin nicht mehr erhalten möchten, können Sie bei uns der Verwendung Ihrer Daten für Werbezwecke widersprechen. Teilen Sie uns dies bitte per E-Mail oder per Post unter Beifügung Ihrer Adressen mit: LfA Förderbank Bayern, Unternehmenskommunikation, Königinstraße 17, 80539 München, E-Mail: magazin@lfa.de. Die hier verwendeten Adressen stammen aus unserem Bestand sowie öffentlichen Quellen (NIKU Media AG, Bramenstrasse 5, CH-8184 Bachenbülach, E-Mail: shop@niku.ch).

FSC MIX Papier aus verantwortungsvollen Quellen FSC® C017373

09 „Geld ist kein Selbstzweck"
Bayerns Wirtschaftsministerin Ilse Aigner über Wachstum, Innovationen und Arbeitsplätze

10 Gib Gummi!
Zu Besuch beim Reifenservice Dorn in Altusried

12 Meldungen
Charta der Vielfalt | Förderbilanz 2015 | Förderkredite Handwerk | Wechsel im LfA-Vorstand | Kunstkalender | 20 Jahre Bayern Kapital

14 Service
Wie die LfA bei Krisen unterstützt | Verbessertes Angebot „Universalkredit Innovativ"

15 Wir sind die LfA
Beteiligungsmanagerin Dr. Alexandra Brandner | Förderberaterin Sandra Grunwald

Fotos: *PR (3), Conny Mirbach, Cover: PR/Storstad*

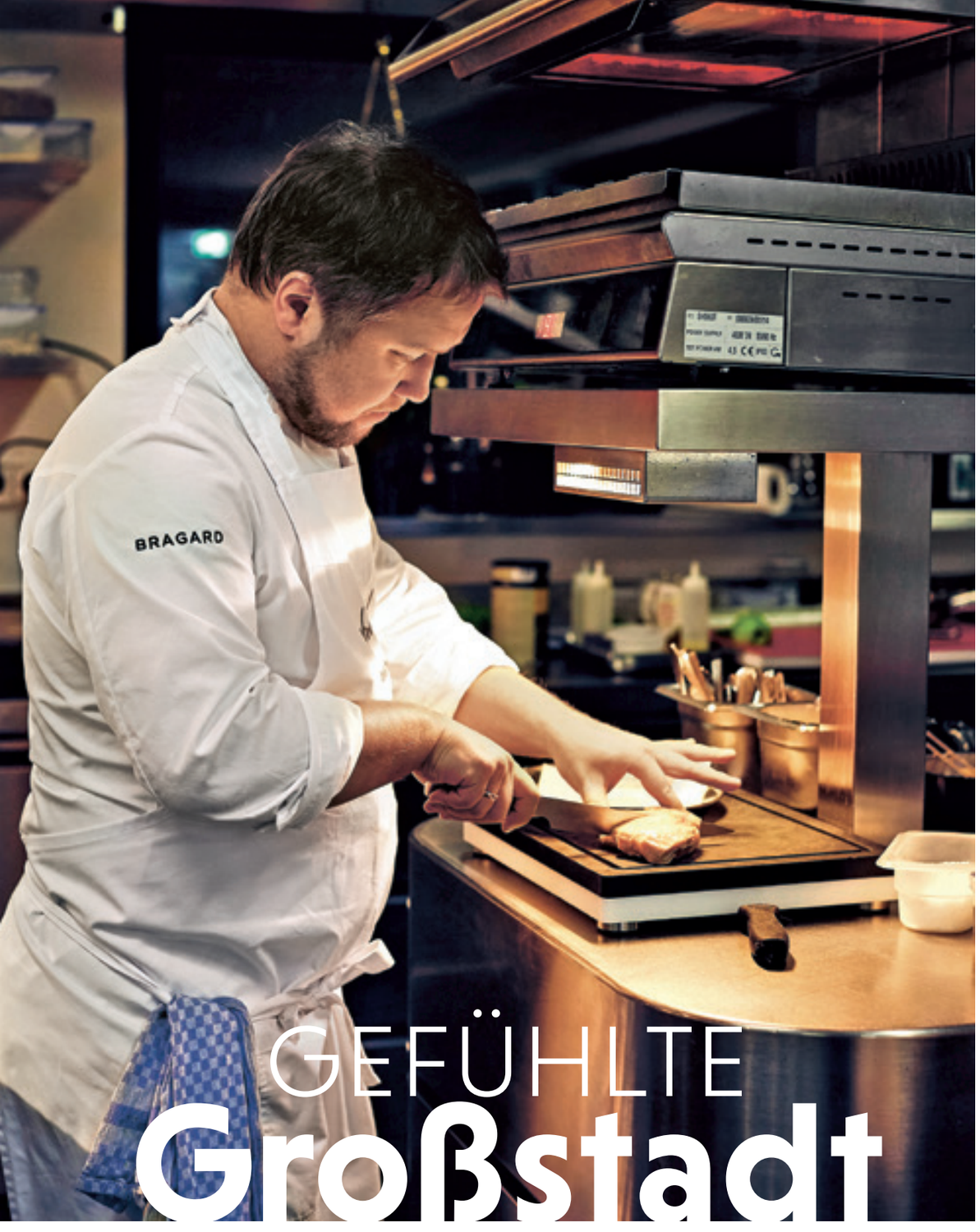
Liebe Leserin, lieber Leser,

Innovationen entstehen aus Ideen, die erfolgreich umgesetzt werden. Wenn eine Finanzierung über Geschäftsbanken allein nicht möglich ist, hilft die LfA-Gruppe – auch mit Eigenkapital. Unser Auftrag als Spezialbank ist die regionale Wirtschaftsförderung, für die wir uns seit mittlerweile 65 Jahren einsetzen. Dabei greifen wir Zukunftsthemen auf und richten unsere Aktivitäten am Finanzierungsbedarf des Mittelstands aus. Mittelständische Unternehmen sind zunehmend gefordert, ihre Geschäfts- und Arbeitsprozesse zu digitalisieren. Dazu unterstützen wir die Strategie „Bayern Digital", mit der Bayern Leitregion für den digitalen Aufbruch werden soll, und führen in diesem Jahr eine entsprechende Darlehensförderung ein. So investieren wir in die Arbeitsplätze von morgen und schaffen soziale Sicherheit für die kommenden Generationen. Denn als Kreditinstitut des Freistaats ist Bayerns Zukunft unsere Motivation.

Auch bei unserem Magazin haben wir einige Neuerungen umgesetzt. Ab diesem Jahr erhalten Sie das LfA Magazin zweimal jährlich. Im Fokus steht nach wie vor ein Schwerpunkt-Thema, in dieser Ausgabe die **Eigenkapitalfinanzierung.** Mit den wichtigsten Informationen zu dieser Unternehmensfinanzierung geben wir einen ersten Überblick. Wie sie in der Praxis aussehen kann, zeigen unsere Unternehmensporträts, neu unterteilt in die drei Rubriken **Menschen, Projekte** und **Unternehmen.** Den Anfang macht Anton Schmaus, Ausnahmekoch und Besitzer des Sternelokals „Storstad" in Regensburg.

Ich hoffe, dass Ihnen unser neues Design gefällt, und wünsche Ihnen viel Spaß bei der Lektüre.

Dr. Otto Beierl
Vorstandsvorsitzender LfA Förderbank Bayern



GEFÜHLTE Großstadt

DIE ERFOLGSGESCHICHTE DES **ANTON SCHMAUS** IST EIN GENUSS. WAS NICHT NUR DARAN LIEGT, DASS DER STERNEKOCH IN REGENSBURG DAS RESTAURANT „STORSTAD" BETREIBT

FOTOS CONNY MIRBACH **TEXT** STEFAN RUZAS

Manchmal geht er mit seiner Frau ins Restaurant, wenn es eigentlich geschlossen und wirklich niemand da ist. Sonntags oder montags also. Bei schönem Wetter setzen sie sich mit einer Flasche Wein auf die Terrasse der Bar, schauen über die Dächer der Altstadt von Regensburg und lauschen dem Gewusel der Stadt, fünf Stockwerke tiefer.

Reduziertes Design, herrliches Panorama, perfekt für die kleine Alltagsflucht: Hier ist sein Lieblingsort. Einer, den es so vorher gar nicht gab. Einer, den Anton Schmaus geschaffen hat. Einer, an dem er sich selbst wohlfühlt. „Das ist mir gelungen", sagt Schmaus und strahlt.

Dem 34-jährigen Koch, geboren im niederbayerischen Regen, gelingt zurzeit ziemlich viel. Um nicht zu sagen: alles. Ein Stern im Guide Michelin, Aufsteiger des Jahres bei Gault&Millau, unter den Top-100-Adressen im legendären Hornstein-Ranking, mehr als 4.400 Fans bei Facebook, Auftritte im Bayerischen Fernsehen und am Wochenende Vorlaufzeiten von bis zu einem Monat, um bei ihm essen zu dürfen.

Dabei hat er sein Restaurant „Storstad" in den Räumen des ehemaligen Restaurants „David" im Regensburger Goliathhaus doch erst im Juni 2014 eröffnet. Den Namen hat er bewusst gewählt. Er kommt aus dem Schwedischen und bedeutet in der Übersetzung schlicht: „Großstadt". Und das passt.

„Die Idee war von Anfang an etwas mit Großstadt-Gefühl", erzählt Schmaus im Gespräch mit dem *LfA Magazin*. „Weil mein Einzugsgebiet ohnehin bis nach München und Nürnberg geht, wollte ich was mit Aussagekraft für ganz Deutschland." Schließlich gebe es „viele sehr gute Köche, aber nicht jeder hat das Glück, eine so geile Location zu haben wie ich".

Mutig, ehrgeizig, uneitel und geradeaus, so ist der Schmaus. In der Sprache und allem anderen.

Seinen Mitarbeitern zum Beispiel bietet er Kommunikationstraining und Yoga an und mittags, bevor die ersten Gäste kommen, allen ein gemeinsames, selbst gekochtes Essen. „Ein Mitarbeiter ist für mich einer, der mit mir arbeitet und sich einbringt", sagt er. „Und da müssen wir auch als Branche hin. Weg von den Hierarchien und diesen patriarchalischen Chefs." Fast 20 sind es, die mit Schmaus arbeiten, davon allein zwölf Köche, von denen fünf Auszubildende sind. Bei der Arbeit ist der Ton in der Küche ruhig statt rau. Ruft Schmaus am Zubereitungstresen aus Edelstahl „Schwein-Karotte auf 15" oder „Suppen für 10 aufnehmen", kommt auffallend häufig noch ein „Bitte" dazu. Von seinen Kollegen schallt ein kurzes „Jawoll!" zurück. Mehr braucht es nicht.

Und genauso geradeaus haben er und seine schwedische Frau Anna auch das Innere ihres ungewöhnlichen Lokals gestaltet. Das Holz an den Wänden stammt teils von alten Fischerhütten. Die Leinen-Tischläufer sind ungebügelt, damit es laut Schmaus „nicht zu geschleckt »

Klare Linien
Die skandinavisch-moderne Einrichtung des „Storstad" und die Zubereitung seiner Speisen zeigen, wie Sternekoch Schmaus denkt: „Die Dinge bloß nicht zu hoch hängen."

ist“, und die Speisekarten aus einfachem Karton. Sie sollen bald gegen Karten aus Betonfurnier getauscht werden. Und dann ist da natürlich noch diese lange Graffiti-Wand gleich am Eingang, für den Sternekoch der Inbegriff einer Großstadt. „Das ist entstanden, weil ich wollte, dass die Bar ein autarker Bereich ist. Die Wand war nach dem Umbau unverputzt, und ich habe mir einen Sprayer gesucht “, erzählt Schmaus, und aus seinem Schmunzeln wird ein Lachen, als er hinterherschiebt: „Der Architekt ist ausgerastet, aber ich wollte das so, eine Wand als lebendigen Kontrast.“ Mittlerweile findet sich eine gespiegelte Fortsetzung der Graffitis sogar im Treppenhaus wieder, direkt vor den Aufzügen im Erdgeschoss.

„OHNE DIESE STABILEN PARTNER WÄRE ES NICHT GEGANGEN“

Sieben Jahre ist es her, dass er sich selbstständig gemacht hat, der Spross einer Gastronomen-Familie, die nun schon in 13. Generation in Viechtach ein Hotel mit Restaurant führt. Vorher hat Schmaus in der Schweiz gearbeitet, in New York und natürlich in Schweden, seiner zweiten Heimat.

2009, mit gerade mal 27 Jahren, übernahm er in Regensburg zunächst das „Historische Eck“ und wurde innerhalb von nur zwei Jahren zum Sternekoch. Schon damals unterstützte ihn die LfA Förderbank Bayern gemeinsam mit seiner Hausbank durch einen Förderkredit.

Am „Historischen Eck“, mit gerade mal 30 Plätzen drinnen und keinem draußen, war er schnell am Limit. Also stellte er sich die alles entscheidende Frage: „Raus aus der Selbstständigkeit oder Weiterentwicklung mit einem Benchmark-Restaurant? Richtig oder gar nicht?“ Weil er eben so denkt, der Schmaus.

Und weil seine Gedanken auch überzeugen, schaute er sich genau an, welche Finanzpartner wirklich Vertrauen in sein 10-Jahres-Konzept für das „Storstad“ hatten, um den Umbau zu begleiten. So hat die Bayerische Beteiligungsgesellschaft (BayBG), ein Unternehmen der LfA-Gruppe, das Projekt mit frischem Eigenkapital unterstützt.

„Ohne diese stabilen Partner wäre es nicht gegangen“, sagt Schmaus heute. „Wir haben allen bewiesen, dass es funktioniert und wirtschaftlich gut gemacht ist.“

Von seinen Konzepten, die er am liebsten in seiner knappen Freizeit am iPad entwirft, von weiteren Restaurants und anderen Geschäftsideen, mit denen er sich noch „austoben und ausprobieren“ will, erzählt er nur vorsichtig: „Erst mal geht es darum, dass das Lokal hier

Autarker Raum Die Bar mit der Graffiti-Wand (im Hintergrund) wollte Schmaus so, nicht anders. Sein Lokal ist Dienstag bis Samstag geöffnet. Das Menü kostet mittags 35 Euro und abends 99 Euro

als Taktgeber auf einer soliden Basis steht.“ Deswegen überlegt er weiter voller Eifer, wie er „Prozesse optimieren“ kann, um die bis zu 70 glücklichen Gäste in seinem „Storstad“ noch glücklicher zu machen. Wie die veganen Kochkurse aussehen, die er anbietet, und die Plakate für das Barseminar „Betreutes Trinken“ mit seinem Barchef Sebastian Dorner.

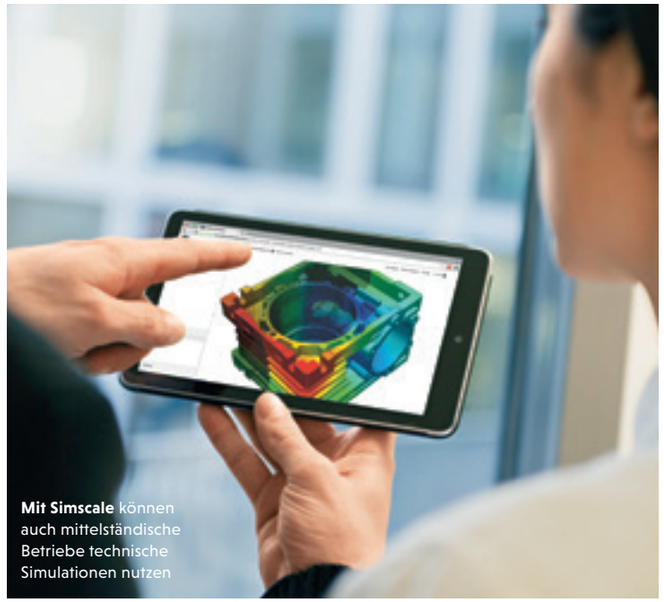
Vor allem anderen aber kocht er mit äußerster Leidenschaft umwerfende Speisen – wie seinen Schwertfisch mit Granatapfel, Radicchio und Kartoffel zum Beispiel. Über sein Erfolgsrezept sagt Schmaus: „Wir haben uns rausgezogen aus dem klassischen Sterneerlebnis und seinen Traditionen. Bei uns gibt es keine Fressorgien mit zwölf Gängen, fünf Gänge reichen auch.“ ⊡

FAKTEN

Finanzierung: Kapitalbeteiligung der BayBG
Gründungsjahr 2014
Standort Regensburg **Geschäftsfeld** Gastronomie
Mitarbeiter 20 ↳ *www.storstad.de*

Die Revolution der **SIMULATION**

SimScale aus München entwickelt und vertreibt eine Software für technische Simulationen, die vollkommen webbasiert ist



Mit Simscale können auch mittelständische Betriebe technische Simulationen nutzen

Foto: *PR*

Da sind diese Carbon-Felgen für den Radsport. Möglichst leicht und windschnittig müssen sie sein, die Entwürfe von Tokyowheel. Die Firma aus Japan entwickelt und produziert die Modelle für Triathleten und Rennradfahrer.

Hilfe holen sich die Rädermacher von SimScale aus München. Via Internet. Die Newcomer haben eine Plattform entwickelt, die gerade den Markt der technischen Simulationen revolutioniert.

Was früher den Großen der Luft- und Raumfahrt oder Konzernen der Automobilindustrie vorbehalten war, nutzen mittlerweile nämlich

„SIMSCALE ÖFFNET DIE METHODE DER SIMULATION EINEM BREITEN ANWENDERKREIS“

auch mittelständische Betriebe – von Ingenieurbüros über Hersteller von Lampen oder Ventilen bis zu einer Firma, die Kindersitze produziert. Mehr als 50.000 Kunden setzen die Software, die auch aufwändige 3-D-Simulationen rechnen kann, bereits ein.

„Klassische Simulationsprogramme und die dafür notwendige Hardware waren bislang sehr teuer und die Benutzung wirklich nur was für Kenner“, erzählt David Heiny, einer der fünf Gründer. „SimScale überwindet genau diese technischen und finanziellen Hürden und öffnet die Methode der Simulation einem breiten Anwenderkreis.“

Entwickelt haben Heiny und seine Partner Anatol Dammer, Vincenz Dölle, Alexander Fischer und Johannes Probst die Idee während des Studiums an der TU München.

„Egal, ob Akustik, Thermodynamik oder Strömungsmechanik: Wir wollten die digitale Produktanalyse unbedingt auf Internet- und Cloud-Basis anbieten, was auch sehr gut ankommt“, erläutert Heiny. Um die Funktionalität von SimScale kennenzulernen, bieten die Jungunternehmer sogar die Möglichkeit, die Software zunächst kostenlos zu testen. Vorausgesetzt, der Interessent ist bereit, seine Testmodelle auf der Plattform öffentlich im Community-Bereich zu zeigen, die dort, genau wie bei Facebook & Co., „geliked“ und geteilt werden können. Mittlerweile arbeiten bei der Firma im Münchner Stadtteil Moosach rund 30 Mitarbeiter an dem zukunftsträchtigen Produkt, auch aus Ländern wie China, Pakistan, Ecuador, Schweden und den USA.

Das Kapital für die Weiterentwicklung holten sich die digitalen Pioniere durch eine Frühphasenfinanzierung eines Konsortiums, bestehend aus mehreren Business Angels, dem Venture-Capital-Investor Earlybird, High-Tech-Gründerfonds und der LfA-Tochter Bayern Kapital. ⊡

FAKTEN

Finanzierung: Kapitalbeteiligung durch Business Angels, Earlybird, Gründerfonds und Bayern Kapital
Gründungsjahr 2012
Standort München
Geschäftsfeld Software
Mitarbeiter 30 ↳ *www.simscale.com*

MIT EIGENKAPITAL ZUM ERFOLG

WAS IST DAS ÜBERHAUPT? Ein wichtiges Finanzierungsinstrument in jeder Phase eines Unternehmens. Seine Möglichkeiten sind je nach Phase unterschiedlich. Geeignet ist die Eigenkapitalfinanzierung generell für alle Branchen, besonders aber für schnell wachsende Unternehmen.

Welche Phasen gibt es denn?

01 Existenzgründung

02 Frühphase (Seed, Start-up-, First-Stage)

03 Innovation

04 Wachstum

05 Turnaround-Situation

06 Unternehmensnachfolge

Woher kommt das Eigenkapital?

A **Außenfinanzierung**
Einlagen durch Gründer, Fonds, Unternehmensfamilie, Beteiligungsgesellschaften

B **Innenfinanzierung**
Verzicht auf Gewinnausschüttung

Welche Möglichkeiten hat die LfA Förderbank Bayern?

Bayern Kapital
Die auf Frühphasenfinanzierung spezialisierte Bayern Kapital ist eine 100-Prozent-Tochter der LfA.
↳ *bayernkapital.de*

European Business Angel Fund
Business Angels, die gemeinsam mit dem EIF und der LfA investieren.

Mezzanine Dachfonds für Deutschland
Ein virtueller Dachfonds, in den LfA, EIF, Bundeswirtschaftsministerium und NRW.Bank investieren.

LfA-EIF-VC Fazilität
Ein virtueller Dachfonds, in den LfA und European Investment Fund (EIF) zu jeweils 50 Prozent investieren.

Beteiligung LfA
Im Rahmen von Co-Investments übernimmt die LfA auf Einladung von Beteiligungsgesellschaften auch selbst Anteile.
↳ *lfa.de*

Beteiligung BayBG
Die Bayerische Beteiligungsgesellschaft (BayBG), ein Unternehmen der LfA-Gruppe, ist ein Universalanbieter.
↳ *baybg.de*

WAS GENAU SIND DIE VORTEILE?

Unternehmen haben in der Frühphase meist keinen Zugang zu Krediten.

Auch bei etablierten Unternehmen wirkt sich eine höhere Eigenkapitalquote positiv auf die Kreditwürdigkeit aus.

WORAUF MUSS ICH BEI DER PLANUNG ACHTEN?

- **Große Sorgfalt** auf die Auswahl des richtigen Partners legen
- **Genaue Informationen** über die Art der Beteiligung einholen (Mitspracherechte/Absicht des Investors/Konditionen)
- **Nicht überstürzt handeln,** sondern eine langfristige Zusammenarbeit und die eigenen Ziele im Blick haben
- Die eigenen Ziele müssen sich von Anfang an **im Beteiligungsvertrag wiederfinden**
- Schon bei den Vertragsverhandlungen **über Exit-Szenarien** und die daraus resultierenden Konsequenzen **nachdenken**
- Bei einem Beteiligungsvertrag muss klar geregelt werden, wie man sich **gegebenenfalls wieder voneinander trennt**

Foto: *Christian Brecheis*, Infografik: *2issue*

ILSE AIGNER

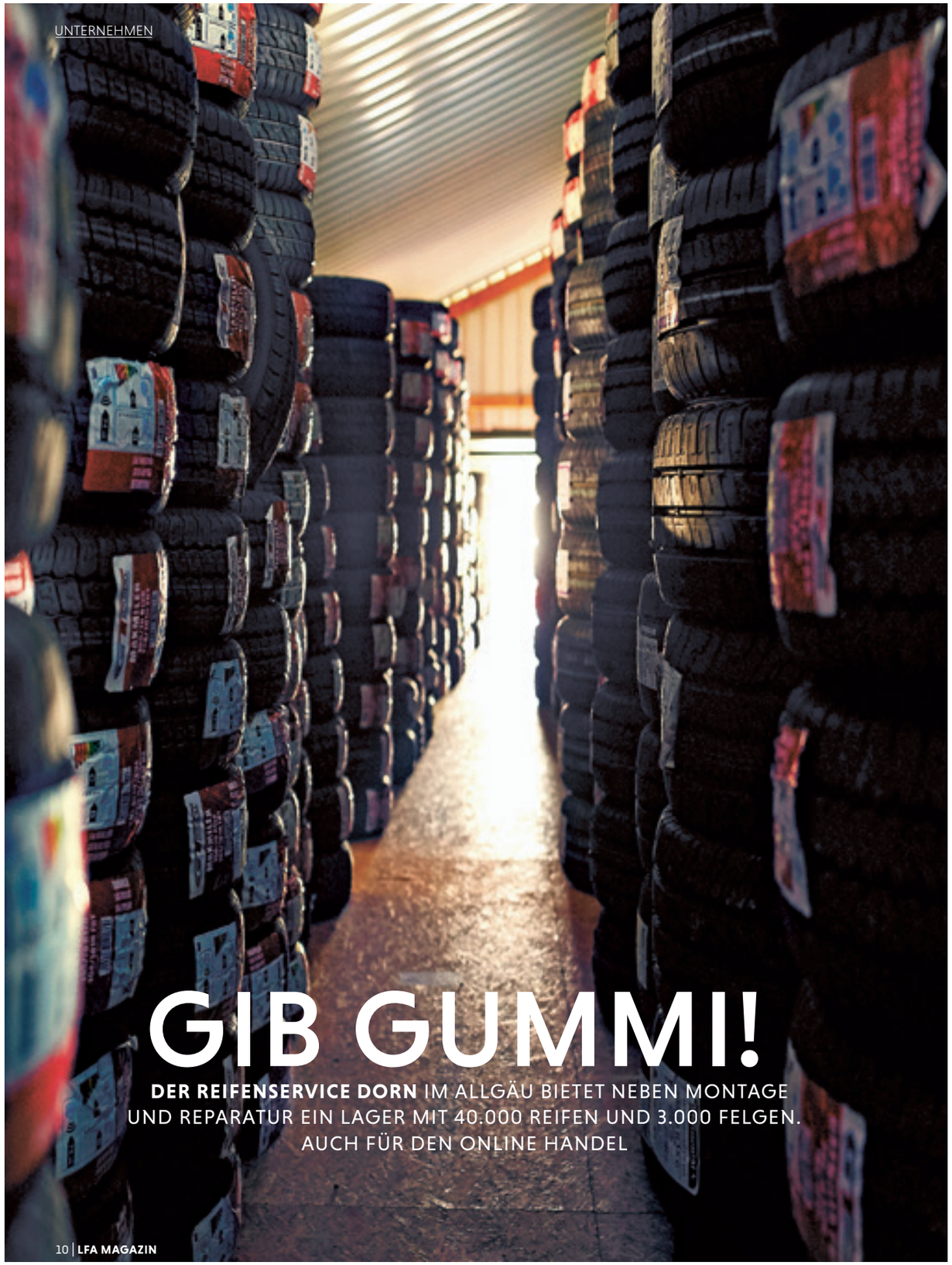
Bayerische Wirtschaftsministerin und Vorsitzende des LfA-Verwaltungsrates

„Geld ist kein Selbstzweck“

Dreht sich denn wirklich alles nur ums Geld? Als Wirtschaftsministerin würde ich das so formulieren: Ja, aber Geld ist kein Selbstzweck, sondern Voraussetzung für Wachstum, für Innovationen und für neue Arbeitsplätze. Für unsere Unternehmen ist die Kapitalbeschaffung existenziell: So liegt es auf der Hand, dass ein Betrieb bei seiner Gründung Kapital benötigt. Aber auch für ein Start-up, das wachsen, sowie eine Firma, die zukunftsfähig bleiben will, erhöht sich der Finanzbedarf. Deshalb ist es wichtig, das Finanzierungsangebot für unsere Unternehmen ständig zu verbessern.

Eigenkapitalfinanzierungen spielen dabei eine entscheidende Rolle. Gerade Gründern fehlen oft die notwendigen Sicherheiten für einen „klassischen“ Bankkredit. Ohne Beteiligungskapital bliebe manche Geschäftsidee unverwirklicht. Eine starke Eigenkapitalbasis bildet aber auch das finanzielle Fundament für Unternehmen, die sich dem Wettbewerb stellen. Und sie verbessert deren Kreditfähigkeit, sodass sie weiter in Innovationen investieren können.

Deshalb bieten wir mit der BayStartUP ein Finanzierungsnetzwerk an, das Gründer mit Business Angels zusammenbringt. Und deshalb haben wir bei der LfA-Tochter Bayern Kapital den „Wachstumsfonds Bayern“ im Umfang von 100 Millionen Euro eingerichtet. Bis zu 250 Millionen Euro Wachstumsinvestitionen können wir damit für Start-ups in Bayern mobilisieren. Auch auf Bundesebene setze ich mich weiter dafür ein, die Rahmenbedingungen für Kapitalgeber zu verbessern und das finanzielle Risiko eines Investors zu verringern. Geld ist nicht alles, aber es ist wichtig, dass die Ideen, die an vielen Orten in Bayern entstehen, umgesetzt werden können. Und es ist wichtig, dass unsere Unternehmen auch in Zukunft erfolgreich sind. Dazu müssen wir sie finanziell in die Lage versetzen.



GIB GUMMI!

DER REIFENSERVICE DORN IM ALLGÄU BIETET NEBEN MONTAGE UND REPARATUR EIN LAGER MIT 40.000 REIFEN UND 3.000 FELGEN. AUCH FÜR DEN ONLINE HANDEL

Geschäftsführer Stephan Dorn in seinem Lager für Motorradreifen *(rechts)*. Das Verpacken der Reifen mit Folie ist der letzte Arbeitsschritt vor dem Versand *(unten)*

FOTOS CONNY MIRBACH
TEXT MARLENE IRAUSEK

Biegt man in Altusried von der Staatsstraße 2009 in die Gewerbestraße ab und dann an der Hausnummer 4 in die Einfahrt des Reifenservice Dorn, fällt der Blick als Erstes auf Reifen. Wobei es vor allem Reifen für Motorräder sind, die sich da gegenüber der Werkstatt auf Eisengestellen stapeln. „Das ist das kleine Lager", teilt Geschäftsführer Stephan Dorn (41) schmunzelnd mit. Schräg gegenüber glänzen Photovoltaikanlagen auf vier großen, dem Sonnenstand nachgeführten Hallen. Dort ist genug Platz für noch mehr Reifen, große und dicke, kleine und schmale. Sogar Ketten für Minibagger sind darunter oder Schubkarrenreifen, erhältlich für den kleinen Sackkarren ebenso wie für den landwirtschaftlichen Schlepper. Dass sein Reifenbestand einmal fünf Hallen füllen würde, hätte Stephan Dorn vor fünf Jahren wohl auch nicht gedacht. Der gelernte Kfz-Mechaniker hat 2011 den bestehenden Reifenservice übernommen. Damals gab es nur das Hauptgebäude mit Werkstatt. Zwei Monteure, eine Buchhalterin, er selbst und seine Frau waren die erste Besetzung. Danach wuchs die Firma in rasantem Tempo. Zwar sind Verkauf und Montage vor Ort immer noch das Kerngeschäft, als zweites Standbein hat sich aber der Reifenhandel mit überregionalem Wiederverkauf etabliert. Um die große Menge an gelagerten Reifen zu vermarkten, wird sogar ein eigener Onlineshop betrieben. Etwa 40 Prozent der Ware werden übers Internet verkauft, die restlichen 60 Prozent laufen immer noch über den stationären Handel. Mittlerweile kümmern sich 15 feste Mitarbeiter und sechs Aushilfen um die Abwicklung des stark von der Frühjahrs- und Herbstsaison beeinflussten Reifengeschäfts. „Das von uns vorgelegte Wachstumsvolumen konnte innerhalb unserer kurzen Betriebsgeschichte gar nicht erwirtschaftet werden. Deshalb haben wir mit unserer Hausbank gesprochen, die uns auf die Fördermöglichkeiten der LfA aufmerksam machte", erklärt Dorn. Nach einem persönlichen Gespräch hat die Bayerische Beteiligungsgesellschaft (BayBG), ein Unternehmen der LfA-Gruppe, die Gesamtfinanzierung abgerundet. Das Erfolgsrezept des auf Reifenservice und Reifenhandel spezialisierten Unternehmens ist sein Vollsortiment mit Nischenprodukten und Spezialservices, die vom Reifenwärmer bis zur Ultraschall-Radwaschmaschine, vom Auslieferungsservice bis zum mobilen Montagedienst für die Region reichen. Die Unternehmensnachfolge ist auch schon gesichert: Ende 2014 ist der Junior mit in die Firma eingestiegen und soll schon jetzt – mit 23 Jahren – frühzeitig Einblick in das umfangreiche Geschäft der Eltern erhalten. ⊡

FAKTEN

Finanzierung Kapitalbeteiligung der BayBG
Gründungsjahr 2011
Standort Altusried
Geschäftsfeld Reifenhandel
Mitarbeiter 15
↳ *www.reifenservice-dorn.de*

VIELFALT ALS CHANCE

Ein Arbeitsumfeld ohne Vorurteile

charta der vielfalt UNTERZEICHNET

Durch die Globalisierung und den demografischen Wandel leben wir in einer facettenreichen Gesellschaft. Um wirtschaftlich erfolgreich zu sein, müssen wir die Chance dieser Vielfältigkeit erkennen und nutzen. Im Dezember 2015 unterzeichnete die LfA Förderbank Bayern die Charta der Vielfalt, eine Unternehmensinitiative zur Förderung von Vielfalt in Unternehmen unter der Schirmherrschaft von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel. Ziel der Charta ist es, ein Arbeitsumfeld zu schaffen, das frei von Vorurteilen ist. Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollen Wertschätzung erfahren – unabhängig von Geschlecht, Nationalität, ethnischer Herkunft, Religion oder Weltanschauung, Behinderung, Alter, sexueller Orientierung und Identität. „Vielfalt ist ein Wirtschaftsfaktor, Motor für Innovationen und damit Grundlage für unternehmerischen Erfolg! Für uns ist es selbstverständlich, sich für ein wertschätzendes Miteinander einzusetzen und die Vielfalt an Fähigkeiten, Talenten, Sichtweisen und Erfahrungen zu fördern", so LfA-Vorstandschef Dr. Otto Beierl.

FINANZEN

Förderbilanz 2015

Voriges Jahr hat die LfA Unternehmen und Kommunen im Freistaat mit 2,1 Milliarden Euro unterstützt. Trotz Zinstief am Kapitalmarkt gab es einen Zuwachs von rund 6,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Über 1.500 Vorhaben und 25 Prozent mehr Zusagevolumen in der LfA-Gründungsförderung bestätigen, dass das verbesserte LfA-Förderangebot für Jungunternehmer dort ankommt, wo es gebraucht wird. Insgesamt konnten von den Fördervorteilen der staatlichen Spezialbank über 4.600 Mittelständler sowie Kommunen profitieren.

235 Millionen

Die LfA Förderbank Bayern hat die Handwerksbetriebe in Bayern im Jahr 2015 mit rund 235 Millionen Euro an zinsgünstigen Förderkrediten unterstützt. Über 1.000 kleine und mittlere Unternehmen konnten damit Vorhaben im Umfang von rund 355 Millionen Euro verwirklichen. Eingesetzt wurde das Geld überwiegend für Betriebserweiterungen, Modernisierungen und Unternehmensnachfolgen. So konnten im vergangenen Jahr fast 14.500 Arbeitsplätze gesichert und rund 450 neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

NEUES GESICHT

WECHSEL IM VORSTAND

LfA-Verwaltungsratsvorsitzende Ilse Aigner und der neue stellvertretende Vorstandsvorsitzende der LfA, Dr. Hans Schleicher

Zum 1. April hat die Bayerische Staatsregierung Dr. Hans Schleicher zum neuen stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden der LfA Förderbank Bayern bestellt. Damit löst er Dr. Thies Claussen ab, der nach Erreichen der Altersgrenze in den Ruhestand verabschiedet worden ist.
Der promovierte Volkswirt trat 2014 als Generalbevollmächtigter in die LfA ein und wird von nun an für die Bereiche Produktgestaltung, Förderkredite sowie Individualkredite zuständig sein.

Ece Gauer „Frau mit rotem Rock", *(links)* **Tobias Gruber** „Röhre", *(rechts)* Kunstkalender 2016

20 JAHRE LFA-KUNSTKALENDER

JUNGE KUNST IN BAYERN

Die bayerische Kultur- und Kreativwirtschaft ist ein wichtiger Motor für den erfolgreichen Wirtschaftsstandort Bayern.

Darum unterstützt die LfA Förderbank Bayern Künstlerinnen und Künstler, die am Anfang ihrer beruflichen Laufbahn stehen. Mit dem LfA-Kunstkalender „junge kunst in bayern" wird seit 1997 in Kooperation mit den Kunstakademien in München und Nürnberg Nachwuchskünstlern eine überregionale Plattform geboten, um ihre Werke einer breiten Öffentlichkeit vorzustellen. Bereits 255 Werke und 335 Künstler wurden darin präsentiert, darunter auch Michael Sailstorfer und Katharina Gaenssler. „Mit unserer Starthilfe wollen wir den Kunstschaffenden den Einstieg in die professionelle Kunstwelt erleichtern sowie die künstlerische Vielfalt entwickeln und erhalten", erklärt der LfA-Vorstandsvorsitzende Dr. Otto Beierl. Mit der Ausgabe 2016 feiert der LfA-Kunstkalender sein 20-jähriges Bestehen. In der Jubiläumsausgabe werden ausgewählte Arbeiten von Studierenden aus den Jahresausstellungen der Kunstakademien München und Nürnberg gezeigt. Die Jahresausstellungen sind traditionell der Höhepunkt des Studienjahres. Wer sie versäumt, hat dank des LfA-Kunstkalenders die Möglichkeit, sich über das kommende Jahr hinweg von ausgewählten Werken begleiten zu lassen. Seit dieser Ausgabe werden unter *www.lfa.de/kultur* die Nachwuchskünstler und ihre Werke auch online vorgestellt. In kurzen Videos erklären sie die Entstehung ihrer Arbeiten und geben Einblick in ihren Alltag an den Akademien.
Der Kalender ist somit ein einzigartiges Ergebnis der Kulturförderung, das Kunstverständnis und viel Liebe zur Kunst beweist.

Fotos: *PR (3)*

JUBILÄUM

20 Jahre BAYERN KAPITAL

Ende letzten Jahres feierte die Bayern Kapital ihr 20-jähriges Jubiläum. Als Venture-Capital-Gesellschaft des Freistaats Bayern stellt sie Gründern innovativer High-Tech-Unternehmen sowie jungen, innovativen Technologieunternehmen Beteiligungskapital zur Verfügung. Die GmbH mit Sitz in Landshut wurde 1995 als 100-prozentige Tochtergesellschaft der LfA Förderbank Bayern gegründet. Seitdem wurden rund 210 Millionen Euro in mehr als 230 bayerische Start-ups investiert. Über 5.000 Arbeitsplätze sind so dauerhaft in zukunftsfähigen Unternehmen entstanden.

UNTERSTÜTZUNG

Erweiterte Krisenberatung

Eine wirtschaftliche Krise kann vielfältige Gründe haben und jedes Unternehmen treffen. Die LfA „Task Force“ steht seit 1996 hilfebedürftigen Unternehmen zur Seite. Ein Team von Fachleuten unterstützt Firmen dabei, die Situation zu analysieren, betriebliche Schwachstellen aufzuzeigen und Lösungswege zu finden – schnell, unbürokratisch und kostenlos. So begleiten die Experten der LfA Unternehmen und Freiberufler bei Bankgesprächen und helfen, Förderangebote zu beantragen. Mit dem neuen, erweiterten Beratungsangebot wird es kleinen und mittleren Betrieben ermöglicht, einen Bundeszuschuss von bis zu 2.700 Euro für eine Unternehmensberatung zu erhalten. Voraussetzung für die Förderung ist ein Informationsgespräch bei der LfA. Die Fördermittel werden vom Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) bewilligt.

Nähere Informationen zu Förderprogramm und Ablauf finden Sie unter ***www.lfa.de/beratung***

UNIVERSALKREDIT INNOVATIV

Bessere Förderung für Mittelstand

Damit aus Ideen Erfolgsgeschichten werden, unterstützt die LfA Förderbank Bayern mit ihrem Förderangebot innovative Mittelständler. In Kooperation mit dem Europäischen Investitionsfonds (EIF) ist das Angebot um den Universalkredit Innovativ weiter verbessert worden. „Profitieren können von der Förderung Unternehmen, die in den Bereichen Forschung und Entwicklung bzw. Innovation besonders engagiert sind“, erklärt LfA-Vorstandschef Dr. Otto Beierl. Mit der EIF-Garantie, die einen Teil der Risiken übernimmt, wird eine Finanzierung von bis zu fünf Millionen Euro je innovativem Vorhaben ermöglicht. Damit setzt die LfA einen klaren Impuls für mehr Innovationen im Freistaat. Der Kredit zeichnet sich durch günstige Zinssätze, lange Laufzeiten sowie ein schlankes Antragsverfahren aus. Die Finanzierung wird von der InnovFin KMU-Kredit-Garantiefazilität des Horizon 2020-Programms der Europäischen Union (Rahmenprogramm für Forschung und Innovation) und dem unter der Investitionsoffensive für Europa errichteten Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI) ermöglicht. Zweck des EFSI ist es, die Finanzierung und Durchführung produktiver Investitionen in der Europäischen Union zu fördern sowie einen verbesserten Zugang zu Finanzierungen sicherzustellen.

Foto: *Getty Images / Tom Merton*

Dr. Alexandra Brandner

Abteilung:
Spezialkredite
Position:
Beteiligungsmanagerin
Seit 2015 bei der LfA

„DIE ARBEIT MIT DEM EIF GEFÄLLT MIR“

Da sind diese „München-Momente“, die Blicke in diesen blauen Himmel Bayerns. Idealerweise auf dem Viktualienmarkt. Jedes Mal denke ich: Was für ein Glück! Mal abgesehen von den netten Begegnungen hier – in meiner neuen Heimat. Genauso gut geht es mir auch mit meinem Job im Bereich für Eigenkapitalfinanzierung. Weil ich die sogenannte LfA-EIF-VC-Fazilität betreue. Das ist ein virtueller Dachfonds, mit dem wir zusammen mit dem Europäischen Investitionsfonds (EIF) in bayerische Wagniskapitalfonds investieren. Ich bin quasi die Schnittstelle, und die Arbeit mit den EIF-Kollegen in Luxemburg, mit denen wir immer zu jeweils 50 Prozent investieren, ist international und kooperativ. Unser Fonds ist bei Investoren äußerst gefragt: Seit dem Start im Jahr 2009 haben mehr als 20 Wagniskapital-Fonds mit Sitz in Bayern Investitionszusagen erhalten. Meine Arbeit unterstützt den Mittelstand und innovative, junge Firmen. Außerdem werden zukunftsfähige Arbeitsplätze in Bayern geschaffen, was eine zusätzliche Motivation für mich ist.

Sandra Grunwald

Abteilung:
Förderberatung
Position:
Beraterin
Seit 2015 bei der LfA

„ICH HABE ALLE FÖRDERANGEBOTE IM BLICK“

Meine wichtigsten Arbeitsutensilien sind mein Telefon und mein Computer. Ich bin die erste Anlaufstelle bei der LfA und berate die Kunden allgemein zu den in Frage kommenden Fördermöglichkeiten für ihre Vorhaben. Das mache ich telefonisch, via Mail oder auf Wunsch auch in einem persönlichen Gespräch. So bekommt der Kunde einen ersten Überblick, welche Finanzierungen über die LfA möglich sind. Die Anfragen kommen aus den verschiedensten Bereichen und betreffen Betriebsübernahmen genauso wie Betriebsvergrößerungen oder Firmengründungen. Das ist sehr abwechslungsreich und interessant, weil ich Einblicke in die unterschiedlichsten Geschäftsideen bekomme. Findet sich ein passendes Förderangebot für das Projekt, spricht der Kunde mit seiner Hausbank, die den Förderantrag an uns stellt. Oft informiere und berate ich daher auch Banker. Für meine Arbeit muss ich natürlich immer auf dem Laufenden sein. Dafür treffen wir uns intern einmal wöchentlich zu einem gemeinsamen Meeting.

Fotos: *Tanja Kernweiss*

WIR FÖRDERN
ANALOG UND DIGITAL

Bayerns Mittelstand ist stark in seiner Vielfalt. Als Förderbank für Bayern finanzieren wir bewährte Konzepte genauso wie die Umsetzung digitaler Ideen. Gerne beraten wir Sie kostenfrei, wie Sie unsere Fördermöglichkeiten nutzen können. Tel. 0800 – 21 24 24 0

LfA FÖRDERBANK BAYERN

Beratung. Finanzierung. Erfolg.

www.lfa.de